universität wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

Die ungarischen Medien im Spannungsfeld der Politik Eine Analyse der medienpolitischen Entwicklungen zwischen 2002 und 2011

Verfasserin

Réka Tercza, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, März 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 066 841
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Publizistik- u. Kommunikationswissenschaft
Betreuerin / Betreuer:	Ao. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell

Die Presse muss die Freiheit haben,
alles zu sagen,
damit gewisse Leute nicht die Freiheit haben,
alles zu tun.

Steward Alsop, amerikanischer Journalist (1914-1974)

Hinweis: In dieser Diplomarbeit findet aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung und der besseren Lesbarkeit lediglich die männliche Form Verwendung. Die Ausführungen beziehen sich gleichermaßen auf weibliche und männliche Personen.

Diese Arbeit wäre nicht möglich gewesen ohne die wertvolle Unterstützung von einigen Personen, denen ich an dieser Stelle danken möchte. Besonderer Dank gilt meiner Schwester Regina, die mich mit ihrer beruhigenden Art durch die Arbeit führte und diese mit zahlreichen guten Vorschlägen bereicherte. Diese Arbeit wäre ohne meinen Lebenspartner Georg nie möglich gewesen, der mir mit seiner stetigen Lebensfreude unglaublich viel Kraft gab.
Besonders danken möchte ich auch meinen Eltern und Großeltern, die mir seit meiner Kindheit die ungarische Politik näher gebracht haben. Hervorheben möchte ich auch die Hilfe und Unterstützung meines DA-Betreuers, Prof. Fritz Hausjell. Ich danke für seine hervorragende Betreuung und die wertvollen Denkanstöße, die mir während der Arbeit neue Perspektiven aufzeigten.

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung 1
1. Problemstellung 1
2. Forschungsstand 5

II. Definitionen 8
1. Medien 8
2. Politik 9
3. Medienpolitik 11
3.1. Medienstrukturen 13
3.2. Polity, Politics und Policy in der Medienpolitik 15

III. Theorie 23
1. Regulierungstheorie 23
1.1. Ansätze der Regulierungstheorie 24
1.2. Selbst- und Co-Regulierung 26
1.3. Medienregulierung 28
2. Typologien politischer Systeme 31
2.1. Grundtypen demokratischer Systeme 35
2.2. Grundtypen autokratischer Systeme 43

IV. Die politische Landschaft in Ungarn seit 1989 45

V. Die ungarische Medienpolitik von 1989 bis 2002 50
1. Auswirkung des Systemwechsels auf die ungarische Medienlandschaft 50
2. Die ungarischen Medienkriege seit 1990 51
2.1. Der erste Medienkrieg 51
2.2. Der zweite Medienkrieg 54

VI. Die sozialistische Medienpolitik 2002-2010 58
1. Das Ringen der Politik um die Medien 58

2. Die inhaltliche und formale Aufbereitung der Nachrichten in privaten und öffentlich-rechtlichen Fernsehsendungen 62
2.1. Die ungarische Fernsehlandschaft 62
2.2. Vergleichende Studie von Tamás Terestényi (2007) 66

VII. Die Medienpolitik unter der Regierung Orbán seit 2010 90
1. Die wesentlichen Veränderungen im Mediengesetz 2011 90
2. Internationale und nationale Reaktionen auf das Mediengesetz 92
3. Weitere Einschnitte in der Pressefreiheit durch die Fidesz-Regierung 97
4. Die Auswirkungen des Mediengesetzes auf die Fernsehlandschaft – Die Studie von Mária Vásárhelyi (2011) 98
5. Der Wandel in den Hauptnachrichten der Fernsehsender seit 2007 113

VIII. Resümee und Ausblick 114

IX. Quellenverzeichnis 117
1. Literaturquellen 117
2. Internetquellen 119

X. Lebenslauf 123

XI. Abstract (Deutsch) 124

XII. Abstract (Englisch) 126

I. Einleitung

1. Problemstellung

> „Die Dualität des Systems ist im Verschwinden, dabei entsteht ein zentrales politisches Kräftefeld. Die reale Chance ist da, dass die nächsten 15-20 Jahre der ungarischen Politik nicht von einem dualistischen Kräftefeld bestimmt werden, mit ständigen Wertedebatten, spaltenden, kleinlichen und überflüssigen gesellschaftlichen Folgen. Stattdessen entsteht eine große Regierungspartei, die fähig wird, die nationalen Angelegenheiten zum Ausdruck zu bringen. Und das tut sie nicht in permanenter Debatte, sondern vertritt diese in ihrer eigenen Natürlichkeit.“[1]

Der Wunsch von Premier Viktor Orbán nach einer Umstrukturierung der politischen Landschaft in Ungarn ging mit dem Wahlsieg der rechts-konservativen Fidesz-Partei 2010 in Erfüllung. Seit der Machtübernahme wurden Dutzende neue Gesetze geschaffen, darunter auch solche, die im In- und Ausland scharf kritisiert wurden. So auch das neue Mediengesetz, dessen erste Fassung am 1. Jänner 2011 eingeführt wurde und das, so die kritischen Stimmen, die Pressefreiheit im Land stark beeinträchtigt. Schon die früheren Regierungen haben versucht auf die ungarische Medienpolitik und damit auf die politische Berichterstattung Einfluss zu nehmen. Zum Teil konnten sie ihre Interessen auch durchsetzen, doch ihre Möglichkeiten waren beschränkt. Die 2010 gewählte Fidesz-Regierung unter Premier Viktor Orbán besitzt dagegen eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Dadurch kann sie, ohne sich mit andern Parteien absprechen zu müssen, Gesetze im Parlament erlassen.

Die Medienvielfalt ist eine Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Durch das breite Angebot kann der Bürger an Informationen gelangen und hat die Möglichkeit sich politisch zu bilden. Wird dieses Angebot, also die

[1] Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán im ungarischen Dorf Kötcse im September 2009, G. Márkus György, Ungarn nach den Wahlen. Ausbau einer illiberlaen Demokratie, http://www.academia.edu/237653/Ungarn_nach_den_Wahlen_Ausbau_der_illiberalen_Demokratie am 04.04.2012.

Pressefreiheit, in irgendeiner Weise eingeschränkt, so ist auch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Gefahr:

> „Demokratie ist ohne Pressefreiheit nicht möglich, denn Pressefreiheit ist die Grundlage jeder Demokratie. Eine Lösung für tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zu finden, ist ohne Pressefreiheit nicht möglich, denn Fragen müssen an die Öffentlichkeit gebracht werden. Pressefreiheit gehört zu den grundlegenden Bausteinen der Demokratie."[2]

Somit ist es von Bedeutung zu untersuchen, ob die Medienpolitik der aktuellen Regierung weiterhin ein demokratisches System gewährleistet. Anhand der ungarischen Medienpolitik und mit Hilfe des Mediengesetzes soll diskutiert werden, in wie weit Ungarn noch den Maßstäben einer funktionierenden Demokratie entspricht.

Aufbau der Diplomarbeit

Die vorliegende Diplomarbeit untersucht die Medienpolitik in Ungarn seit dem Systemwechsel 1989/90 bis Ende 2011. Dabei analysiert sie, welche Regelungen im Bereich Medien beschlossen und umgesetzt wurden. Zudem werden auch die Sanktionen bei Verstößen gegen diese Regelungen angeführt. Besonderes Augenmerk liegt auf das Medium Fernsehen, das laut dem Meinungsforschungsinstitut Ipsos als wichtigste Informationsquelle der ungarischen Bevölkerung gilt.[3] Nach dem Bericht von IP Network, der internationale Vermarktungstochter der RTL Group, haben die Ungarn im Jahr 2011 286 Minuten am Tag ferngesehen, zwei Minuten mehr als im Jahr davor. Somit waren sie bezüglich TV-Konsum europaweit Spitzenreiter.[4] Zwar ist damit

[2] Rede des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder anlässlich des 10. Internationalen Tages der Pressefreiheit 2005. Die Zeitlose, Pressefreiheit in Ungarn. Das Ende einer Demokratie?, Die Zeitlose 20.04.2012, http://diezeitlos.at/2012/04/pressefreiheit-ungarn-das-ende-einer-demokratie/ am 19.06.2012.
[3] Piackutatások.hu, Ipsos. 1. Napi és helyi hírek legfontosabb forrásai, Piackutatások.hu Dezember 2011, www.piackutatasok.hu/2012/01/ipsos-1-napi-es-helyi-hirek.html am 19.06.2012.
[4] IP Network, Television 2012. Sehdauer steigt international weiter, 2012, http://www.ip-deutschland.de/fakten_und_trends/gattung_tv/television_key_facts/television_key_facts_2012.cfm am 20.06.2012.

das Fernsehen zwar nicht die einzige Quelle zur Informationsbeschaffung, doch darf seine Rolle bezüglich der politischen Meinungsbildung nicht außer Acht gelassen werden. Mit der Hilfe von zwei Studien aus dem Jahr 2007 und 2010 wird schließlich in der vorliegenden Diplomarbeit die Medienpolitik der sozialistischen mit jener der national-konservativen Regierung verglichen und damit nicht zuletzt der Einfluss des 2011 erlassenen Mediengesetzes veranschaulicht.

Das erste Kapitel der Diplomarbeit skizziert die Problemstellung und den Forschungsstand. Anschließend werden bestimmte Termini, die für diese Arbeit relevant sind, definiert. Zu diesen Begriffen gehören „Medien“, „Politik“ und „Medienpolitik“.

Die theoretische Grundlage der Arbeit bildet die Theorie der Regulierung, die im dritten Kapitel anhand der Kategorien Interessen, Institutionen und Ideen diskutiert wird. Im Allgemeinen versteht man unter Regulierung die Aufstellung von Regeln, deren Durchsetzung, und die Sanktionierung bei Regelverstößen. Mit Hilfe dieser Ansätze soll die Medienlandschaft in Ungarn in eine der drei Kategorien eingeordnet werden. Die Ansätze der Regulierungstheorie reichen jedoch nicht aus um die Medienpolitik in Ungarn verständlich zu machen, da sowohl in demokratischen, als auch in autokratischen Systemen Regulierung vorhanden ist. Um Ungarn in eines der beiden Systemtypen einordnen zu können, müssen diese beiden Typologien detailliert aufgezeigt werden.

Das nächste Kapitel widmet sich der politischen Landschaft seit 1989. Anschließend soll die ungarische Medienpolitik von 1989 bis 2002 dargestellt werden. Das sechste Kapitel befasst sich mit der Medienpolitik der sozialistischen Regierung von 2002 bis 2010. Dabei soll auch auf die Fernsehlandschaft in Ungarn, als auch auf die kommunikationswissenschaftliche Studie von Tamás Terestényi eingegangen werden. Dieser hatte im Jahr 2007 die inhaltliche und formale Aufbereitung der Hauptnachrichten von fünf staatlichen als auch privaten Fernsehsendern (M1, TV2, RTL Klub, ATV und Hír TV) untersucht. Im Weiteren sollen auch die medienpolitischen Maßnahmen unter der national-konservativen Regierung von 2010 bis Ende 2011 analysiert werden. Es sollen die bedeutendsten Veränderungen im neuen Mediengesetz angeführt werden und auch die internationalen und nationalen Reaktionen der Presse auf das am 1. Jänner 2011 in Kraft getretene Mediengesetz dargelegt

werden. An dieser Stelle soll erwähnt werden, dass keine ungarischen parteinahen Printmedien herangezogen wurden, da deren Einstellung mit jener der Regierung fast deckungsgleich ist und sich die Ansichten der Regierung bereits in dem Mediengesetz niederschlagen. Zudem sollen auch die Auswirkungen des Mediengesetzes auf die ungarische Fernsehlandschaft dargestellt werden. Dazu wird auf die Studie der Kommunikationswissenschaftlerin Mária Vásárhelyi eingegangen, die ausgehend von der Studie von Tamás Terestényi die Hauptnachrichten in den fünf genannten Fernsehsendungen im Jahr 2011 untersucht hat. Mit Hilfe dieser beiden Studien wird es möglich sein einen Vergleich zwischen der Medienpolitik der sozialistischen und der national-konservative Regierung zu ziehen. Das letzte Kapitel bietet eine Zusammenfassung der Erkenntnisse und diskutiert die forschungsleitende Frage, ob die Medienfreiheit, die zu den Grundrechten einer funktionierenden Demokratie gehört, nach der Einführung des Mediengesetzes 2011 in Ungarn noch gewährleistet ist.

Insgesamt wird die Arbeit von zwei zentralen Forschungsfragen und Hypothesen geleitet:

1. Wie hat sich die Medienpolitik in Ungarn seit dem Amtsantritt der national-konservativen Fidesz-Regierung 2010 verändert?

Hypothese: Obwohl bereits zur Zeit der sozialistischen Regierungen unter Gyula Horn (1994-1998) und Péter Medgyessy/Ferenc Gyurcsány/Gordon Bajnai (2002-2010) politisch Einfluss auf die ungarische Medienlandschaft genommen wurde, hat die Art der Einflussnahme, seit dem Amtsantritt von Viktor Orbán 2010, eine neue Dimension erreicht. Mit Hilfe der Zweidrittelmehrheit wurden Maßnahmen gesetzt, die zur Einschränkung der Pressefreiheit führen.

2. Kann Ungarn noch als ein demokratisches System angesehen werden? In wie weit entspricht das 2011 eingeführte Mediengesetz den Maßstäben einer demokratischen Pressefreiheit?

Hypothese: Ungarn ist weiterhin eine Demokratie, doch seit dem Amtsantritt der Fidesz-Partei macht sich eine Tendenz Richtung defekte Demokratie bemerkbar.

2. Forschungsstand

In den vergangenen Jahren wurden etliche Standardwerke publiziert, die den Begriff Medienpolitik generell zu erklären versuchten und dessen Strukturen analysierten. So versucht das Buch des Kommunikationswissenschaftlers Manuel Puppis „Einführung in die Medienpolitik“[5] die massiven Veränderungen im Bereich Medien, wie Medienkonvergenz, Globalisierung oder Ausbreitung des Internets darzulegen. Puppis geht in seinem Buch der Frage nach, was Medienpolitik ist und welche Bedeutung Medienregulierung hat. Er stellt auch die Frage welche Akteure auf nationaler, europäischer und globaler Ebene Medienregulierung betreiben. Puppis definiert unter anderem die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Deutschland und den anderen westeuropäischen Staaten, die „jüngeren“ EU-Mitglieder wie Ungarn werden in die Analyse jedoch nicht mit einbezogen.

Die meisten Werke, die sich mit der Medienpolitik in Ungarn befassen, konzentrieren sich auf die Jahre bis 2006. Das 2010 erschienene Buch „Die Medien in Osteuropa“[6], zeichnet ein Bild der osteuropäischen Medienlandschaft, nennt die wichtigsten Medienanbieter und zeigt ihren Stellenwert im Land und die damit verbundenen politisch-gesellschaftlichen Debatten auf. Die Autoren Kerstin Liesem und Marc Stegherr gelangen dabei zu dem Schluss, dass die Mediensysteme in Osteuropa besser seien als ihr Ruf. Zwar stellen sie fest, dass die Medien in Osteuropa durch die Politik beeinflusst werden, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß.

Ausschließlich die ungarische Medienpolitik nimmt der Sammelband „Ungarische Mediengeschichte von der späten Kadar-Ära bis zur Jahrtausendwende“[7] in Augenschein. Das Buch beschreibt die Entwicklung der ungarischen

[5] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010.
[6] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010.
[7] Vgl. Péter Bajomi-Lázár, Hg., Magyar médiatörténet. A késő Kádár-kortól az ezredfordulóig, Budapest 2005.

Medienlandschaft seit den 1970er Jahren und verweist damit auch auf die Bedeutung der kommunistischen Medien- und Kulturpolitik. Es endet mit dem 1. Mai 2004, als Ungarn der Europäischen Union beitrat. In einem Beitrag der Medienwissenschaftlerin Ágnes Urbán, „Radio und Fernsehen“ wird zudem auch die Entwicklung der ungarischen Fernsehlandschaft dargestellt.[8] Für die vorliegende Diplomarbeit spielt dieser Punkt eine wichtige Rolle, da hiermit klar verdeutlicht wird, welche Macht die Politik auch nach der Wende auf die ungarischen elektronischen Medien hatte. Die Anzahl der Artikel, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzen sind jedoch begrenzt. Die Entwicklung der ungarischen Medienlandschaft wird meistens nur im Zusammenhang mit der Medienpolitik genannt. Mit der ungarischen Medienpolitik von 2002 bis 2006 haben sich Péter Bajomi-Lázár und Áron Monori in dem Aufsatz „Medienkrieg oder Medienfrieden? Die Medienpolitik der Medgyessy-Gyurcsány-Regierung“[9], welcher in der renommierten ungarischen Wochenzeitung „Élet és irodalom“ erschienen ist, beschäftigt. Darin schildern die Autoren die medienpolitischen Entwicklungen unter der sozialistischen Regierung und kommen zu dem Schluss, dass diese Regierung die gleichen Ziele wie die national-konservative Regierung verfolgt. Beide wollten die Medien in ihrem Sinne beeinflussen, doch, so die Autoren, sei der Einfluss der Politik unter Premier Orbán von 1998 bis 2002 stärker gewesen.

Die Medienpolitik der zweiten Orbán-Regierung war bislang nur selten Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Den Entwicklungen nach dem Regierungswechsel 2010 widmete sich die Zeitschrift Osteuropa mit einem eigenen Heft: „Quo vadis, Hungaria?“[10] gibt nicht nur einen differenzierten Einblick in die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Lage des heutigen Ungarn, auch die historische Entwicklung des Landes wird in der Ausgabe dargestellt. Der Medienpolitik widmet sich die ungarische Soziologin Mária Vásárhelyi. In ihrem Artikel betont sie, dass seit dem Amtsantritt der Fidesz-Partei die Regierung die Medien „wieder zu zentralisieren und das staatliche

[8] Vgl. Ágnes Urbán, Rádió és televizió, in: Péter Bajomi-Lázár, Hg., Magyar médiatörténet. A késő Kádár-kortól az ezredfordulóig, Budapest 2005.
[9] Vgl. Péter Bajomi-Lázár u. Áron Monori, Médiaháború vagy médiabéke? A Medgyessy–Gyurcsány-kormány médiapolitikája, Élet és Irodalom 4.11.2005.
[10] Vgl. Osteuropa 2011, H. 12.

Meinungsmonopol wieder herzustellen“[11] versucht. Auch das Buch von Paul Lendvai „Mein verspieltes Land“[12] geht unter anderem auf die Medienpolitik der zweiten Orbán-Regierung ab 2010 ein.

Um die Medienpolitik der ungarischen Regierungen genauer analysieren zu können, wurden in dieser Arbeit auch zwei Studien herangezogen, welche die ungarischen Fernsehnachrichtensendungen über einen bestimmten Zeitraum analysiert haben. Die Untersuchungen von Tamás Terestényi (2007)[13] und Mária Vásárhelyi (2011)[14] haben die inhaltlichen und formalen Charakteristika von fünf Hauptnachrichtensendungen beleuchtet. Mit Hilfe dieser Studien konnte ein Vergleich zwischen den medienpolitischen Tätigkeiten der sozialistischen, und jenen der national-konservativen Regierungen gezogen werden.

[11] Vgl. Mária Vásárhelyi, Angriffe auf die Pressefreiheit. Die Medienpolitik der Fidesz-Regierung, in: Osteuropa 2011, H. 12, S. 166.
[12] Vgl. Paul Lendvai, Mein verspieltes Land, Budapest 2010,
[13] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/.
[14] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf.

II. Definitionen

In diesem Kapitel sollen die Begriffe Medien, Politik und Medienpolitik erklärt werden. Um Medienpolitik zu verstehen ist es relevant, die Funktionen der Politik zu kennen, die im weitersten Sinne auch für die Medienpolitik gelten. Zudem soll auch eine Erklärung geboten werden, was unter Medien verstanden wird.

1. Medien

Es gab in den vergangenen Jahren mehrere Versuche eine einheitliche Definition für Medien zu finden. Der Medienwissenschaftler Werner Faulstich versteht unter dem Schlagwort Medien einen Sammelbegriff für elektronische Massenmedien, zu denen Hörfunk, Fernsehen und auch Produkte aus dem Printbereich, wie beispielsweise Zeitungen zu zählen sind. In den 1980er Jahren erlangte der Begriff „neue Medien“ große Popularität. Darunter wurden Kabel- und Satellitenfernsehen, Computer, Teletext und auch das Internet zusammengefasst. Aufgrund dieser unterschiedlichen Deutungen des Terminus, ist es kaum möglich den Begriff „Medien“ klar abzugrenzen. Dieses Problem ist nicht nur in der Alltagssprache zu finden. Der Medien- und Kommunikationswissenschaftler Ulrich Saxer beklagt schon seit längerem das Fehlen eines allumfassenden, medienwissenschaftlichen Konzepts von Medien.[15] Es gäbe zwar etliche Versuche, die sich mit der Technizität bzw. der Materialität des Mediums beschäftigen, doch weiter würden diese Auslegungen nicht reichen. Laut Saxer wäre allein die technizistische Medienperspektive sozialwissenschaftlich gesehen nicht ausgiebig, denn dabei würde die „Doppelnatur des Systems Medium“[16] außer Acht gelassen. Schließlich besitzt jedes publizistische Medium nicht nur ein kommunikationstechnisches Potenzial, wie beispielsweise die Schreibfähigkeit, die Materialität und den Druck bei einem Buch. Um die Kommunikationstechnologien herum bilden sich auch Sozialsysteme. Bei dem Beispiel Buch wären das unter anderem Verlage und

[15] Vgl. Roland Burkart, Kommunikationswissenschaften, Wien 2002, S. 40.
[16] Ulrich Saxer, Das Buch in der Medienkonkurrenz, in: Herbert Göpfert, Hg., Lesen und Leben, Frankfurt am Main 1975, S.209.

Autorenorganisationen.[17] Um die Doppelnatur des Systems Medium zu unterstreichen definierte Saxer daher den Begriff Medien wie folgt:

„Medien sind komplexe institutionalisierte Systeme um organisierte Kommunikationskanäle von spezifischem Leistungsvermögen".[18]

Faulstich hat in Anlehnung an Saxer diese Definition erweitert und meint:

„Medien sind komplexe institutionalisierte Systeme um organisierte Kommunikationskanäle von spezifischem Leistungsvermögen mit gesellschaftlicher Dominanz."[19]

Dominanz bedeutet in diesem Zusammenhang Relevanz für die Gesellschaft. Mit dieser Ergänzung schafft es Faulstich auf die Geschichtlichkeit jedes Mediums hinzuweisen, denn jedes Medium unterliegt einem permanenten Wandel und somit auch einer Veränderung seiner gesellschaftlichen Bedeutung.[20]

2. Politik

Insgesamt unterscheidet man heute zwischen normativer und deskriptiver Politik. Unter normativer Politik versteht man die Ziele der Politik. Dabei geht es um die Vorstellung darüber, wie Politik gestaltet werden soll. Als ein solches Ziel gilt beispielsweise die Bestrebung eine gerechte Ordnung zu schaffen. Der deskriptive Politikbegriff möchte eine reine Beschreibung liefern, das heißt erklären, was Politik ist. Der Politikwissenschaftler Werner J. Patzel definiert Politik wie folgt:

> „Politik ist jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen (das heißt von allgemeiner Verbindlichkeit) in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt."[21]

[17] Vgl. Roland Burkart, Kommunikationswissenschaften, Wien 2002, S. 41f.
[18] Ulrich Saxer, Mediengesellschaft: Verständnisse und Missverständnisse. In: Ulrich Sarcinelli, Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationsstruktur, Wiesbaden 1998, S. 54.
[19] Vgl. Roland Burkart, Kommunikationswissenschaften, Wien 2002, S. 44.
[20] Vgl. Roland Burkart, Kommunikationswissenschaften, Wien 2002, S. 44.
[21] Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 31.

Der Soziologe Richard Münch beschreibt den Begriff ähnlich. Er begreift Politik als "soziale Interaktionen, die auf die Selektion, Durchführung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen ausgerichtet sind."[22] In beiden Begriffsdefinitionen wird einerseits Politik als menschliches Handeln aufgefasst und andererseits die Herstellung und Durchsetzung von allgemein verbindlichen Regeln und Entscheidungen betont. Das menschliche Handeln ist geprägt von Interessen und Wertvorstellungen und richtet sich nach den Handlungen anderer Menschen. Darum kann man auch von einem sozialen Handeln sprechen. Der Kommunikationswissenschaftler Manuel Puppis formuliert: „Politisches Handeln ist jenes soziale Handeln, welches auf die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regeln und Entscheidungen abzielt.“[23] Das Wort Verbindlichkeit betont, dass für das erfolgreiche Zusammenleben von Menschen, Regeln notwendig sind. Je komplexer eine Gesellschaft, desto wichtiger ist deren Regelung.[24]

Grundsätzlich kann zwischen drei unterschiedlichen Thesen unterschieden werden, die das Verhältnis zwischen Medien und Politik beschreiben. Zum einen gibt es die Dependenzthese. Diese besagt, die Massenmedien wären der Politik übergeordnet. Das genaue Gegenteil dieser These wird in der Instrumentalisierungsthese zusammengefasst, die davon ausgeht, dass die Politik die Medien lenkt und Inhalte vorgibt. In den letzten Jahren hat die so genannte Interdependenzthese an Popularität gewonnen. Diese geht davon aus, dass zwischen den Massenmedien und der Politik grundsätzlich eine bilaterale Abhängigkeit besteht. Das bedeutet jedoch nicht, dass ein absolutes Kräftegleichgewicht vorhanden ist. In einigen Situationen hat die Politik, in anderen haben die Medien die Überhand.[25]
Auf die Situation in Ungarn kann die Interdependenzthese angewendet werden, wobei seit 2010 aufgrund der Zweidrittelmehrheit in den meisten Fällen die Politik den größeren Einfluss hat. Bezüglich der Interdependenzthese sind je nach Kräfteverhältnis auch andere Typen möglich.

[22] Richard Münch, Risikopolitik, Frankfurt am Main 1996, S.22.
[23] Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 31.
[24] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 32.
[25] Vgl. Gerd Strohmeier, Politik und Massenmedien. Eine Einführung, Baden-Baden 2004, S.147.

Der Politikwissenschaftler Winand Gellner hat sich genauer mit dem Wechselspiel von Politik und Medien beschäftigt und insgesamt fünf Grundmuster politischer Kommunikation herausgearbeitet:

- **paternalistisch-hierarchisches Grundmuster:** Die Politik dominiert das Feld und gibt den Massenmedien die Richtung vor (z.B.: osteuropäische Staaten nach dem Ende des Kalten Kriegs).
- **etatistisch-bürokratisches Grundmuster:** Die Massenmedien und die politischen Parteien stehen sich ohnmächtig gegenüber. Der staatlich-administrative Bereich dominiert hingegen, weshalb der Staat die führende Rolle übernimmt (z.B.: Frankreich).
- **repräsentativ-demokratisches Grundmuster:** Bei diesem Muster stehen sich mächtige Parteien und mächtige Medien gegenüber. Es herrscht ein ausgewogenes Gleichgewicht (z.B.: Deutschland).
- **populistisch-mediokratisches Grundmuster:** Hier dominieren die Massenmedien. Sie geben die aktuellen Inhalte vor und drängen die Parteien in die Defensive (z.B.: USA).
- **individualistisch-anarchisches Grundmuster:** Beide Seiten, sowohl die Medien als auch die politischen Parteien haben an Macht eingebüßt. Die politische Kommunikation spielt sich ausschließlich zwischen Individuen ab.[26]

3. Medienpolitik

Es gibt viele Definitionen des Begriffes Medienpolitik. Um einen Überblick zu gewährleisten, sollen drei Gruppen genannt werden, in denen die verschiedenen Termini zusammengefasst werden können.

- **Medienpolitik als Bündel politischer Maßnahmen:** Medienpolitik wird bei den Medienwissenschaftlern Heribert Schatz, Christoph Habig und Nikolaus Immer als ein Bündel aller politisch-administrativer Maßnahmen

[26] Gerd Strohmeier, Politik und Massenmedien. Eine Einführung, Baden-Baden 2004, S.148.

verstanden, die direkt oder indirekt auf die Produktion, Distribution und den Konsum der Medieninhalte einwirken.[27] Bei dieser Definition spielt der Staat eine große Rolle und hierbei wird außer Acht gelassen, dass es noch weit mehr Akteure gibt, die auf die Medieninhalte Einfluss nehmen.

- **Medienpolitik als Handlungssystem:** Nach dem Kommunikationswissenschaftler Otfried Jarren gehören zur Medienpolitik alle Interaktionen, die versuchen die gesellschaftliche Kommunikation zu ermöglichen und zu verändern[28]. Nach diesem Verständnis werden neben dem Staat auch Akteure aus anderen Bereichen, wie der Wirtschaft mit einbezogen.
- **Medienpolitik als Entscheidung:** Der Politikwissenschaftler Gerhard Vowe versteht Medienpolitik als "Entscheidungen über mediale Kommunikation"[29]. In diesem Verständnis steht die Entscheidung selbst und wie diese getroffen wird im Mittelpunkt.[30]

Zusammenfassend ist zu sagen, dass Medienpolitik jenes Handeln beinhaltet, das auf die Durchsetzung von rechtsverbindlichen Regeln für die Kommunikation abzielt. Diese Arbeit orientiert sich an der Definition von Vowe, welche Printmedien, Hörfunk, Fernsehen und das Internet in das Zentrum der Medienpolitik stellt.

Vowe sieht jedoch auch Filme, Bücher und Tonträger als Gegenstände der medienpolitischen Entscheidungen, die sich zu eigenständigen Teilbereichen der Medienpolitik entwickelt haben.[31]

[27] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 36.
[28] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 36.
[29] Gerhard Vowe, Medienpolitik. Regulierung der öffentlichen Kommunikation, in: Klaus-Dieter Altmeppen u. Matthias Karmasin, Hg., Medien und Ökonomie, Bd. 1/2: Grundlagen der Medienökonomie, Wiesbaden 2003, S. 213.
[30] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 36.
[31] Gerhard Vowe, Medienpolitik, Düsseldorf 2006, S. 1, http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/Kommunikations-_und_Medienwissenschaft/Vowe/medienpolitik.pdf am 22.07.2012.

3.1. Medienstrukturen

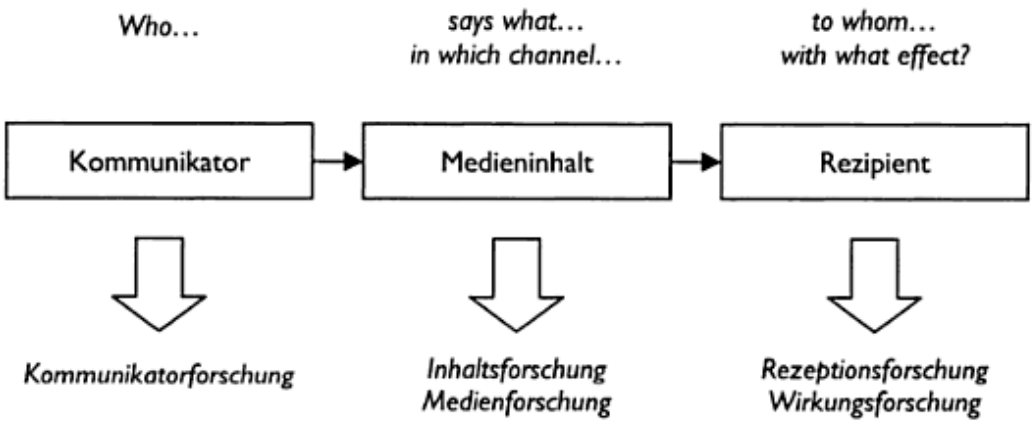
Die Medienpolitik ist ein Feld, mit dem sich nicht nur die Publizistik- und Kommunikationswissenschaften auseinandersetzen. Auch andere Disziplinen, unter anderem die Politikwissenschaft betreiben seit etlichen Jahren Forschungen in diesem Bereich. Der Grund, weshalb sich die Publizistik- und Kommunikationswissenschaften mit diesem Gebiet beschäftigen, liegt an der Annahme, dass es einen Zusammenhang zwischen Medienstrukturen und Medieninhalten gibt. Dabei geht man davon aus, dass je nachdem welche Medien in einem Land vorkommen und wie die Besitzverhältnisse liegen, sich die Entstehung der Medieninhalte unterscheidet. Diese sogenannte Strukturperspektive wird seit Längerem von den Publizistik- und Kommunikationswissenschaften untersucht.[32] Bereits im Jahr 1948 haben die Soziologen Paul Felix Lazarsfeld und Robert K. Merton drei relevante Bereiche der Medienforschung genannt:

- Die Wirkung der Existenz von Medien;
- Die Wirkung der Eigentums- und Organisationsstrukturen von Medien;
- Und die Wirkung von Medieninhalten.[33]

Der erste Bereich beschäftigt sich mit den Funktionen, welche die Massenmedien für die Gesellschaft erfüllen. Der zweite Bereich untersucht die ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen, in denen die Medien wirken und stellt damit Sender und Empfänger in den Mittelpunkt der Forschung. Nach der Entwicklung der Lasswell-Formel, die besagt: "Who says what in which channel to whom with what effect?"[34], entstanden mehrere Forschungsgebiete, wie die Kommunikator-, Inhalts-, Medien-, Rezeptions- und Wirkungsforschung, womit den von Lazarsfeld und Merton vorgestelltem dritten Bereich eine größere Bedeutung zuteilwurde.[35]

[32] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 26.
[33] Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 26.
[34] Harold D. Lasswell, Power and Personality, New York 1948, S. 117.
[35] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S.. 27.

Abb. 1: Die Lasswell-Formel[36]



Die Erforschung von Journalisten, Medieninhalten und Medienwirkung bei Rezipienten ist bis heute wichtig. Doch es reicht nicht allein Individuen zu untersuchen um die Entstehung von Medieninhalten zu erklären. Es bedarf auch einer Analyse der Medienstrukturen. Schließlich entstehen Medieninhalten nicht zufällig. Erstens werden Medieninhalte innerhalb von Medienorganisationen hergestellt und zweitens unterliegen diese Medienorganisationen ökonomischen Zwängen und politischen Vorgaben. Will man das Zustandekommen von Medieninhalten verstehen, ist es daher wichtig, sich auch mit den Strukturen der Gesellschaft und den Strukturen der Medienorganisationen auseinanderzusetzen.[37]

Die Medienstruktur eines Landes setzt sich aus mehreren Elementen zusammen. Dazu gehören Medienorganisationen, Verbände, aber auch politische und gesellschaftliche Akteure, wie auch deren Zusammenspiel.[38] Im Modell der industriellen Organisation vom Medienwissenschaftler Douglas Gomery, welches auch auf die Situation im Mediensektor angepasst werden kann, wird der Zusammenhang zwischen Strukturen und Inhalten dargestellt. Es besagt, dass publizistische Leistungen eng im Zusammenhang mit politischen und wirtschaftlichen Bedingungen stehen.[39]

Zu den politischen Rahmenbedingungen gehören unter anderem die Gestaltung

[36] Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S.27.
[37] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 28.
[38] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 28.
[39] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 29.

des politischen Systems (direkte vs. parlamentarische Demokratie, etc.), die Art und Weise wie medienpolitische Entscheidungen zustande kommen, welche Akteure daran teilnehmen und nicht zuletzt wie die Medienregulierung geregelt ist. Zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehören auf der anderen Seite die Größe des Marktes, die Eigentumsverhältnisse, die Anzahl der Unternehmen im Land, die Finanzierung und auch die Kostenstrukturen.[40]
Der Kommunikationswissenschaftler Philip M. Napoli meint dazu, je größer die strukturelle Vielfalt im Land ist, desto größer müsste auch die inhaltliche Vielfalt sein. Jedoch trifft das nicht immer zu. Eine Vielzahl an Medienorganisationen ist noch lange kein Garant für inhaltliche Vielfalt, doch erhöht sie die Chancen dafür. In der Medienpolitik wird indirekt versucht auf die Medienstruktur Einfluss zu nehmen um somit auch auf die Medieninhalte einzuwirken.[41]

3.2. Polity, Politics und Policy in der Medienpolitik

In der Politikwissenschaft wird der Begriff Politik in drei verschiedene Begriffe aufgeteilt, Polity, Politics und Policy. Durch diese Aufteilung wird es ermöglicht unterschiedliche Aspekte der Politik zu beleuchten.

- **Polity:** Unter Polity versteht man die politischen Strukturen, die das politische Handeln ermöglichen, aber auch begrenzen können. Darunter fallen Regeln, Gesetze und die Verfassung. Diese werden geprägt durch Normen, und ihnen liegen politischen Ideen als Leitideen zu Grunde.
- **Politics:** Hier geht es um die politischen Handlungsprozesse. Somit sind Politics jene Handlungen, die aufgrund bestimmter Interessen darauf abzielen, bestimmte politische Inhalte für allgemein verbindlich zu erklären. Bei Politics wird der Input in den Vordergrund gestellt, schließlich geht es darum eine Entscheidung herbeizuführen.

[40] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 28.
[41] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 30.

- **Policy:** Bei Policy stehen die herbeigeführten Entscheidungen, die verbindlichen politischen Inhalte und somit der politische Output im Mittelpunkt. Mit ihrer Hilfe sollen die Probleme gelöst und die Gesellschaft gestaltet werden.[42]

Diese drei Begriffe können auch auf die Medienpolitik angewandt werden, denn die Medienpolitik ist das Produkt einer Interaktion zwischen mehreren Akteuren, welche in einem strukturierten Rahmen stattfindet. Mit der Polity sind die institutionellen und strukturellen Rahmenbedingungen gemeint, welche die Medienpolitik prägen. Darunter fallen Normen, Werte und Regeln, die beeinflussen wie Medienpolitik aussieht und welche Inhalte erarbeitet werden. Bei Politics wird darauf Bezug genommen, wie Medienpolitik entsteht. Somit geht es um den Prozess der Entstehung, der mit den beteiligten Akteuren und deren Interessen eng verbunden ist. Dabei sind nicht nur Ziele, Interessen und Ressourcen von Akteuren von Bedeutung, auch die Akteurskonstellationen, Konflikte und Entscheidungsprozesse werden analysiert. Policy sind schließlich die Inhalte der Medienpolitik.[43]
Im Folgenden soll detailliert auf die drei Dimensionen von Politik - Polity, Politics und Policy eingegangen werden. Ausgegangen wird dabei von einer liberalen Demokratie, da sich diese Form der Macht offiziell in Ungarn wiederspiegelt.

Polity

Je nachdem welche Strukturen das politische System aufweist, ist der Ablauf von medienpolitischen Prozessen und der Einfluss von Akteuren unterschiedlich.
Der Politikwissenschaftler Manfred Gustav Schmidt nennt vier unterschiedliche Typologien von Demokratie:

[42] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 36f.
[43] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 37.

- Konkordanz- vs. Konkurrenzdemokratie;
- direkte vs. repräsentative Demokratie;
- präsidentielle vs. parlamentarische Demokratie;
- Mehrheits- vs. Konsensudemokratie.[44]

Im Gegensatz zur Konkurrenzdemokratie, wo nach dem Willen der Mehrheit Entscheidungen gefällt werden, ist die Konkordanzdemokratie eine Verhandlungsdemokratie. Hier wird versucht zwischen den Parteien einen Konsens zu finden. Weiter sind auch Minderheitsparteien am Entscheidungsfindungsprozess beteiligt. In der direkten Demokratie liegen die Entscheidungen in der Hand des Volkes. Es werden Volksabstimmungen in der Form von Referenden abgehalten. In einer repräsentativen Demokratie wählt das Volk einen Repräsentanten, der die Macht besitzt.[45]
Der dritte Punkt behandelt die präsidentielle und parlamentarische Demokratie. In beiden Fällen ist das Parlament der Gesetzgeber. Der Unterschied liegt in der Macht des Parlaments, die Regierung abzusetzen. In einer parlamentarischen Regierung sind das Parlament und die Regierung eng miteinander verbunden. Entzieht die Parlamentsmehrheit der Regierung das Vertrauen, so muss diese zurück treten. Bei einer präsidentiellen Demokratie sind Parlament und Regierung strikt voneinander getrennt. Die Regierung wird durch eine Volkswahl legitimiert und kann somit auch nicht vom Parlament abgesetzt werden. Der Präsident ist Regierungschef und Staatsoberhaupt in einer Person.[46]
Bei der Mehrheitsdemokratie ist die Exekutive in der Hand der Regierung. Weiter dominiert die Regierung auch das aus einer Kammer bestehende Parlament. Es gibt ein Zweiparteiensystem mit Mehrheitswahlrecht, pluralistisches Interessengruppensystem und ein zentralistisches Staatsaufbau. Bei der Konsensusdemokratie besteht die Regierung aus einer Vielparteienkoalition. Es besteht ein Gleichgewicht zwischen den zwei Kammern des Parlaments und der Regierung. Der Staatsaufbau ist föderalistisch. Gewählt wird mittels Verhältniswahlrecht. Zudem können auch Verbände und Interessensgruppen ihre

[44] Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S.37f.
[45] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S.39.
[46] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S.39.

Meinung zur Politik bekunden.[47]

Neben Strukturen von politischen Systemen sind aber auch Normen und Institutionen ausschlaggebend dafür, wie medienpolitische Prozesse funktionieren. Unter medienpolitischen Prozessen versteht man die Art von medienpolitischen Regelungen und in welcher Weise medienpolitische Akteure Einfluss nehmen können. Dieser Punkt wird von der Politics behandelt.[48]

Politics

In der Medienpolitik geht es um politische Regelungen und Entscheidungen, die für die öffentliche Kommunikation getroffen werden. Wenn man sich mit den Regeln und Entscheidungen beschäftigt, ist es auch eine Grundvoraussetzung sich mit den Akteuren auseinanderzusetzen, die am Prozess der Herstellung und Durchführung dieser Entscheidungen beteiligt sind. Diese Akteure, die aus dem Bereich Gesellschaft, Politik oder Wirtschaft kommen, versuchen ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Dabei handeln sie nicht isoliert, sondern konkurrieren oder kooperieren mit anderen Akteuren.[49]

Typen von Akteuren

Der Begriff Akteur kommt aus der Handlungstheorie. Damit werden handelnde Rollenträger bezeichnet die als Stellvertreter für eine Gruppe auftreten. Zu den Merkmalen eines Akteurs gehören folgende Eigenschaften:

- **Zielorientierung:** Akteure verfolgen bestimmte Interessen um ihre Ziele zu verwirklichen;
- **Wertorientierung:** Akteure handeln nach Werten;
- **Ressourcen:** Akteure verfügen über bestimmte Ressourcen, wie Geld und Einfluss und setzen diese ein um ihre Ziele zu erreichen;

[47] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 40.
[48] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 40.
[49] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 40.

- **Strategiefähigkeit:** Akteure handeln nicht nur zielgerichtet, sondern auch strategisch;
- **Selbst- und Fremdbeschreibung:** Akteure sehen sich nicht nur selbst als Akteure, sie werden auch von anderen Akteuren als solche gesehen.[50]

Insgesamt kann dabei zwischen individuellen und kollektiven Akteuren unterschieden werden:

- Individuelle Akteure sind Einzelpersonen, die in einer Organisation eine bestimmte Rolle übernehmen;
- Bei kollektiven Akteuren schließen sich mehrere Einzelpersonen zusammen. Der formale Organisationsgrad kann gering, wie in Verbänden oder hoch, wie bei Unternehmen sein. Letztere werden daher auch korporative Akteure genannt.[51]

Um politische Prozesse zu analysieren, können kollektive Akteure noch weiter aufgegliedert werden:

- Kollektive Akteure der Interessenartikulation greifen Themen auf und erklären sie als relevant. Sie spezialisieren sich auf ein Thema, sind problemnah und stehen in engem Kontakt mit den Bürgern (Verbände, soziale Bewegungen).
- Parteien als kollektive Akteure der Interessenaggregation können ihrerseits auch Interessen artikulieren. An erster Stelle greifen sie jedoch bereits formulierte Themen, die sich mit ihren Positionen decken, auf und versuchen diese in das politisch-administrative System einzubringen.
- Kollektive Akteure der Interessendurchsetzung, auch Akteure des politisch-administrativen Systems genannt, fällen die allgemein verbindlichen Entscheidungen (Parlament, Regierung) und versuchen diese zu implementieren (Verwaltung, Ministerien, Regulierungsbehörden).[52]

[50] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 41.
[51] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 41.
[52] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S.40.

Die kollektiven Akteure der Interessendurchsetzung sind staatliche Akteure. Im Gegensatz dazu sind die kollektiven Akteure der Interessenartikulation und -aggregation Teil des intermediären Systems. Sie verfolgen Partikularinteressen und sind nicht befugt allgemein verbindliche Entscheidungen zu treffen. Die Massenmedien sind Teil des intermediären Systems. Dieses System vermittelt Interessen der Gesellschaft an die kollektiven Akteure der Interessendurchsetzung und umgekehrt.[53]

Akteure der Medienpolitik

In der Medienpolitik lässt sich eine Vielzahl von Akteuren unterscheiden, die in fünf Gruppen eingegliedert werden können. Zu ihnen zählen:

- **Unternehmen:** Medienorganisationen, Distributionsunternehmen (Kabelnetz- und Satellitenbetreiber), Werbewirtschaft, Telekommunikations- und Internetfirmen, als auch die Filmwirtschaft;
- **Medienspezifische Interessensverbände:** Verbände von Verlegern, Rundfunkveranstaltern oder Medienschaffenden;
- **Politische Parteien**;
- **Staatliche Akteure:** Regierung, Parlament, Regulierungsbehörde, Verwaltung;
- **Zivilgesellschaftliche Akteure:** Kirche, Bewegungen, Wissenschaft.[54]

All diese Akteure versuchen Einfluss auf die vom Parlament und der Regierung getroffenen medienpolitischen Entscheidungen zu nehmen. Oft werden die Partikularinteressen mit einem öffentlichen Interesse kaschiert, um so die Gesellschaft von den eigennützlichen Zielen zu überzeugen. Kommt es zu einer Entscheidung, handelt es sich dabei meistens um ein Kompromiss der Interessensgruppen. Die Akteure können nicht nur durch die Einflussnahme auf medienpolitische Prozesse Macht ausüben. Sie können auch verhindern, dass bestimmte politische Themen diskutiert werden. Diese Art der Machtausübung

[53] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S.41.
[54] Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S.42.

wird „second face of power“ genannt.[55]

Der Einfluss von Akteuren auf den politischen Prozess

Durch den politischen Prozess gelangen Inputs der Gesellschaft in das politische System. Diese werden dort bearbeitet und anschließend wird eine Entscheidung gefällt. Das Modell des Policy-Zyklus hilft dabei den politischen Prozess in mehrere Phasen aufzuteilen. Zuerst findet die Problemdefinition statt. Das bedeutet, dass Probleme, die von der Politik gelöst werden sollen, für das politische System bearbeitbar gemacht werden. Anschließend kümmern sich bei der Problemdefinition die Parteien um eine mögliche Lösung. Bei der Politikformulierung wird ein Modell entwickelt, mit dem das Problem gelöst werden kann. Diese Aufgabe übernehmen die politischen Entscheidungszentren. Die Politikimplementation wird von der Verwaltung übernommen. Bei der Politikevaluation wird geprüft, ob das Problem gelöst wurde. Der Policy-Zyklus ist ein Modell, das erlaubt die einzelnen Phasen des politischen Prozesses genauer zu analysieren. Bei jeder Phase haben die Akteure der Medienpolitik die Möglichkeit auf den Prozess Einfluss zu nehmen, doch die Akteure haben nicht in jeder Phase gleich gute Chancen.[56]

Policy

Dieser dritte Punkt bildet den Kern der Medienpolitik. Mit dem Begriff Policy sind jene Regeln und Entscheidungen gemeint, welche für allgemein verbindlich erklärt werden. Diese politischen Inhalte können in unterschiedliche Typen aufgeteilt werden. Verbreitet ist die Differenzierung in distributive, redistributive und regulative Policies. Im Bereich der Regelsetzung finden sich hauptsächlich regulative, also rahmensetzende Maßnahmen. Diese beziehen sich auf die Medienorganisationen. Redistributive Maßnahmen kommen auf der Ebene der Leistungen vor. Hier ist die Finanzierung des öffentlichen Rundfunks durch

[55] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S.42.
[56] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 44f.

öffentliche Mittel zu nennen. Zudem werden auch in einigen Ländern protektive Ziele festgelegt, die unter anderem den Schutz einheimischer, audiovisueller Produkte vor einer Omnipräsenz an ausländischen Produkten gewährleisten soll.[57]

Mit Hilfe der Unterscheidung in Polity, Politics und Policy ist es möglich verschiedene Aspekte der Medienpolitik zu beleuchten. Auf der Ebene der Polity stehen die Strukturen von politischen Systemen und Medienorganisationen, sowie Überlegungen zur Institutionalisierung von Medien im Mittelpunkt. Die Politics-Dimension behandelt, wie medienpolitische Prozesse hergestellt werden und welche Rolle die Akteure in der Medienpolitik spielen. Auf der Ebene der Policy wird untersucht, welche konkreten Regeln und Entscheidungen, die für die Medienorganisationen und für die massenmediale öffentliche Kommunikation bedeutend sind, getroffen wurden.[58]

[57] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 46.
[58] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 47f.

III. Theorie

1. Regulierungstheorie

Unter dem Kernpunkt der Medienpolitik versteht man die allgemein verbindlichen Regeln und Entscheidungen über Medienorganisationen, als auch die massenmediale öffentliche Kommunikation und dessen Implementierung. Dieser Grundgedanke kann auch als Regulierung bezeichnet werden, die ein Teilbereich der Politik darstellt. Regulierung bezeichnet dabei die Herstellung von allgemein verbindlichen Regeln und Entscheidungen und deren Umsetzung durch Regulierungsakteure.[59]

Regulierung und Medienregulierung

Medienpolitik im engeren Sinn bezieht sich auf Instrumente die genutzt werden, um Medienstrukturen und Medieninhalte zu kontrollieren und Einfluss auf diese zu nehmen. Laut den Medienwissenschaftlern Robert Baldwin und Martin Cave lassen sich ein enges und ein weites Verständnis von staatlicher Regulierung unterscheiden.

- **Enges Verständnis von staatlicher Regulierung**: In diesem Fall umfasst der Begriff allein die Gebote und Verbote, die zur Regulierung erlassen werden;
- **Weites Verständnis von staatlicher Regulierung:** Neben den Geboten und Verboten schließt der Begriff auch ökonomische Anreize, Subventionen oder die Bereitstellung von Wissen für die Problemlösung mit ein.[60]

Somit unterscheiden sich die beiden Verständnisse in Hinsicht auf die

[59] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010, S. 49.
[60] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 50.

Steuerungsmedien. Beim engen Verständnis gilt lediglich die Macht durch den Staat als Regulierung. Beim weiten Verständnis hingegen kommen zur Macht auch die Steuerungselemente Geld und Wissen hinzu. Eine andere Definition von Regulierung lieferte die Medienwissenschaftlerin Angela J. Campell. Sie teilte die Regulierungstätigkeit in drei Komponenten ein: In Regelsetzung, Regeldurchsetzung und Entscheidungen bei Regelverstößen. Diese Kategorisierung kann auch auf die staatliche Medienregulierung übertragen werden. Somit bedeutet staatliche Medienregulierung den Prozess der Regelsetzung, Regeldurchsetzung und Sanktionierung von Regelverstößen bezüglich Medienorganisationen und der massenmedialen öffentlichen Kommunikation.[61]

1.1. Ansätze der Regulierungstheorie

Die Regulierungstheorie kann je nach Ansatz in drei Gruppen aufgeteilt werden: Interessenzentrierter Ansatz, institutionenzentrierter Ansatz und ideenzentrierter Ansatz. Der erste Punkt behandelt die Entstehung und Legitimation von Regeln. Der zweite Punkt behandelt die Art der Regulierung innerhalb institutioneller Arrangements. Der dritte Punkt kommt vor allem beim Vergleich unterschiedlicher Regulierungstraditionen und Kulturräumen zur Verwendung.[62]

Interessenzentrierte Ansätze

Der interessenzentrierte Ansatz versucht Regulierung zu definieren, indem er erklärt, wer den eigentlichen Nutzen aus der Regulierung zieht. Dabei wird zwischen der Public-Interest-Theorie, die den normativen Ansatz verkörpert und der Regulatory Failure als auch der Private-Interest-Theorie, die dem positiven Ansatz zuzuordnen sind, unterschieden.[63]
Bei der Public-Interest-Theorie wird von Marktversagen ausgegangen. Das liegt

[61] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S.50f.
[62] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2007, S. 51.
[63] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2007, S. 51.

vor, wenn der Marktprozess zu ökonomisch ineffizienten Ergebnissen führt, zum Beispiel wenn die Preise nicht die wahren Kosten des Produkts wiederspiegeln. Dies kann nur durch Regulierung behoben werden, wobei angenommen wird, dass der Regulator ohne Eigeninteressen agiert. Der Regulator ist ferner in der Lage das Marktversagen vollständig zu korrigieren.[64]

Bei dem Ansatz des Regulatory Failure wird angenommen, dass die Regulierungsbehörde im Laufe der Zeit von ihrem eigentlichen Ziel, also der Durchsetzung der öffentlichen Interessen abweicht. Stattdessen vertritt sie stärker die Interessen jener, die sie kontrollieren sollte. Vertreter der Private-Interest-Theorie sind der Ansicht, dass Regulierung nicht aufgrund von Marktversagen ausgelöst wird, sondern vielmehr auf die Interessen von politischen Gruppen und Eliten zurückzuführen ist.[65]

Institutionenzentrierte Ansätze

Im Gegensatz zum interessenzentrierten Ansatz, wird beim institutionenzentrierten Ansatz auf das Innenleben der Regulierungsbehörden eingegangen. Hier werden die institutionellen Strukturen, Prozesse und Arrangements in den Mittelpunkt gerückt. Dieser Ansatz beinhaltet zum einen die Agency-Theorie und zum anderen die neoinstitutionalistischen Ansätze der Organisationstheorie.[66]

Die Agency-Theorie besagt, dass es ein Ungleichgewicht bei der Informationsverteilung zwischen Principal, also der Regierung als politischer Auftraggeber und Agent, der Regulierungsbehörde als Auftragnehmer gibt. Da die Regulierungsbehörde über mehr Informationen verfügt, kann sie diese zu ihrem Vorteil nutzen. Interessant in diesem Fall ist es, wie die Regierung es schafft, die Regulierungsbehörde zu kontrollieren und damit sicherstellt, dass die Regulierungsbehörde die ihr zugeteilten Aufgaben erfüllt.[67]

Die neoinstitutionalistischen Ansätze der Organisationstheorie untersuchen, in

[64] Vgl. Günter Knieps, Wettbewerbsökonomie. Regulierungstheorie, Industrieökonomie, Wettbewerbspolitik, Berlin 2008, S. 80.
[65] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 52f.
[66] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2007, S. 53.
[67] Vgl. Günter Knieps, Wettbewerbsökonomie. Regulierungstheorie, Industrieökonomie, Wettbewerbspolitik, Berlin 2008, S. 81f.

wie weit die Strukturen und Handlungen der Regulierungsbehörde den Anforderungen der Umwelt entsprechen. Sie suchen nach Möglichkeiten, um Organisationsstrukturen zu etablieren, die die Kontrolle der Regulierenden zur Aufgabe haben.[68]

Ideenzentrierte Ansätze

Regulierung kann abgesehen von Interessen und Institutionen auch anhand von Ideen erklärt werden. Schließlich können Ideen, Ideologien und kulturelle Traditionen auch ausschlaggebend für die Art der Regulierung sein. In den USA ist Regulierung nur dann gestattet, wenn es keinen ausreichenden Wettbewerb im jeweiligen Bereich gibt, oder aufgrund der Monopolstellung eines Unternehmens Wettbewerb von Grund aus nicht möglich ist. In Deutschland hingegen greift der Staat nicht aufgrund von Marktversagen ein, sondern handelt im Sinne des öffentlichen Interesses. Somit kann Regulierung den Zweck haben freien Wettbewerb zu ermöglich oder soziale Konflikte zu lindern.[69]

Bevor in dieser Arbeit auf die staatliche Regulierung und ihre Akteure eingegangen wird, soll noch ein kurzer Überblick über die Selbst- und Co-Regulierung gegeben werden. Zwar wird in Ungarn keine dieser beiden Regulierungsformen angewandt, doch sind sie in mehreren Ländern eine gute Alternative zum klassischen Modell der staatlichen Regulierung.

1.2. Selbst- und Co-Regulierung

Unter Selbstregulierung versteht man, wenn anstelle des Staates private Akteure für die Regulierung zuständig sind. Puppis definiert Selbstregulierung als einen „Prozess der Regelsetzung, Regeldurchsetzung und Sanktionierung von Regelverstößen durch eine private Organisation auf Branchenebene.“[70] Somit wird die Regulierung von einer durch die Regulierten hierfür gegründete

[68] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S.54.
[69] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 55.
[70] Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 60.

Organisationen durchgeführt. Die Selbstregulierung birgt mehrere Vorteile in sich:

- Selbstregulierung ist flexibel und biete einen Geschwindigkeitsvorteil gegenüber der staatlichen Regulierung;
- Selbstregulierungsorganisationen verfügen über mehr Fachwissen als staatliche Regulierungsbehörden;
- Selbstregulierung ist für den Staat kostengünstiger als staatliche Regulierung;
- Selbstregulierung funktioniert unabhängig von Landesgrenzen.[71]

Neben den aufgezählten Punkten gibt es jedoch noch zwei weitere Gründe, die für Selbstregulierung sprechen. Zum einen ist man sich darüber einig, dass aufgrund der Bedeutung der Medien für die Gesellschaft die Regulierung der Massenmedien notwendig ist. Damit kann es niemandem gleichgültig sein, wer welche Medien besitzt und unter welchen Bedingungen publizistische Inhalte zustande kommen. Zum anderen kann durch Selbstregulierung die Unabhängigkeit der Medien vom Staat gesichert werden. Jedoch müssen in diesem Fall auch die Nachteile der Selbstregulierung genannt werden. Medienorganisationen haben großes Interesse an dieser Form der Regulierung, um so staatliche Eingriffe zu verhindern. Zudem besteht die Gefahr, dass Selbstregulierung den Unternehmen nur als Tarnung dient oder dass sie mit der Selbstregulierung politische oder ökonomische Interessen verwirklichen wollen. Weiter wird auch die fehlende demokratische Legitimität von Selbstregulierungsorganisationen kritisiert.[72]

Co-Regulierung

Staatliche Regulierung und Selbstregulierung müssen nicht als unvereinbar angesehen werden. Eine Kombination aus beiden Formen, zum Beispiel die Beteiligung des Staates an der Selbstregulierung, kann dazu verhelfen die Nachteile der Selbstregulierung auszugleichen. Selbstregulierung bei dem der

[71] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 60.
[72] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 60f.

Staat beteiligt ist wird Co-Regulierung genannt. Der Staat kann in diesem Fall die Rahmenbedingungen aufstellen oder die Selbstregulierung überwachen. Co-Regulierung definiert Puppis als „Prozess der Regelsetzung, Regeldurchsetzung und Sanktionierung von Regelverstößen durch ein Selbstregulierungsorganisation im Auftrag des Staates und/oder in Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren.“[73]

1.3. Medienregulierung

Akteure der Medienregulierung

Ministerien

In einigen Ländern Europas fällt der Rundfunksektor in die Zuständigkeit von Ministerien, so etwa in Großbritannien und Frankreich. Manchmal befassen sich diese auch mit dem Pressesektor. Dennoch ist der Aufgabenbereich der Ministerien eher beschränkt. Sie helfen zwar der Regierung bei der Ausarbeitung von Gesetzen und sind für die Entwicklung von medienpolitischen Strategien zuständig, haben jedoch keine operativen Funktionen, wie die Lizenzvergaben oder Rundfunkaufsicht. Diese Bereiche werden meistens von eigenen Regulierungsbehörden übernommen.[74] In Ungarn ist allein die staatliche Behörde für Medien und Nachrichtenübermittlung für die Kontrolle der Medienlandschaft zuständig.

Regulierungsbehörden

Für den Rundfunk- und Telekommunikationssektor gibt es in vielen Ländern spezifische Regulierungsbehörden, die getrennt vom jeweiligen Ministerium

[73] Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 62.
[74] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 109f.

arbeiten.

Für die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde ist die Wahl der Behördenleitung entscheidend. Oftmals wird die Leitung durch die Exekutive bestimmt, das heißt das Staatsoberhaupt, die Regierung oder die zuständigen Ministerien ernennen eine Person. In einigen Fällen fällt jedoch die Wahl der Behördenleitung in die Zuständigkeit der Legislative, beispielsweise das Parlament. Nur selten haben gesellschaftliche Gruppen Einfluss auf die Ernennung. Wichtig für die Regulierungsbehörde ist, dass sie nicht nur von der Politik, sondern auch von den zu regulierenden Unternehmen unabhängig sein soll. Zu den Aufgaben der Regulierungsbehörde gehören die Lizenzvergabe für Privatrundfunk, die Kontrolle der Einhaltung von gesetzlichen Vorgaben, als auch Lizenzbestimmungen. [75]

Zum Teil sind Regulierungsbehörden für die Aufstellung von Regeln in Form von Richtlinien zuständig. Insgesamt können die Behörden aufgrund der ihnen zur Verfügung stehenden Sanktionsmaßnahmen, wie hohe Geldstrafen oder Lizenzentzug, unterschieden werden. Da die Regulierungsbehörden von den jeweiligen Ministerien unabhängig agieren, sollen unpolitische und faire Entscheidungen getroffen werden. Dabei stellt sich jedoch die Frage nach der demokratischen Legitimität, schließlich beschließen die Behörden Regeln und können Sanktionen verhängen, wurden für diese Aufgabe jedoch nicht von den Bürgern legitimiert.[76] Aus diesem Grund werden zwei Möglichkeiten als Ersatz für die direkte Legitimation angeführt:

- **Substanzielle Legitimation:** Diese soll die Regulierungsbehörden aufgrund ihrer erbrachten Leistungen, wie die Lösung von Problemen und Fairness legitimieren.
- **Prozedurale Legitimation:** Die Entscheidungen der Regulierungsbehörde müssen gewissen Regeln folgen. Dazu gehören die öffentliche Beteiligung und Transparenz. Die Entscheidungen müssen begründet werden.[77]

In Ungarn wurde die Leitung der Medienbehörde der Fidesz-Politikerin

[75] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 110f.
[76] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 111.
[77] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 111.

Annamária Szalai anvertraut, die durch den Premierminister Viktor Orbán bis 2019 mit dieser Aufgabe beauftragt wurde. Detailliertere Informationen zur ungarischen Medienbehörde werden in einem späteren Kapitel behandelt.

Nationale Wettbewerbsbehörden

Neben den spezifischen Regulierungsbehörden und zuständigen Ministerien sind aber auch nationale Wettbewerbsbehörden für die Regulierung von Bedeutung. Ihre Aufgabe ist es den Wettbewerb zu regulieren und sicher zu stellen, dass dessen ökonomische Funktionalität gewährleistet ist. Da Wettbewerbsbehörden in den wirtschaftlichen Bereichen tätig sind, sind sie auch wichtige Akteure in der Presse-, Rundfunk-, Telekommunikations- und Internetregulierung.[78]

Regulierung beim Rundfunk

Insgesamt gibt es im Mediensektor drei Bereiche, die reguliert werden können: Presse (Printmedienmodell), Telekommunikation (Common-Carrier-Modell) und Rundfunk (Rundfunkmodell). Da für diese Diplomarbeit nur der Bereich Fernsehen ausschlaggeben ist, soll im Weiteren nur das Rundfunkmodell beleuchtet werden.[79]

Rundfunkmodell

Die Regulierung von Radio und Fernsehen ist im Vergleich zu den anderen Bereichen relativ stark ausgeprägt. Ein Grund dafür ist nicht zuletzt ein technischer und zwar die Verteilung der limitierten Frequenzen. Hinzu kommen jedoch auch politische Motive. Während des Zweiten Weltkriegs war der Einsatz von Propaganda stark verbreitet. Um eine derartige Manipulation für die Zukunft zu vermeiden, entschloss man sich nach 1945 in den meisten Ländern Europas

[78] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 113f.
[79] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 88.

den Rundfunk nicht privat zu organisieren. Es wurden öffentliche Rundfunkanstalten institutionalisiert. Erst in den 1980-er Jahren änderte sich die Situation. Als Folge der Deregulierung wurden in immer mehr europäischen Ländern kommerzielle Radio- und Fernsehsender zugelassen, die mit den öffentlichen Rundfunkanstalten in Konkurrenz traten. Daraus entstand das duale System, bestehend aus öffentlichen und privaten Rundfunksendern. Im Bereich des Rundfunks werden insgesamt fünf Bereiche reguliert. Erstens wurde festgelegt, öffentliche Rundfunkorganisation zu institutionalisieren. Weiter muss der Staat den privaten Sendern eine Sendegenehmigung in Form einer Lizenz oder einer Konzession erteilen. Zweitens unterliegt die finanzielle Regulierung des Rundfunks durch Werbung und Gebühren dem Staat. Der dritte Punkt betrifft die Reichweite der Rundfunksender. Viertens unterliegen die Radio- und Fernsehinhalte gewissen Vorschriften, wie dem Schutz von Minderjährigen. Der fünfte und letzte Punkt beschäftigt sich mit der Medienkonzentration. Um die Medienvielfalt aufrecht zu erhalten, ist es notwendig wettbewerbs- und medienpolitische Regulierungsmaßnahmen zu erlassen.[80]

2. Typologien politischer Systeme

Da die Regulierungstheorie allein, die Situation in Ungarn nicht erklären kann, sollen in diesem Kapitel die Typologien politischer Systeme beleuchtet werden. Dabei wird zwischen demokratischen und autokratischen Systemen unterschieden. Aufgrund der unterschiedlichen Eigenschaften der Systeme soll eine Zuordnung Ungarns ermöglicht werden.

Das politische System ist ein Teilsystem, dessen Aufgabe es ist das Überleben der Gesellschaft durch bestimmte Regeln zu sichern. Um diese Funktion erfüllen zu können, werden dem politischen System, im Gegensatz zu anderen Systemen, wie der Wirtschaft, Gewalt- und Sanktionsmittel zugesichert. Weiter kann gesagt werden, dass politische Systeme nicht nur funktional spezialisiert sind, sie sind auch Manifestationen politischer Herrschaft, die über unterschiedliche Begründungen legitimiert werden. Je nachdem wie das politische System abgesichert wird, verfügt es über bestimmte Strukturen und

[80] Vgl. Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2010 Konstanz, S. 88f.

Mechanismen für den Zugang zu und für die Sicherung von politischer Macht. Abhängig davon, welche Merkmale die Herrschaftsorganisation aufweist, kann die Wissenschaft diese klassifizieren.[81] Erst wenn die einzelnen Herrschaftstypen definiert sind, ist es möglich einen Systemwechsel festzustellen. Um die Herrschaftstypen voneinander abgrenzen zu können hat Wolfgang Merkel sechs Klassifikationskriterien aufgestellt, die sich auf den zentralen Aspekt der Herrschaft in einem politischen System beziehen.[82] Diese sollen hier kurz erläutert werden.

- **Herrschaftslegitimation:** Wie wird Herrschaft legitimiert?
- **Herrschaftszugang:** Wie ist der Zugang zur Herrschaft geregelt? Hier wird danach gefragt, wie Wahlen ablaufen. Werden bestimmte Personengruppen ausgeschlossen, oder finden freie Wahlen statt?
- **Herrschaftsmonopol:** Wer trifft die politischen Entscheidungen? Werden hier ausschließlich demokratisch legitimierte Akteure einbezogen, oder auch jene die nicht demokratisch legitimiert sind?
- **Herrschaftsstruktur:** Wird die politische Macht auf mehrere Personen aufgeteilt oder liegt sie in der Hand eines einzelnen Machthabers? Machthaber kann in diesem Fall eine Person, eine Gruppe oder auch eine Partei sein.
- **Herrschaftsanspruch:** Dieser Punkt betrifft die Frage, in wie weit die Herrschenden in das Leben der Bürger eingreifen können.
- **Herrschaftsweise:** Hier setzt man sich damit auseinander, ob die Ausübung der staatlichen Herrschaft rechtstaatlichen Grundsätzen folgt, oder ob sie repressiv, oder sogar terroristisch ausgeübt wird.[83]

[81] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 21.
[82] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 22.
[83] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 23.

Abb.2: Merkmale von demokratischen und autokratischen Systemen[84]

	Autokratie		*Demokratie*	
	Totalitäres Regime	**Autoritäres Regime**	**Defekte Demokratie**	**Rechtsstaatliche Demokratie**
Herrschafts-legitimation	Weltanschauung	Mentalitäten	Volkssouveränität	Volkssouveränität
Herrschafts-zugang	geschlossen (statt allgemeinem Wahlrecht akklamatorische Plebiszite)	restriktiv (u. U. Wahlrecht, aber keine oder nur eingeschränkt pluralistische freie und faire Wahlen)	offen (universelles Wahlrecht[a])	offen (universelles Wahlrecht)
Herrschafts-anspruch	unbegrenzt („total")	umfangreich	begrenzt; rechtsstaatlich definierte, aber verletzte Grenzen	begrenzt; rechtsstaatlich definierte und garantierte Grenzen
Herrschafts-monopol	Führer/Partei (nicht durch demokratische Wahlen und demokratische Verfassung legitimiert)	Führer/„Oligarchie" (nicht oder u. U. nur teilweise durch Wahlen legitimiert)	durch Wahlen und demokratische Verfassung legitimierte Autoritäten, aber u. U. von Vetomächten eingeschränkt	durch Wahlen und demokratische Verfassung legitimierte Autoritäten
Herrschafts-struktur	monistisch	semipluralistisch	pluralistisch	pluralistisch
Herrschafts-weise	willkürlich, systematisch repressiv, terroristisch	begrenzt repressiv	beschädigte Rechtsstaatlichkeit	rechtsstaatlich

Im nächsten Absatz soll der Terminus Demokratie genau erklärt werden.

Demokratie

Als nächstes soll von einer Minimaldefinition vom Begriff Demokratie ausgegangen werden. Sie konkretisiert die oben erwähnten sechs Kriterien, bleibt aber trennscharf um autokratische und demokratische Systeme voneinander unterscheiden zu können. Der amerikanische Demokratieforscher Robert Dahl nennt zwei eng miteinander verknüpfte Definitionsmerkmale von Demokratie: zum einen muss es einen offenen Wettbewerb um politische Ämter geben und zum anderen muss genügend Raum für die politische Partizipation der Bürger vorhanden sein.[85] Damit die Verantwortung der Regierung gegenüber

[84] Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 24.
[85] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 28.

den Präferenzen der Bürger gewährleistet werden kann, müssen den Bürgern drei Möglichkeiten offenstehen:

- Die Möglichkeit ihre Präferenzen zu formulieren;
- Die Möglichkeit ihre Präferenzen der Regierung und den Mitbürgern durch individuelles oder kollektives Handeln zu verdeutlichen;
- Die Pflicht der Regierung die Präferenzen unabhängig von ihrem Inhalt und Herkunft gleichermaßen zu gewichten.[86]

Diese Punkte sind jedoch keine hinreichenden Bedingungen für eine Demokratie. Darum müssen diese Bedingungen durch institutionelle Garantien abgesichert werden:

- Durch die Assoziations- und Koalitionsfreiheit;
- Durch das Recht auf Meinungsfreiheit;
- Durch das Recht zu wählen (aktives Wahlrecht);
- Durch das Recht in öffentliche Ämter gewählt werden zu können (passives Wahlrecht);
- Durch das Recht politischer Akteure um Wählerstimmen zu kämpfen;
- Durch das Recht auf Informationsfreiheit;
- Durch das Recht auf freie und faire Wahlen;
- Durch Institutionen, die die Regierung von den Wählerstimmen und anderen Ausdrucksformen der Bürger abhängig machen.[87]

Anhand dieser acht Minimalgarantien von Dahl und der sechs Differenzierungskriterien von Merkel soll es möglich sein zwischen autokratischen und demokratischen Systemen klar zu unterscheiden. Nur wenn diese vorher genannten Punkte zutreffen, erfüllen politische Systeme ein generelles Merkmal von Demokratie. Bestimmte „Mischsysteme“ bilden dabei

[86] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 28.
[87] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 28.

eine Ausnahme.[88]

Insgesamt muss Demokratie dabei als ein institutionalisiertes Regelsystem zur gesellschaftlichen Konfliktbearbeitung verstanden werden, innerhalb dessen kein Akteur, keine Institution oder Gewalt die politischen Entscheidungsergebnisse kontrollieren darf. Somit sind Entscheidungsergebnisse nicht, wie in autoritären oder totalitären Systemen bestimmt, sondern sie sind die Ergebnisse der Handlungen konkurrierender Kräfte.[89]

Analysiert man jedoch diese zwei Grundtypen Demokratie und Autokratie, so können weitere Subtypen hervortreten. Die Demokratie kann in eine embedded democracy und defekte Demokratie und die Autokratie in ein autoritäres und totalitäres Regime aufgeteilt werden. Sowohl die ideale Demokratie, als auch der perfekte Totalitarismus bleiben beide Utopien. Die Polyarchie, was so viel wie Vielherrschaft bedeutet, versteht Robert Dahl als den Durchschnittstyp real existierender Demokratie. Dieser Typ ist zwar weit von der idealen Demokratie entfernt, weißt aber auch keine Defekte auf, da sie die acht institutionellen Garantien für eine pluralistische Herrschaft erfüllt. Ein Kritikpunkt bei Dahls Konzept ist das Fehlen der Garantiedimensionen der horizontalen Gewaltenkontrolle und des Rechtsstaates. Mit dem Modell der embedded democracy soll versucht werden dieses Defizit auszugleichen.[90]

2.1. Grundtypen demokratischer Systeme

Embedded democracy

Dieses Modell besagt, dass stabile rechtsstaatliche Demokratien doppelt eingebettet sind. Intern müssen Demokratien mit den anderen Teilsystemen und extern mit der herausfordernden und sich ständig verändernden Umgebung auseinandersetzen.

Eine rechtsstaatliche Demokratie baut auf fünf Teilregime:

[88] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 29.
[89] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 29.
[90] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 29f.

- Ein demokratisches Wahlregime;
- Das Regime politischer Partizipation;
- Das Teilregime bürgerlicher Freiheitsrechte;
- Die institutionelle Sicherung der Gewaltenkontrolle
- Und die Garantie, dass die Regierungsgewalt der demokratisch gewählten Repräsentanten gesichert ist.[91]

Das Modell der embedded democracy geht über das Verständnis der Polyarchie hinaus. Trotzdem bleibt es „realistisch", da es sich auf die institutionelle Architektur bezieht und die Politikergebnisse nicht als ein Merkmal rechtsstaatlicher Demokratie ansieht. Zwar kann der Sozialstaat, oder die faire Verteilung von wirtschaftlichen Gütern ein wünschbares Ergebnis von politischen Entscheidungen sein, jedoch sind dies keine grundlegenden Elemente einer Demokratie. Die embeddd democracy geht weiter über den demokratischen Elektoralismus hinaus, da die embedded democracy sich nicht nur mit dem Prozess, sondern auch mit dem Ziel von freien Wahlen auseinandersetzt. Wie oben erwähnt gehört nicht nur ein demokratisches Wahlsystem zu den Teilregimen, sondern auch vier weitere, die das Ziel sicherstellen sollen.[92]

- **Wahlregime:** Dieses Teilregime bindet den Zugang zu Herrschaftspositionen mit Hilfe eines offenen Wettbewerbs an das Votum der Bürger. Das Wahlregime ist in der embedded democracy elementar, da freie Wahlen der Ausdruck der Volkssouveränität sind. Zudem wird aufgrund der großen Konkurrenz um die Herrschaftspositionen eine klare Trennlinie zum autokratischen System gezogen. Damit freie Wahlen stattfinden können, sind gleiche politische Partizipationsrechte erforderlich. Diese beiden aufeinander verweisenden Teilregime bilden die vertikale Herrschaftslegitimation der Demokratie. Das Wahlregime umfasst nach Dahl vier tragende Elemente. Dazu gehören das universelle aktive

[91] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 30f.
[92] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 31.

Wahlrecht, das universelle passive Wahlrecht, freie und faire Wahlen, sowie die Mandatsträger. Trotz der aufgezählten Elemente ist das Wahlregime allein keine Bedingung für ein demokratisches Regime.[93]

- **Politische Partizipationsrechte:** Dieses Teilregime beinhaltet das uneingeschränkte Recht auf Rede- und Meinungsfreiheit, sowie Assoziations-, Demonstrations- und Petitionsfreiheit. In diesem Fall müssen öffentlich-rechtliche, als auch private Medien Gewicht besitzen. Der Empfang und die Verbreitung von Informationen dürfen nicht durch die Politik beeinträchtigt sein. Nur wenn diese Rechte gesichert sind, und das Wahlregime mit der politischen Partizipation aufeinander wirken, kann eine demokratische Wahl ermöglicht werden.
- **Bürgerliche Freiheitsrechte:** Das dritte Teilregime der bürgerlichen Freiheitsrechte hat die Aufgabe den Wirkungsgrad der Herrschaftsreichweite zu kontrollieren. Der Exekutive und Legislative müssen Grenzen gesetzt werden, um sich so vor dem willkürlichen Eingriff des Staates in private Bereiche zu schützen.
- **Gewaltenteilung und horizontale Verantwortlichkeit:** Unter horizontaler Verantwortlichkeit soll verstanden werden, dass Amtsträger durch bestimmte autonome Institutionen in ihrem Handeln kontrolliert werden. Die horizontale Verantwortlichkeit beschäftigt sich mit den Herrschaftsstrukturen und der Rechtmäßigkeit politischen Handelns mittels Gewaltenkontrolle. Somit wird die Verantwortlichkeit der Regierung nicht nur über Wahlen, sondern auch über die sich wechselseitig kontrollierenden Gewalten gewährleistet.
- **Effektive Regierungsgewalt:** Das letzte Teilregime besagt, dass jene regieren, die auch tatsächlich gewählt wurden. Es ist nicht das Militär oder andere mächtige Akteure, die die letzte Verfügungsgewalt haben, sondern jene, die demokratisch mit diesem Aufgabenbereich betraut wurden.[94]

Die genannten Teilregime können ihre Aufgaben erst erfüllen, wenn sie wechselseitig „eingebettet“ sind. Zum einen müssen gewisse Teilregime, wie

[93] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 31f.
[94] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 32f.

politische Partizipation und bürgerliche Freiheitsrechte gewährleistet sein um demokratische Wahlen zu ermöglichen. Zum anderen müssen Teilregime andere Teilregime vor Übergriffen hindern. Somit kann gesagt werden, dass gerade die wechselseitige Einbettung der Teilregime für eine funktionierende und widerstandsfähige Demokratie sorgt. Die Aufteilung in Teilregime bringt gewisse Vorteile mit sich. Anhand dieses Vorgehens können Defekte leichter in einer Demokratie ausgemacht, und diese Fehler im Teilregime geortet werden.[95]

Im Fall der internen Einbettung können bezüglich Ungarn einige Defekte ausgemacht werden. Angefangen mit der Umgestaltung des Wahlrechts seit dem Amtsantritt der Fidesz-Partei 2010, welches die stimmenstärkste Partei bevorzugt bis hin zum Einfluss des Staates auf die Medien, der in der Arbeit noch detaillierter dargestellt werden soll.[96] Bezüglich Gewaltenteilung wurde die Macht der Exekutive seit dem Amtsantritt der Fidesz-Partei verstärkt. Unter anderem hat die Regierung mit Hilfe der Zweidrittelmehrheit auch den Zuständigkeitsbereich des ungarischen Verfassungsgerichtshofs stark eingeschränkt.[97]

Demokratien sind von einer Umwelt umgeben. Diese Umwelt kann dazu beitragen, dass die Demokratie ermöglicht und stabilisiert, oder verhindert und destabilisiert wird. Ist die Umwelt unterentwickelt, so kann das dazu führen, dass Defekte in der Demokratie auftreten. Der sozioökonomische Kontext, die Zivilgesellschaft und die internationale und regionale Integration gehören zu den wichtigsten externen Einbettungsringen.

- **Sozialökonomischer Kontext:** Dieser Punkt besagt, dass eine funktionierende Wirtschaft maßgeblich zur Demokratie beitragen kann. Eine Wirtschaft die keine große Armut zulässt, pluralistische Sozialstrukturen schafft und darauf achtet, Ressourcen nicht ungleich zu verteilen, ist ein Schutzfaktor für die Demokratie.[98]
- **Zivilgesellschaft:** Weiter trägt eine gereifte Zivilgesellschaft zur Stärkung

[95] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 34f.
[96] Vgl. BTI 2012, Hungary Country Report, Gütersloh 2012, S. 6, http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/pdf/BTI%202012%20Hungary.pdf am 03.07.2012.
[97] Vgl. BTI 2012, Hungary Country Report, Gütersloh 2012, S. 8, http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/ pdf/BTI%202012%20Hungary.pdf am 03.07.2012.
[98] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 34f.

der Demokratie bei und bietet Schutz vor staatlicher Willkür.[99]

- **Internationale und regionale Integration:** Internationale, wirtschaftliche, oder demokratisch-politische Integrationszusammenhänge können zusätzlich zu einer Stabilisierung der Demokratie beitragen. Militärische Zusammenschlüsse hingegen entfalten nicht die gleiche demokratische Wirkung. Besonders demokratiefördernd ist eine Einbettung, wenn nicht nur ökonomische oder sicherheitspolitische Interessen verfolgt, sondern auch andere Ziele gesetzt werden. Ist die Mitgliedschaft in einer Organisation, wie der Europäischen Union an demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze gebunden, kann dies zusätzlich demokratiefördernd sein. Je enger diese Zusammenschlüsse sind, je dichter und widerstandsfähiger die äußere Einbettung der Demokratie ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Demokratie vor Angriffen von außen geschützt bleibt. Zusätzlich kann auch Respekt und hohe Kooperationsbereitschaft zwischen den Akteuren der Teilregime zu einer funktionierenden Demokratie beitragen.[100]

Auch in der externen Einbettung Ungarns sind Defekte auszumachen. Als Beispiel ist hier die ungarische Wirtschaft zu nennen. Die Wirtschaftskrise 2008 hat seine Spuren im Land hinterlassen. Die ungarische Volkswirtschaft konnte 2011 kaum wachsen. Die Binnennachfrage war schwach, was zum Teil auf die mit 10,9% (Stand 2011) immer noch hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Die ungarische Zivilgesellschaft ist hingegen gut organisiert, jedoch aus sozialem und territorialem Blickpunkt asymmetrisch und überpolitisiert.[101] Bezüglich des Bereichs der internationalen und regionalen Integration kann der Neue Széchényi Plan, den Ungarn Anfang 2011 gestartet hat, genannt werden. Dabei handelt es sich um ein mit EU-Mitteln finanziertes Mittelstands- und Beschäftigungsprogramm, in dessen Fokus die Schaffung von 100.000

[99] Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 37.
[100] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 37.
[101] Vgl. BTI 2012, Hungary Country Report, Gütersloh 2012, S. 19, http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/pdf/BTI%202012%20Hungary.pdf am 17.07.2012.

Arbeitsplätzen jährlich bis 2020 steht.[102]

Defekte Demokratien

Wird eines der Teilregime der embedded democracy auf so eine Weise beschädigt, dass die Gesamtlogik einer rechtsstaatlichen Demokratie verändert wird, spricht man von einer defekten Demokratie.
Je nachdem welche Teilregime betroffen sind, hat man es mit einem bestimmten Typ der defekten Demokratie zu tun. Defekte Demokratien sind:

> „Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind".[103]

Es wird zwischen vier Formen der defekten Demokratie unterschieden:

- **Exklusive Demokratie:** Ein Grundprinzip der Demokratie ist die Volkssouveränität. Diese ist nur dann gegeben wenn ein universelles Wahlrecht und dessen faire Umsetzung gewährleistet sind. Wird jedoch ein bestimmter Teil der Bevölkerung von den Wahlen ausgeschlossen, so ist eine Volkssouveränität nicht mehr gewährleistet. Wird fünf bis zehn Prozent der permanenten Bevölkerung das Wahlrecht verwehrt, so muss jedoch nicht sofort auf ein autokratisches System geschlossen werden.
- **Enklavendemokratie:** dieser Typus einer defekten Demokratie entsteht wenn sogenannte Vetomächte, wie Militär oder Großgrundbesitzer den demokratisch gewählten Repräsentanten den Zugriff auf bestimmte politische Bereiche entziehen. Dadurch entsteht ein verzerrtes Machtbild,

[102] Vgl. BTI 2012, Hungary Country Report, Gütersloh 2012, S. 25, http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/pdf/BTI%202012%20Hungary.pdf am 17.07.2012.
[103] Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 37.

das besonders häufig in den Ländern Lateinamerikas und Südostasiens zum Vorschein tritt.

- **Illiberale Demokratie:** bei dieser Form ist die Kontrolle von Exekutive und Legislative durch die dritte Gewalt eingeschränkt. Konstitutionelle Norme haben kaum einen Einfluss auf das Handeln der Regierung und die Gesetzgebung. Die bürgerlichen Freiheiten des Individuums sind zum Teil eingeschränkt oder nicht etabliert. Diese Form der defekten Demokratie ist am häufigsten verbreitet.
- **Delegative Demokratie:** die Kontrolle der Exekutive durch die Legislative und die dritte Gewalt ist eingeschränkt. Konstitutionelle Normen haben kaum eine Auswirkung auf das Handeln der Regierung. Die Regierungen, an deren Spitze meist ein charismatischer Präsident steht, umgehen das Parlament und wirken auf die Justiz ein. Sie höhlen die Gewaltenkontrolle aus und verschieben die Machtbalance in Richtung einer präsidentiellen Exekutive.[104]

Die genaue Ursache, weshalb solche Defekte in Demokratien entstehen lässt sich nicht eruieren. Meistens sind mehrere Ursachen für diese Entwicklungen verantwortlich. Im Folgenden soll jeweils eine Hypothese für jedes der wichtigsten Ursachenbündel genannt werden.

- **Modernisierungspfad:** Das Demokratiedefizit kann auftreten, wenn die sozioökonomische Modernisierung eines Landes einem semimodernen Pfad folgt. Das führt dazu, dass ein Machtungleichgewicht erzeugt wird und die besitzende Klasse die Demokratie als eine Bedrohung ansieht.
- **Modernisierungsniveau:** Je niedriger das sozioökonomische Entwicklungsniveau eine Landes ist und je ungleicher die Ressourcen verteilt werden, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit für das Entstehen von defekten Demokratien. Werden die Ressourcen ungleich verteilt, so entsteht eine Asymmetrie. Diese fördert in weiterer Folge die ungleiche Verteilung von politischen Macht- und Handlungsressourcen.
- **Wirtschaftskonjunktur:** wirtschaftliche Katastrophen und Krisen können

[104] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 37f.

in noch nicht gefestigten rechtsstaatlichen Demokratien Defekte auslösen. Oft wird in solchen Fällen eine Notstandsverordnung ausgerufen, die weit über die akute Dauer der Notstandssituation in Kraft bleibt.

- **Sozialkapital:** Ob sich eine defekte Demokratie bildet, hängt auch von dem Umfang an Sozialkapital im Land ab. Unter Sozialkapital werden die verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen des Landes verstanden.
- **Zivilgesellschaft:** ist ein zu geringer Anteil an personellem Vertrauen vorhanden, so wird die Herausbildung von institutionalisierten politischen Parteien und Verbänden erschwert. In diesem Fall fehlt es an zivilgesellschaftlichen Organisationen die zur Wahrnehmung und Sicherung der Rechte eingesetzt werden.
- **Nations- und Staatsbildung:** zu einem Problem kann auch werden, wenn die Transformation eines Landes hin zu einer Demokratie mit ungelösten Identitäts- oder Staatskrisen der politischen Gemeinschaft belastet ist. Minderheitendiskriminierungen und Sezessionsbestrebungen wirken sich negativ auf die bürgerlichen Freiheits- und politischen Partizipationsrechte aus.
- **Typ des autoritären Vorgängerregimes:** Je länger sich eine autoritäre Vorgängerregierung an der Macht halten konnte, desto schwieriger wird es anschließend eine funktionierende Demokratie zu installieren.
- **Modus der Transition:** Ist der Kompromiss unter den Eliten nach dem Systemwechsel bezüglich der Gründung einer Demokratie hoch, umso gefestigter wird die Demokratie sein. Wird den neuen demokratischen Institutionen von den Eliten Beachtung geschenkt, dann wird den Institutionen auch von der Bevölkerung heraus eine systemunterstützende Rolle zugeschrieben.
- **Internationale und regionale Einbindung:** In Ländern, wo die regionalen Mechanismen zum Schutz von liberaldemokratischen Institutionen, wie der EU, fehlen oder zu schwach sind, ist die Möglichkeit für Regierungen groß diese zu verletzten. Der Grund liegt darin, dass die Opportunitäskosten für

ein solches Handeln in diesem Fall herabgesetzt sind.[105]

Defekte Demokratien müssen nicht Übergangssysteme bleiben. In einigen Ländern können sie als die Antwort auf Probleme der Umwelt angesehen werden und als eine Form der Demokratie bestehen bleiben. Das ist besonders in Gesellschaften mit niedrigem Bildungsniveau, klientelistischen und patrimonialen Strukturen gegeben.[106]

2.2. Grundtypen autokratischer Systeme

Da in dieser Arbeit davon ausgegangen wird, dass Ungarn, trotz einiger Defekte eine Demokratie ist, sollen die Merkmale autokratischer Systeme nur in Kürze angesprochen werden.
Wie bereits zuvor schon erklärt wurde, sind totalitäre und autokratische Systeme Subtypen der Autokratie. Als nächstes sollen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Formen beschrieben werden.
Im Gegensatz zu Demokratien sind die Entscheidungsergebnisse autokratischer Systeme weniger transparent. In den meisten Fällen sind die Entscheidungsregeln im Vorhinein nicht festgelegt. Sind sie es doch, so fehlt ihnen die demokratische Legitimation. Diese Informationen alleine reichen jedoch nicht aus um autokratische Systeme zu definieren. Anhand der bereits vorgestellten sechs Kriterien von Wolfgang Merkel soll verdeutlicht werden, wann Systeme autokratisch sind.[107]

- **Herrschaftslegitimation:** Wird die politische Herrschaft nicht durch das Prinzip der Volkssouveränität stabilisiert, sondern verlangt sie Gehorsam und Gefolgschaft unter Berufung auf allgemeine Mentalitäten, so ist die Rede von einem autokratischen System.
- **Herrschaftszugang:** Wird mehr als fünf bis zehn Prozent der Akteure, die

[105] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 38f.
[106] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 39.
[107] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 40.

die permanente Bevölkerung ausmachen, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Ethnie, ihrer Religionszugehörigkeit, oder wegen machtpolitischen Motiven das aktive oder passive Recht auf Wahlen in politische Ämter verwehrt, handelt es sich nicht mehr um eine Demokratie. Dies ist auch der Fall wenn Parteien durch die Exekutive von Wahlen ausgeschlossen werden.

- **Herrschaftsmonopol:** Wenn das staatliche Herrschaftsmonopol nicht von demokratisch legitimierten Institutionen kontrolliert, sondern von nicht legitimierten Akteuren für sich beansprucht wird, spricht man von autokratischer Herrschaft.
- **Herrschaftsstruktur:** Wenn die Gewalt nicht eingeschränkt werden kann, keine wechselseitige Gewaltenkontrolle vorhanden ist und die Gewalt sich in der Exekutive konzentriert, ist von autokratischen Systemen zu sprechen.
- **Herrschaftsanspruch:** Werden die Menschenrechte und die bürgerlichen Grundrechte verletzt oder aufgehoben und der Exekutiven die Macht erteilt bis in das Privatleben der Bürger einzudringen, so wird von einem autokratischen Herrschaftssystem gesprochen.
- **Herrschaftsweise:** Werden die Rechtsnormen nicht nach verfassungsmäßigen, rechtsstaatlichen Prinzipien geschaffen, und versuchen die Regierenden durch willkürliche Repression oder Terror ihren Machtanspruch zu bekräftigen, so spricht man von einem autokratischen System.[108]

Die folgende Arbeit geht davon aus, dass Ungarn zwar in den Bereich der demokratischen Systeme einzuordnen ist, sich aber seit der Amtsübernahme durch die Fidesz-Partei 2010 in die Richtung einer defekten Demokratie entwickelt.

[108] Vgl. Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 40f.

IV. Die politische Landschaft in Ungarn seit 1989

Um die Entwicklungen in Ungarn in den Jahren 1988/89 verstehen zu können, ist es unerlässlich sich mit den Vorjahren zu beschäftigen. Seit den 1960er Jahren wurde in Ungarn ein Reformsozialismus unter János Kádár, dem Ersten Sekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) betrieben, den mehrere Punkte kennzeichneten. Dazu gehören die Beibehaltung der kommunistischen Herrschaftsordnung, die schrittweise Entschärfung der Machtausübung und die Gewährleistung eines hohen Lebensstandards der Bevölkerung. Die Kádár'schen Reformen führten im Weiteren zu einer liberalen Form der Zentralwirtschaft und zu einer entspannten innenpolitischen Lage, da man darauf verzichtete alle Lebensbereiche zu politisieren. Zudem wurde die Möglichkeit auf Reisen in den Westen gegeben. Zwar wurde weiterhin die Überwachung der Bevölkerung forciert, jedoch in abgeschwächter Form. Ferner wurde auch das parteistaatliche Handeln an Rechtsnormen geknüpft, wodurch der Systemwechsel 1989 erleichtert wurde.[109] In der Mitte der 1980er Jahre schlitterte Ungarn in eine Wirtschaftskrise. Da die politische Elite keinen Ausweg aus der Situation wusste, wurden Führungspositionen mit neuen Kräften besetzt. Miklós Németh, ein Ökonom wurde der Zentralkomitee-Sekretär für Wirtschaftsfragen, der einen Kurs in Richtung „geregelte Marktwirtschaft" anpeilte. Parallel dazu wurden auch weitere Liberalisierungsschritte im Bereich der Politik vorgenommen, darunter auch die Verabschiedung eines Vereinigungs-, Versammlungs- und Streikgesetzes. Die Führung war überzeugt, dass nur durch eine aktive Mitwirkung der Bevölkerung und durch die Artikulation öffentlicher Interessen, die Wirtschaftskrise überwunden werden könnte und die neuen Marktmechanismen greifen würden. Es zeigt sich, dass nicht die Bevölkerung, sondern die kommunistische Partei die treibende Kraft hinter der politischen und wirtschaftlichen Transformation des Landes war.[110]

Nachdem der „Kádár-Zirkel" im Mai 1988 abgelöst wurde, versuchte die

[109] Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer, Der politische Transformationsprozess in Ungarn und die sozialistischen Machthaber: ein Systemwechsel „von innen", in: Detlef Pollack u. Jan Wielgohs, Hg., Akteure oder Profiteure? Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen 1989, Wiesbaden 2010, S. 231.

[110] Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer, Der politische Transformationsprozess in Ungarn und die sozialistischen Machthaber: ein Systemwechsel „von innen", in: Detlef Pollack u. Jan Wielgohs, Hg., Akteure oder Profiteure? Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen 1989, Wiesbaden 2010, S. 234f.

politische Führung in Ungarn das Konzept einer „geregelten Marktwirtschaft“ und eines „sozialistischen Pluralismus“ umzusetzen. Ende 1988 sprachen sich die führenden Kräfte der Partei für die Transformation der politischen Ordnung, hin zu einem Mehrparteiensystem aus. Bis Mitte März 1989 wurden mehrere Schritte hin zu einer politischen Demokratisierung gesetzt. Ein Vereinigungs- und Versammlungsgesetz nach westlichen Maßstäben wurde eingeführt, das Mehrparteiensystem durchgesetzt und ein Verfassungskonzept verabschiedet, welches mit den kommunistischen Verfassungsprinzipien brach.[111] Ein weiterer wichtiger Schritt bei der Umgestaltung der politischen Landschaft waren die „Rundtischgespräche“, an denen die MSZMP und die Oppositionsbewegung teilnahmen. Das Ergebnis dieser Zusammenkünfte war eine Vereinbarung, in der Gesetze und Verordnungen inhaltlich festgelegt und teilweise ausformuliert wurden. Mit der Verabschiedung dieser Gesetze sollte eine demokratisch-rechtsstaatliche Verfassungsstruktur in Ungarn entstehen.[112] Nachdem sich die MSZMP Ende 1989 selbst aufgelöst hatte, gründeten die Mitglieder des Reformflügels die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP). Am 23.Oktober 1989 wurde eine neue Verfassung ins Leben gerufen, die das Prinzip der Gewaltenteilung in sich aufnahm. Es wurde die Republik Ungarn ausgerufen, ein Parteiengesetz, das alle politischen Parteien legalisierte, installiert und auch ein Wahlgesetz beschlossen. Nach den ersten freien Wahlen im Jahr 1989 gingen die national-konservativen-christlichen Parteien (Ungarisches Demokratisches Forum, Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte und die Christlich-Demokratische Volkspartei) unter der Führung des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF) in eine Koalition. Ministerpräsident wurde József Antall.[113] Diese war bis 1994 an der Macht, bis sie von der sozialistischen Partei MSZP verdrängt wurde. Obwohl die Partei bei den Wahlen eine Zweidrittelmehrheit erreichte, ging sie, um dem Westen guten Willen zu demonstrieren, eine Koalition (1994-1998) mit der gemäßigten Partei Bund Freier Demokraten (SZDSZ) ein. [114] Diese hatte

[111] Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer, Der politische Transformationsprozess in Ungarn und die sozialistischen Machthaber: ein Systemwechsel „von innen“, in: Detlef Pollack u. Jan Wielgohs, Hg., Akteure oder Profiteure? Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen 1989, Wiesbaden 2010, S. 235.
[112] Vgl. Holger Fischer, Eine kleine Geschichte Ungarns, Frankfurt am Main 1999, S. 241f.
[113] Vgl. Holger Fischer, Eine kleine Geschichte Ungarns, Frankfurt am Main 1999, S. 243.
[114] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 250f.

im Vorfeld noch Bedenken geäußert, da viele der führenden MSZP-Politiker auch Mitglieder bei der kommunistischen Partei MSZMP waren. Doch da sich die beiden Parteien in vielen politischen Programmpunkten einig waren, darunter das Ziel der europäischen Integration Ungarns und die NATO-Mitgliedschaft, wurde das Angebot der MSZP angenommen. Weiter wollten die Parteien auch die stärkere Trennung von Kirche und Staat unterstützen, die Inflation senken und die Arbeitslosenquote verringern.[115] 1998 wurde die sozialistische Regierung von der national-konservativen Fidesz-Partei, die mit dem MDF und der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte (FKgP) eine Regierung bildete abgelöst. Als Grund für das Scheitern der sozialistischen Regierung wird angegeben, dass der Bevölkerung die Dringlichkeit einer Konsolidierung des Staatshaushaltes nicht klar erklärt werden konnte. Di sozialistische Regierung verabsäumte auch die Folgen einer solchen Maßnahme nachvollziehbar darzustellen. Zudem wurde auch aufgrund der zahlreichen negativen Schlagzeilen, wie diverse Korruptionsaffären innerhalb der Regierung, das Vertrauen in die politische Führung erschüttert.[116] Das trug dazu bei, dass die Bevölkerung, die nach der Wende 1989 große Hoffnungen in die Transformation des Landes zu einer Demokratie gelegt hatte, immer pessimistischer gegenüber der neuen Entwicklung im Land wurde. [117] Besonders ab 2000 stieg die Destabilisierung im Land an, und der nationale Populismus gewann an Boden.[118] Als 2002 wieder eine sozialistische Regierung an die Macht kam, hoben die Regierenden den Lebensstandard an und versuchten auch die Randgruppen in die Gesellschaft zu integrieren, was zu einer großen Verschuldung des Landes führte. Angesichts der globalen wirtschaftlichen Krise musste die sozialistische Regierung umschwenken und bald einen strengen Sparkurs fahren. Obwohl es ihr gelang die Wirtschaftskrise im Land erfolgreich einzudämmen, stieg die

[115] Vgl. Holger Fischer, Eine kleine Geschichte Ungarns, Frankfurt am Main 1999, S. 251.
[116] Vgl. Holger Fischer, Eine kleine Geschichte Ungarns, Frankfurt am Main 1999, S. 251f.
[117] Vgl. BTI 2012, Hungary Country Report, Gütersloh 2012, S. 3f., http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/pdf/BTI%202012%20Hungary.pdf am 29. September 2012.
[118] Vgl. BTI 2012, Hungary Country Report, Gütersloh 2012, S. 3f., http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/pdf/BTI%202012%20Hungary.pdf am 29. September 2012.

Unzufriedenheit im Land und die Sozialisten verloren 2010 die Wahlen.[119]

Mit der Machtübernahme der Fidesz-Partei im Jahr 2010 wurde die Zweidrittelmehrheit genutzt um die Institutionen der Gewaltenkontrolle zu schwächen. Im August 2010 wurden die öffentlich-rechtlichen Medien unter die Kontrolle der Nemzeti Média- és Hírközléségi Hatóság (NMHH), der Staatlichen Behörde für Medien und Nachrichtenübermittlung gestellt, die von Anhängern der Fidesz-Partei geführt wird. Einige Monate später wurde ein neues Mediengesetz geschaffen, welches Presse und Rundfunk unter staatliche Aufsicht stellte. Unter anderem wurde mit dem Gesetz die Möglichkeit geschaffen gegen Medien, die laut dem Medienaufsichtsamt unausgewogen oder fehlerhaft berichten, eine hohe Geldstrafe zu verhängen. Daraufhin folgte eine Welle der Kritik, nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland. Neben der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), äußerten auch mehrere EU-Institutionen und EU-Mitgliedsstaaten Kritik an dem Gesetz - mit Erfolg. Im März 2011 wurden einige der diskriminierenden Bestimmungen, wie die strikte Kontrolle ausländischer Medien, die in Ungarn ihr Produkt vertreiben oder die Registrierungsbestimmungen im Mediengesetz überarbeitet.[120]

Dies war allerdings nicht der einzige Punkt, der stark kritisiert wurde. Nachdem das ungarische Verfassungsgericht ein rückwirkendes Gesetz der Regierung, die eine Sondersteuer in der Höhe von 98 Prozent auf bestimmte Abfindungen im öffentlichen Dienst vorsah als verfassungswidrig erklärt hatte, wurde ihm das Recht, Gesetze über den Staatshaushalt, Steuern und Abgaben auf ihre Verfassungskonformität zu überprüfen entzogen. Weiter wurden die Oberste Staatsanwaltschaft, der staatliche Rechnungshof, die staatliche Finanzaufsicht, das Kartellamt und die Medienaufsichtsbehörde mit Fidesz-Anhängern besetzt. Zudem wurde auch das Gehalt des Zentralbankpräsidenten gekürzt, das Zentralbankgesetz mehrfach verändert und die Zinspolitik der Zentralbank kritisiert, wodurch auch die Unabhängigkeit der Zentralbank in Frage gestellt wurde. Der von der Regierungsmehrheit 2010 gewählte Staatspräsident Pál

[119] Vgl. BTI 2012, Hungary Country Report, Gütersloh 2012, S. 3f., http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/pdf/BTI%202012%20Hungary.pdf am 29. September 2012.

[120] Vgl. Martin Brusis, BTI Regionalbericht. Ostmittel- und Südosteuropa, Gütersloh 2012, S. 3, http://www.bti-project.de/uploads/tx_jpdownloads/BTI_2012_Regionalbericht_ECSE.pdf am 29. September 2012.

Schmitt, der aufgrund einer Plagiatsaffäre 2012 gezwungen war sein Amt niederzulegen, fungierte als Parteisoldat der Fidesz. Seine Rolle bestand darin, die von der Regierungsmehrheit beschlossenen Gesetze zu unterzeichnen. Im April 2011 verabschiedete die ungarische Regierungsmehrheit eine neue Verfassung. Diese besagt unter anderem, dass zahlreiche Gesetze nur mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden dürfen, wodurch, so die Kritik, die Rechte des Parlaments beschnitten wurden. Die Oppositionsparteien MSZP und LMP nahmen nicht an den Verfassungsberatungen teil. Der Grund dafür, so die Opposition, sei die fehlende Gesprächsbereitschaft von Seiten der Regierung.[121]

[121] Vgl. Martin Brusis, BTI Regionalbericht. Ostmittel- und Südosteuropa, Gütersloh 2012, S. 3f, http://www.bti-project.de/uploads/tx_jpdownloads/BTI_2012_Regionalbericht_ECSE.pdf am 29. September 2012.

V. Die ungarische Medienpolitik von 1989 bis 2002

Ein wichtiger Punkt, der für die öffentlich-rechtlichen Medien in Ungarn bis heute noch gilt, ist ihre Voreingenommenheit zugunsten der Regierung. Bereits im Kommunismus war dieses Verhalten der Medien zu beobachten. Die Soros-Stiftung umschrieb dieses Phänomen als ein Konflikt zwischen den neuen Rundfunknormen, wo Objektivität und Neutralität verlangt wird und der alten Gewohnheit des engagierten Journalismus, der vor 1948 in Ungarn galt.[122]

1. Auswirkung des Systemwechsels auf die ungarische Medienlandschaft

1956 wurden die Stimmen nach politischer Veränderung immer lauter. Um die jungen Intellektuellen zu beruhigen, gründete die Regierungspartei einen Diskussionsclub, den bekannten Petöfi-Kreis. Hier wurde über Politik, Ökonomie und alles was sonst interessant war, gesprochen. Immer mehr wurden die gut besuchten Clubabende zu Protestversammlungen gegen die Politik der Partei. Die gesellschaftliche Stimmung jener Zeit mündete schlussendlich in der ungarischen Revolution von 1956. Nach der Niederschlagung des Freiheitskampfes dauerte es noch etliche Jahre bis die Diktatur besiegt werden konnte.[123]

Nach ihrem Amtsantritt 1990 versuchte die erste demokratisch gewählte Regierung unter dem national-konservativen Ministerpräsident József Antall die Printmedien unter staatliche Kontrolle zu bringen, doch damit machten sich die Politiker die Journalisten zum Gegner. [124]

Das Vorgehen der Regierung im Bereich Printmedien wurde von den Journalisten lautstark kritisiert. Diese Reaktion wurde von der Koalitionsregierung gereizt aufgenommen. Die Politiker warfen den Journalisten vor, im Dienste des kommunistischen Systems zu agieren und durch ihre Kritik der Regierung schaden zu wollen. Diese Aussage wurde von der Öffentlichkeit akzeptiert, da zu

[122] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 250.
[123] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 248.
[124] Vgl. Mária Vásárhelyi, Angriffe auf die Pressefreiheit. Die Medienpolitik der Fidesz-Regierung, in: Osteuropa 2011, H. 12, S.158.

dieser Zeit Journalisten ihr Gehalt noch vom alten System bezogen. Als jedoch private Investoren sich für die ungarischen Printmedien zu interessieren begannen und sich die Eigentumsverhältnisse verschoben, konnte die Kritik der Regierung nicht mehr haften.[125]

Bei den nächsten Wahlen kam es zu einem Linksruck und die Ungarische Sozialistisch Partei (MSZP), die mit dem Bund Freier Demokraten (SZDSZ) in Koalition ging, wurde in die Regierung gewählt. Neuer Ministerpräsident wurde Gyula Horn, der neben mehreren unpopulären Budgetmaßnahmen auch ein neues Mediengesetz installierte.[126]

2. Die ungarischen Medienkriege seit 1990

In Gegensatz zu den Printmedien konnte der Rundfunk mit Leichtigkeit kontrolliert werden. Da die gesetzlichen Rahmenbedingungen für TV und Radio bis zur Schaffung eines Mediengesetzes offen lagen und aufgrund des Kampfes um die Kontrolle der Medien durch die Parteien, kam es zu einem Ringen um die politische Vormachtstellung im Medienbereich. Die aktuelle Historiographie ortet zwei Medienkriege. Der erste wird in der Zeit der ersten frei gewählten Regierung (Regierung Antall-Boross 1990-1994) angesiedelt, der zweite Medienkrieg in der Zeit der national-konservativen Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán (1998-2002).

2.1. Der erste Medienkrieg

Bereits im Wahlkampf aber auch nach dem Amtsantritt der neuen national-konservativn Regierung (1990-1994) wurde versucht, die Presse für die eigenen Zwecke zu nutzen und so dem Konkurrenten zu schaden. Die Schwierigkeit dabei war jedoch, dass ein Großteil der Regionalzeitungen an den Axel-Springer-Verlag und einige auch an den Mediaprint-Verlag gegangen waren und damit

[125] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 250.
[126] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 250f.

eine staatliche Einflussnahme kaum möglich war. Somit wandte sich die konservative Regierung an den Rundfunk, als auch an die Tageszeitung „Magyar Hírlap“, die an eine von der Regierung ausgewählte französische Gesellschaft verkauft worden war. 1991 wurde zusätzlich die Tageszeitung „Új Magyarország“ geschaffen, die regierungsfreundliche Berichterstattungen lieferte, für Staatsunternehmen warb und Exklusivinterviews mit Regierungsmitgliedern veröffentlichte.[127]

Der erste Medienkrieg brach aus, als im Oktober 1990 der Präsident des ungarischen Fernsehens, Elemér Hankiss sich weigerte vor den Gemeinderatswahlen ein Interview mit dem ungarischen Ministerpräsidenten József Antall auszustrahlen. Er befürchtete, damit könnte der Politiker das Wahlergebnis manipulieren. Die Regierung wollte das nicht akzeptieren und erwartete sich Loyalität vom Rundfunk. Eigentlich wurden Elemér Hankiss, Soziologe und Csaba Gombár, Chef des ungarischen Hörfunks, von den Parteien nur als eine Übergangslösung eingesetzt, denn man erwartete bald den Erlass des neuen Mediengesetzes, das jedoch erst 1995 beschlossen wurde. Umso erboster war man, als die beiden Fachfremden sich gegen den Willen der Regierung stellten, Reformen auf fachlicher Ebene durchführten und von der Politik unerwünschte Personen weiterhin im Betrieb beschäftigten. Das wurde von der Regierungskoalition in der Öffentlichkeit als ein Versuch dargestellt, die kommunistische Ära zu restaurieren. Als von der Regierung versucht wurde Elemér Hankiss und Csaba Gombár zu entlassen, schritt Árpád Göncz, Staatspräsident von Ungarn ein und verweigerte seine Zustimmung. Daraufhin wurde der ungarischen Fernseh- und Radio-Anstalt die staatliche finanzielle Förderung entzogen.[128]

Trotz dieses Vorgehens wurde der Einfluss der Politik auf die beiden Medienanstalten nicht größer. Regierungsnahe Kreise gründeten daher den Fernsehkanal „Duna-TV“, der als ein Gegengewicht zu den großen Sendern fungierte. Aufgrund des Verbotes von neuen Sendefrequenzen wurden die Sendungen von „Duna-TV“ über Satellit gesendet. In dieser Zeit entstanden auch vermehrt Piratensender, die geschickt das Frequenzmoratorium umgingen. Ende

[127] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 250.
[128] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 251.

1992 wurde der erste Entwurf des neuen Mediengesetzes von der Opposition abgelehnt. Sie kritisierte die zu große Einflussnahme der Regierung bei der Bestimmung des Rundfunkpräsidenten.[129]

1993 kündigten Hankiss und Gombár aufgrund des zu großen öffentlichen und politischen Drucks. Die auf Vorschlag der Regierung eingestellten Vizepräsidenten übernahmen die Arbeit. Sie ließen mehrere Sendungen, denen Unausgewogenheit vorgeworfen wurde, einstellen. Mehrere Journalisten mit einer links-liberalen Ausrichtung wurden entlassen. Trotz dessen musste die konservative Regierung in vielen Fällen mit dem alten Kader weiter zusammenarbeiten, schließlich gab es kaum einen Journalisten, der seine Sozialisation nicht in der kommunistischen Zeit erfahren hätte.[130]

Im Rahmen des Wahlkampfes 1994 startete die Regierungspartei schließlich eine Kampagne, in dem sie die MSZP beschuldigte, sie würde wieder zurück zu einer Einparteiendiktatur hin schwenken. Doch auch diese Vorwürfe konnten den Sieg der MSZP nicht verhindern, die gemeinsam mit der liberalen Partei SZDSZ in eine Koalition ging. Die neue Regierung setzte an die Medienpolitik der früheren konservativen Regierung an. Sie versuchte, wie die Vorgängerregierung im Bereich der Medien Posten mit Sympathisanten zu besetzen. Die alten Präsidenten von Fernsehen und Radio und weitere 170 Mitarbeiter der Fernseh-Abendnachrichten wurden entlassen. Dieses Vorgehen wurde in der Öffentlichkeit stark kritisiert. Ein Vergleich der Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen Sender mit jenen der unabhängigen Medien zeigt, dass die Regierung in den öffentlich-rechtlichen Sendern besser dargestellt wurde als bei den unabhängigen Medien. In den Hauptnachrichten des öffentlich-rechtlichen Senders „A Hét“ wurde sogar darauf verzichtet, die negativen Schlagzeilen, die in den unabhängigen Medien kursierten, zu senden. Die Sendung „Híradó“ neigte dazu, die politischen Erfolge im Land den Regierungsparteien zuzuschreiben und die Oppositionsparteien in ein negatives Licht zu rücken. Erst nach der Einführung des Mediengesetzes Ende 1995 änderte sich die Situation ein wenig. Während davor noch 84 Prozent der Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien sich mit der Regierung auseinandersetzten, lag die Zahl im Mai 1996 nur

[129] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 251.
[130] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 251.

mehr bei 72 Prozent. Im Herbst 1996 war die Präsenz von Regierungs- und Oppositionsparteien in den staatlichen Medien gleich auf. [131]

Mit dem 1995 beschlossenen Mediengesetz wurde damit der erste „Medienkrieg" formal beendet und der staatliche Einfluss auf die Medien teilweise eingedämmt. Es entstanden private Rundfunkstationen, wodurch auch die frühere Rundfunkkonzentration der öffentlich-rechtlichen Sender aufgelöst wurde. Die drei terrestrischen Rundfunkfrequenzen wurden aufgeteilt. Eine erhielt der öffentlich-rechtliche Fernsehsender „Magyar Televízió" (MTV) und die anderen wurden an private Sender vergeben. Der zweite Kanal von MTV wurde auf Satelliten-Ausstrahlung umgebaut. Die Bevölkerung schien über die neue Frequenzaufteilung zufrieden. Das zeigt sich auch daran, dass die zwei privaten Sender bezüglich Zuschauerquoten den früheren Marktführer M1 weit hinter sich ließen.[132]

Obwohl die Opposition weiterhin kritisierte, dass sie aufgrund von Kameraeinstellungen negativ dargestellt werde, wich die einseitige Berichterstattung und machte Platz für ernsthafte Sachprobleme und kritische Reportagen.[133]

2.2. Der zweite Medienkrieg

Der zweite Medienkrieg brach im Frühjahr 1998 aus. Die Situation innerhalb der Medienlandschaft war in dieser Zeit relativ ruhig, doch das änderte sich als die national-konservative Fidesz-MPP in diesem Jahr die Parlamentswahlen gewann. Gemeinsam mit den Kleinlandwirten und den Christdemokraten bildeten sie eine Koalition. Ministerpräsident wurde Viktor Orbán. Schon von Beginn der Regierungszeit an ließ man keinen Zweifel daran, dass die neu gewählte Regierung das gesamte Mediensystem von Grund auf umgestalten wolle. Möglichkeiten hierzu hatte die Regierung da es kaum ein nennenswertes Unternehmen gab, das nicht mit dem Staat Geschäftsbeziehungen pflegte. Der

[131] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 252.
[132] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 253.
[133] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 252.

Staat war zudem der einflussreichste Akteur im Anzeigengeschäft und konnte mittels öffentlicher Mittel Medienimperien aufbauen oder stürzen.[134]

Um laut der Fidesz-Partei das Mediengleichgewicht herzustellen, wurden die damals liberale Zeitung „Magyar Nemzet“, als auch des Provinzblatt „Szabad Föld“ an Fidesz-Sympathisanten übergeben. Links-liberale Journalisten wurden mit behördlichen Methoden eingeschüchtert. Als Beispiel kann hier der Fall der Wochenzeitung „Kriminális“ genannt werden. Nachdem sie vertrauliche Informationen über Fidesz-Politiker veröffentlicht hatte, wurden die Redaktionsräume und die Privatwohnung des für den Artikel verantwortlichen Redakteurs durchsucht. Zudem wurden auch die Server und Festplatten der Journalisten konfisziert, wodurch das Erscheinen der Zeitung unmöglich wurde. Eine weitere Methode war das Zugangsverbot für unliebsame Journalisten zu Pressekonferenzen. Um die links-liberale Presse zu schwächen wurden zudem Verträge, die von der Vorgängerregierung geschlossen wurden, gekündigt und Medienhäusern, die die linksliberale Presse förderten, wurde zu verstehen gegeben, dass sie in diesem Fall auf das Wohlwollen des Staates verzichten müssten.[135]

Das Medienimperium konnte sich die Fidesz Großteils mittels öffentlicher Gelder finanzieren. Von staatseigenen Unternehmen wurden Unsummen von Geldern an das Medienimperium gezahlt, die als Werbeausgaben getarnt wurden. Unternehmen, die Interesse an staatlichen Aufträgen hatten, mussten das Medienimperium mitfinanzieren, denn sonst gingen sie leer aus. Weiter kündigte Ministerpräsident Orbán an, in Zukunft national-konservative Blätter zu präferieren. 1999 wurde ein neues Kuratoriumspräsidium für das Ungarische Fernsehen MTV eingesetzt. Die ausgewählten Personen wurden allesamt von der Regierungsfraktion nominiert. Doch die Regierung führte weit mehr Änderungen in der ungarischen Medienlandschaft durch. Unter anderem wurden neue Gesetzesvorschläge vorgebracht, die eine Vergabe von Radiofrequenzen an regierungsparteinahe Firmen begünstigten. [136]

---

[134] Vgl. Mária Vásárhelyi, Angriffe auf die Pressefreiheit. Die Medienpolitik der Fidesz-Regierung, in: Osteuropa 2011, H. 12, S.158.

[135] Vgl. Mária Vásárhelyi, Angriffe auf die Pressefreiheit. Die Medienpolitik der Fidesz-Regierung, in: Osteuropa 2011, H. 12, S.158.

[136] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 253.

Obwohl wie erwähnt auch während der Regierungsphase der Sozialisten Personen begünstigt und Vetternwirtschaft betrieben wurde, verstärkten sich diese Missstände unter der Regierung Orbán von 1998 bis 2002. Die Regierung erhielt im öffentlich-rechtlichen als auch im kommerziellen Rundfunk bis zu 81 Prozent der Sendezeit[137] und wurde Großteils positiv dargestellt. Die Opposition hingegen hatte nur beschränkt die Möglichkeit ihre Sicht darzustellen und wurde hauptsächlich in einem schlechten Licht abgebildet. 1999 erhielt die Opposition keine Sendezeit in den öffentlich-rechtlichen Medien. Diese Situation hielt an bis im Jahr 2002 die Regierung Orbán von der sozialistischen Regierung abgelöst wurde und sich die Berichterstattung mit der Zeit einigermaßen normalisierte.[138]
Obwohl die Fidesz von 2002 bis 2010 in der Opposition war, schaffte es die Partei ihr Medienimperium mittels Parteifinanzierung weiter auszubauen. Diese ist bis heute nicht klar geregelt. Die Parteien in Ungarn erhalten zwar auch Gelder aus dem Staatshaushalt, doch diese reichen bei Weitem nicht aus um die Kosten der Partei und insbesondere der Wahlkämpfe zu decken. Da Wirtschaft und Staat eng miteinander verflochten sind und die Transparenz nur gering ist, fördern wirtschaftliche Unternehmen massiv politische Parteien um sich dadurch das Wohlwollen der derzeitigen oder künftigen Regierung zu sichern. Diese Geldtransfers tauchen weder in der Buchhaltung des Absenders noch des Empfängers auf. Man kann davon ausgehen, dass sich die Höhe der Gelder bis auf das Zehnfache der offiziellen Parteienfinanzierung beläuft.[139]
Doch die wichtigste Quelle der Parteienfinanzierung kommt von den staatlichen Investitionen, wie der Stadtsanierung oder dem Autobahnbau. 20 bis 30 Prozent der staatlichen oder kommunal getätigten Investitionen fließen zurück in die Parteikassa. Vor den Wahlen 2010 gingen davon 70 Prozent an die Sozialdemokraten und 30 Prozent an die Fidesz. Hier liegt die Frage nahe, weshalb nur die Fidesz und nicht die Sozialisten ein Mediensystem zum eigenen Nutzen aufbauen konnte, schließlich haben sie während ihrer achtjährigen Regierungszeit weit mehr aus den finanziellen Mitteln schöpfen können. Die Antwort liegt aber auf der Hand. Im Gegensatz zu der Fidesz, die die Gelder

[137] Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 254.
[138] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 254.
[139] Vgl. Mária Vásárhelyi, Angriffe auf die Pressefreiheit. Die Medienpolitik der Fidesz-Regierung, in: Osteuropa 2011, H. 12, S. 159.

zentral gelenkt und kontrolliert hat, hatten bei den Sozialisten auch die in den Provinzen tätigen Sozialisten Zugriff auf die Gelder.[140] Ein weiterer Grund ist, dass die Fidesz-Partei von mehreren Forint-Milliardären unterstützt wurde. Zu diesen zählen unter anderem der Milliardär Gábor Széles, der 2005 die damals linksliberale Tageszeitung „Magyar Hírlap“ erwarb und 2007 den rechtsradikalen TV-Sender „Echo TV“ gründete, die beide dem national-konservativen Kurs der Fidesz folgen. Zudem gründete der Milliardär Tamás Vitézy die U-Bahn-Zeitung „Helyi Téma“, die ihm zufolge „dem Geist Viktor Orbáns dienen“ soll.[141] Auch im Bereich der neuen Medien konnte die Fidesz ihre Vorherrschaft ausbauen. Die Oligarchen Zoltán Speder und Kristóf Nobilis sind Besitzer des Wirtschaftsblattes „Napi Gazdaság“ und der Web-Wirtschaftszeitung „portfolio.hu“. Zudem untersteht ihnen auch das meist besuchte Internetporta Ungarns, „index.hu“.[142]

[140] Vgl. Mária Vásárhelyi, Angriffe auf die Pressefreiheit. Die Medienpolitik der Fidesz-Regierung, in: Osteuropa 2011, H. 12, S. 159f.
[141] Paul Lendvai, Mein verspieltes Land, Budapest 2010,S. 164.
[142] Vgl. Paul Lendvai, Mein verspieltes Land, Budapest 2010,S. 165.

VI. Die sozialistische Medienpolitik 2002-2010

1. Das Ringen der Politik um die Medien

Als im Jahr 2002 eine sozialistische Koalitionsregierung (MSZP-SZDSZ) unter Premier Péter Medgyessy an die Macht kam, entschied die Regierung im medienpolitischen Bereich strukturelle Veränderungen umzusetzen. Die Fidesz-Partei hatte während ihrer Amtszeit 1998 bis 2002 verstärkt die Kontrolle über die ungarische Medienlandschaft übernommen. Das medienpolitische Programm der neuen sozialistischen Regierung gab vor diese Kontrolle wieder aufheben und den Medien größere Wirkungsfreiheit ohne staatliche Eingriffe gewähren zu wollen.[143] In einer Rede fasste der SZDSZ-Abgeordneter Márton Kozák die Situation so zusammen:

> „Die gesetzlichen Attacken auf Medienunternehmen müssen ein für alle Mal aufhören. […] Auch der indirekte staatliche Einfluss auf die Presse muss gestoppt werden. Dem Staat ist es verboten marktstörende Tätigkeiten zu verüben."[144]

Eine der ersten Entscheidungen der Medgyessy-Regierung war die Aufhebung der Gebühren für das öffentlich-rechtliche Fernsehen. Begründet wurde diese Entscheidung damit, dass nur 63 Prozent aller Haushalte mit einem Fernsehgerät die Gebühren tatsächlich zahlten. Somit wird das öffentlich-rechtliche Fernsehen seit 2002 vom Staat finanziert. Die Abschaffung der Gebühren erwies sich aus drei Gründen als problematisch. Erstens wurden die Gebühren im Mediengesetz, das nur bei einer Zweidrittelmehrheit umgestaltet werden kann, festgeschrieben. Die Veränderung wurde jedoch im Finanzierungsgesetz, wo nur eine einfache Mehrheit im Parlament notwendig ist, festgelegt. Daher geht es hier auch um eine verfassungsrechtliche Frage. Zweitens war der zu bezahlende Betrag eine symbolische Nachricht an das Publikum und sollte zeigen, dass das öffentlich-

[143] Vgl. Áron Monori, Médiaháború, in: Péter Bajomi-Lázár, Hg., Magyar médiatörténet. A késő Kádár-kórtól az ezredfordulóig, 2005 Budapest, S. 285.
[144] Egyszer s mindenkorra véget kell vetni a médiavállalatok megfélemlítésére alkalmas törvényhozói támadásoknak. […] Meg kell szüntetni az állam akár közvetett sajtótulajdonlását is. Az államnak tilos piaczavaró tevékenységet folytatni.

rechtliche Fernsehen unmittelbar von der Bevölkerung aufrechterhalten wird. Damit sollte auch gesichert werden, dass das Fernsehen im Sinne des Publikums berichtet und nicht zu einem Sprachrohr der Regierung wird. Drittens ist die Abschaffung der Gebühren in Ungarn kaum mit den europäischen Praktiken vereinbar.[145]

Zunehmend wurde damit das öffentlich-rechtliche Fernsehen in Ungarn nicht mehr verdeckt, sondern offen kontrolliert. Der Sinn der Abschaffung der Gebühren war die Ausübung politischen Drucks auf das Fernsehen. Diese eingeschlagene Richtung der Regierung wurde auch mit dem personellen Austausch in den öffentlich-rechtlichen Medien belegt. [146] Viele der unter der national-konservativen Regierung entlassenen Journalisten wurden wieder aufgenommen und im Gegenzug konservative Redakteure in Pension geschickt.[147] Auf Druck der MSZP trat der Fidesz nahestehende Generaldirektor der MTV Fernsehstation Károly Mendreczky von seinem Posten zurück. Auch der Nachrichtendirektor Péter Csermely verließ das Unternehmen, und Ágnes Sugár, Mitarbeiterin bei der MSZP-Wahlkampagne wurde zur Kulturchefin ernannt. Wie in den Jahren zuvor fand in der Folge ein Wandel in der politischen Berichterstattung statt und die regierenden Parteien wurden in den öffentlich-rechtlichen Medien zunehmend positiv dargestellt, während die Berichterstattung über die Opposition abnahm. Auffällig ist, dass das ungarische Fernsehen, dessen Präsident nach dem Regierungswechsel ausgetauscht wurde, weit mehr über die Regierung berichtete, genauer 71 Prozent der Sendezeit[148], als der ungarische Hörfunk, dessen Präsident für seine Sympathie für das konservativen Lager bekannt war. Bei den kommerziellen Medien änderte sich kaum etwas. Sie berichteten nicht neutraler über die Ereignisse, passten sich jedoch den Vorlieben der Zuschauer an und wandten sich ab von politischen Berichterstattungen hin zur Unterhaltung.[149]

---

[145] Vgl. Péter Bajomi-Lázár u. Áron Monori, Médiaháború vagy médiabéke? A Medgyessy–Gyurcsány-kormány médiapolitikája, Élet és Irodalom 4.11.2005, S. 3f

[146] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 254.

[147] Vgl. Paul Lendvai, Mein verspieltes Land, Salzburg 2010, S. 157.

[148] Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 254.

[149] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 254.

Die ungarische Nationale Nachrichten- und Fernsehkommission (ORTT), die im Jahr 2010 mit der nationalen Kommunikationsbehörde zusammengelegt wurde und heute unter dem Namen Staatliche Behörde für Medien und Nachrichtenübermittlung bekannt ist (NMMH), veröffentlichte eine Studie darüber, in welchen Umfang über Opposition und Regierung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen Ende 2002 berichtet wurde. Daraus geht hervor, dass die Regierung und die Opposition im Verhältnis 67:33 im TV gezeigt wurden. Das Verhältnis verschob sich in den darauf folgenden Jahren sogar auf 71:29.[150]

Neben den personellen Wechseln im öffentlich-rechtlichen Fernsehen gab auch die der Fidesz-nahe-stehende Direktorin der ungarischen Nationalen Nachrichten- und Fernsehkommission Judit Körmendy-Ékes ihren Posten auf. Sie begründete ihre Entscheidung mit politischem Druck von der Regierungsseite.[151]

Auch im Bereich der Presse wurden medienpolitische Entscheidungen getroffen. Die Werbeanzeigen in der konservativen Tageszeitung „Magyar Nemzet“ wurden stark reduziert. Weiter hat auch die Wochenzeitung „Szabad Föld“ den Besitzer gewechselt. Das Blatt wanderte für eine Summe von mehr als 800.000 Euro von der „Nemzet GmbH.“ zur „Szabad Lap GmbH“. Chefredakteur wurde ein Journalist der linkliberalen Tageszeitung „Népszabadság“. Ab diesem Zeitpunkt gab die Wochenzeitung ihre kritische Berichterstattung gegenüber den neuen Regierungsparteien MSZP und SZDSZ auf.[152]

Obwohl die Medienpolitikerin der MSZP, Ildiko Lendvai, in einer Rede versprochen hatte die staatliche Subventionen für Medienunternehmen transparenter zu gestalten und die staatlichen Werbeeinschaltungen gesetzlich zu regeln, wurden solche Schritte von der Regierung Medgyessy als auch von der Regierung Gyurcsány und Bajnai nicht in die Wege geleitet.[153]

Somit kann festgestellt werden, dass die sozialistischen Regierungen das gleiche Ziel wie die Fidesz-Partei von 1998 bis 2002 verfolgten: die Kontrolle der Medien.

---

[150] Vgl. Péter Bajomi-Lázár u. Áron Monori, Médiaháború vagy médiabéke? A Medgyessy–Gyurcsány-kormány médiapolitikája, Élet és Irodalom 4.11.2005, S. 4f.
[151] Vgl. Péter Bajomi-Lázár u. Áron Monori, Médiaháború vagy médiabéke? A Medgyessy–Gyurcsány-kormány médiapolitikája, 4.11.2005 Élet és Irodalom, S. 6f.
[152] Vgl. Áron Monori, Médiaháború, in: Péter Bajomi-Lázár, Hg., Magyar médiatörténet. A késő Kádár-kórtól az ezredfordulóig, 2005 Budapest, S. 286.
[153] Vgl. Péter Bajomi-Lázár u. Áron Monori, Médiaháború vagy médiabéke? A Medgyessy–Gyurcsány-kormány médiapolitikája, 4.11.2005 Élet és Irodalom, S. 8.

Trotz dessen war der Einfluss der sozialistischen Regierungen auf die Medien von 2002 bis 2010 geringer als unter der Regierung Orbán.[154]

Bemerkenswert bleibt, dass auch die sozialistische Regierung unter Ferenc Gyurcsány den Versuch unternahm mithilfe eines neuen Mediengesetzes die Medienlandschaft nachhaltig zu reformieren. Im Jahr 2007 führte sie zu diesem Zweck geheime Verhandlungen mit der national-konservativen Fidesz-Partei. Von Seiten der Fidesz-Partei nahm auch Annamária Szalai an den Gesprächen teil, die im Jahr 2010 die Leitung der damals neu gegründeten Medienbehörde (NMHH) übernahm. Der Gesetzesvorschlag beinhaltete folgende Punkte: Der Wirkungskreis des Medienkontrollorgans ORTT (Országos Rádió és Televizió Testület) sollte neben Fernsehen und Radio auch auf andere Medien ausgeweitet werden. In weiterer Folge sollte die Medienbehörde nicht nur jene Medienunternehmen kontrollieren, die in Ungarn ansässig sind, sondern auch jene ausländische Betriebe, die ihre Produkte in Ungarn vertreiben. 2009 sollte die ORTT von einer nationalen Medienbehörde abgelöst werden. Diese hätte bei einem „ausreichenden Verdacht“ dazu befugt werden können die Computer der Redaktionen zu beschlagnahmen. Ein solches Mediengesetz wäre laut der Regierung erforderlich, da nur eine starke Medienbehörde einen fairen Wettbewerb am vergrößerten Medienmarkt ermöglichen könnte. Zudem sollte sich auch die Kontrolle über den ungarischen Rundfunk ändern. Das Gesetz wurde jedoch nie in Kraft gesetzt, da die MSZP einen Rückzieher machte. Sie äußerte verfassungsrechtliche Bedenken bezügliche der nationalen Medienbehörde. Es wird jedoch vermutet, dass die heftigen Proteste in Ungarn gegen die Gesetzesvorlage der Grund für die Distanzierung von derselben waren.[155]

[154] Vgl. Péter Bajomi-Lázár u. Áron Monori, Médiaháború vagy médiabéke? A Medgyessy–Gyurcsány-kormány médiapolitikája, 4.11.2005 Élet és Irodalom, S. 6f.
[155] Vgl. Veronika Zömbik, Mai magyar média, unveröffentlichte phil. Diplomarbeit, Wirtschaftshochschule Budapest 2008, S. 46f.

2. Die inhaltliche und formale Aufbereitung der Nachrichten in privaten und öffentlich-rechtlichen Fernsehsendungen

Im Jahr 2007 erschien eine kommunikationswissenschaftliche Studie, die die Hauptnachrichtensendungen von fünf ungarischen Sendern - M1, TV2, RTL Klub, ATV und Hír TV – untersuchend einen detaillierteren Einblick in die Fernsehlandschaft in Ungarn zu geben versuchte. Die Untersuchung wurde von dem ungarischen Kommunikationswissenschaftler Tamás Terestényi im Auftrag des „Médiakutató" Instituts durchgeführt. Ziel der Studie war aufzuzeigen, welche formalen und inhaltlichen Elemente die Fernsehsender anwenden, um das Publikum an ihr Programm zu binden. Vor einer eingehenden Beschreibung der Studie, soll auf die ungarische Fernsehlandschaft und im Besonderen auf die fünf oben genannten Fernsehsender eingegangen werden. In aller Kürze soll ihre historische Entwicklung und ihre politische Ausrichtung dargestellt werden.

2.1. Die ungarische Fernsehlandschaft

In Ungarn gibt es mehr als 200 kommerzielle, beziehungsweise private Fernsehsender. Nach der Zulassung von Privaten am ungarischen Rundfunkmarkt ab 1995 verschoben sich die Marktanteile. [156] Im Bereich Fernsehen dominiert bis heute „RTL Klub" der deutschen „Bertelsmann Gruppe" mit über 45 Prozent, gefolgt von TV2 mit 35 Prozent Marktanteil. Die öffentlich-rechtlichen Sender „M1", „M2" und „Duna TV" erreichen hingegen kaum zehn Prozent (Stand 2011).[157]

M1

Der ungarische Fernsehsender M1 ging am 1. Mai 1957 auf Sendung und erlangte schnell Popularität. Er konnte in allen größeren Regionen des Landes

[156] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 265.
[157] Vgl. Reinhard Olt, Weitreichende Kontrollen, hohe Bußen, Frankfurter Allgemeine Zeitung 04.01.2011, http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ungarns-mediengesetz-weitreichende-kontrolle-hohe-bussen-1580342.html am 05.12.2013.

empfangen werden. Im Jahr 1960 nahmen 104 000 Personen den Sender in Anspruch, 1980 waren es schon 2 766 000, da bereits ein großer Teil der Bevölkerung im Besitz eines Fernsehers war. 1980 waren die erfolgreichen Jahre jedoch vorbei. Grund dafür waren nicht nur institutionelle und finanzielle Probleme, auch die technische Unterentwicklung und eine fehlende Regulierungsstruktur trugen zu dieser Tendenz bei. Trotz der finanziellen Probleme bemühte man sich in den 1980er Jahren technische Innovationen voranzutreiben. 1982 wurde der Teletext eingeführt, und ab 1984 wurden regionale Sendungen produziert. Ein weiterer wichtiger Schritt war die Abschaffung der Sendepause am Montag. Der zweite Sender M2, der seit 1971 in Betrieb ist, sendete erst ab 17.00 Uhr und hatte weit mehr unterhaltsame Elemente im Programm als M1. 1990 wurde das Personal beim ungarischen Fernsehen (MTV) ausgetauscht und der Soziologe Elemér Hankiss wurde zum Chef der Institution ernannt. Die Krise konnte jedoch nicht überwunden werden. Da die finanzielle und die juristische Situation nicht klar geklärt werden konnte, wurde der Sender zum Spielball der politischen Mächte. Mit dem ersten Mediengesetz wurde zwar ein Regulierungsrahmen für den Rundfunk geschaffen, doch wurde dadurch weder die Unabhängigkeit von der Politik garantiert, noch die Transparenz der Finanzierung sichergestellt.[158]

Zwar führte das Mediengesetz aus dem Jahr 1995 dazu, dass die Ausweitung des Marktanteils von MTV eingeschränkt wurde, dennoch besitzt der Sender bis heute den größten Marktanteil bei den öffentlich-rechtlichen Sendern. Im Gegensatz zu den privaten Sendern sind die Kosten aufgrund des umfangreichen öffentlich-rechtlichen Auftrags und des großen Personalstandes deutlich höher. Auch die Überweisungen vom Staatsbudget gehen nur zu 40 Prozent an das ungarische Fernsehen. Der übrige Betrag wird zwischen Hörfunk und „Duna TV“ aufgeteilt. Verglichen mit dem Budget des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Slowenien beträgt das Kapital von MTV nur ein Fünftel davon. Der Betrag, der somit an MTV geht, ist zu gering um zwei Sender (M1 und M2) zu betreiben. Das Grundkapital wurde mehrfach heruntergesetzt. Bei der Gründung des Senders im Jahr 1957 umfasste es um die 16 Milliarden Forint. Heute

[158] Vgl. Ágnes Urbán, Rádió és televizió, in: Péter Bajomi-Lázár, Hg., Magyar médiatörténet. A késő Kádár-kórtól az ezredfordulóig, 2005 Budapest, S. 96f.

beschränkt es sich auf 1,2 Milliarden Forint.[159] Die allgemein schlechte finanzielle Lage der öffentlich-rechtlichen Medien könnte für die Politik von Vorteil sein. Viele befürchten, dass die Politik ihren Einfluss in den Medien stärken kann: freundliche Berichterstattung über die Regierung und im Gegenzug finanzielle Unterstützung. Ein weiterer kritischer Punkt ist, dass aufgrund der Geldknappheit die Möglichkeit gegeben ist nicht konforme Mitarbeiter im Rundfunk zu kündigen.[160]

TV2

TV2 ging 1997 das erst Mal auf Sendung und gilt als der erst private Fernsehsender in Ungarn. Er wird terrestrisch, sowie über Kabel und Satellit verbreitet. TV2 ist, nach RTL Klub, der zweitgrößte private Fernsehsender in Ungarn mit einer Reichweite von 96,9 Prozent. TV2 ist im Besitz des deutschen Konzerns ProSiebenSat.1 Media AG. Das Programm des Senders besteht vor allem aus US-amerikanischen Serien, sowie Nachrichten und lokalen Infotainment-Formaten für die Zielgruppe von 18 bis 49 Jahren.[161]

ATV

ATV ist ein privater Fernsehsender, der seit der Wende 1989 durchgehend in Betrieb ist. Nach dem damaligen Gesetz konnte der als ATV 47 bezeichnete Sender in einem 50 Kilometer weiten Umkreis von Budapest auf der Frequenz 47 empfangen werden. Ab dem Jahr 2000 wurde die Bezeichnung in Magyar ATV geändert, und der Sender wurde der Bevölkerung über Satellit und Kabel zugängig gemacht. 2003 wurde die Hälfte der Aktien von einer freikirchlichen Pfingstgemeinde aufgekauft. Anschließend wurde der sozialistischen Partei nahe stehender Ferenc Székely zum Intendanten berufen. 2005 wurde der Name der

[159] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 266.
[160] Vgl. Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010, S. 266.
[161] Vgl. ProSibenSat.1 Media AG, TV2, http://www.prosiebensat1.com/de/aktivitaeten/ungarn/tv2 am 7.11.2012.

Fernsehstation in ATV abgekürzt und der frühere Direktor für Kommunikation beim Sender RTL Klub Szabó Stein wurde der neue Programmdirektor. Heute wird dieser Posten von József Márkus besetzt. Der Sender zeigt vor allem Nachrichten und Sendungen mit gesellschaftlicher Bedeutung und nimmt eine kritische Haltung gegenüber der Fidesz-Partei ein.[162]

RTL Klub

Die „M-RTL GmbH“ ist eine in Ungarn eingetragen Gesellschaft, die im Besitz des Konzerns RTL Group ist, die zur deutschen „Bertelsmann Gruppe“ gehört. Die Gesellschaft wurde 1997 mit dem Ziel gegründet, sich für die von der damaligen ungarischen Nationalen Nachrichten- und Fernsehkommission (ORTT) ausgeschriebene Lizenz für private Fernsehstationen zu bewerben. Die Gesellschaft konnte eine der Lizenzen gewinnen und ging am 27. Oktober 1997 offiziell auf Sendung. Zu Beginn waren 31 Prozent der Anteile am Sender in ungarischer Hand. 2011 wurde jedoch diese Anteile von der RTL Group aufgekauft, womit der Konzern alleiniger Besitzer ist. Vor allem werden unterhaltsame Programme, wie Entertainmentshows ausgestrahlt.[163] Der Sender gilt als linksliberal.[164]

Hír TV

Am 2. Jänner 2003 ging Hír TV, ein Fernsehsender, der der Fidesz-Partei nahe steht, auf Sendung. Zu Beginn war der Sender unterfinanziert und hatte ein Kapital von 20 Millionen Forint. Vorstandsvorsitzender wurde der ehemalige Pressesprecher der Orbán-Regierung (1998-2002) Gábor Borokai. Da das Budget des Senders zu gering war, stellten im Februar 2003 drei Privatpersonen finanzielle Mittel in der Höhe von 350 Millionen Forint zur Verfügung. 2004

[162] Vgl. wikipdia, ATV (televizióadó), http://hu.wikipedia.org/wiki/ATV_(telev%C3%ADzi%C3%B3ad%C3%B3) am 27.10.2012.
[163] Vgl. RTL Klub, http://hu.efactory.pl/RTL_Klub am 28.10.2012.
[164] Vgl. Marco Schicker, Neues Mediengesetz macht Ungarn sprachlos, Hamburger Abendblatt 05.01.2011, http://www.abendblatt.de/kultur-live/article1747103/Neues-Mediengesetz-macht-Ungarn-sprachlos.html am 07.10.2012.

änderten sich die Besitzverhältnisse. István Töröcskei, ein Bänker und Fidesz-Sympathisant kaufte gemeinsam mit zwei Unternehmen den Sender. 2004 übernahm der Besitzer und Chefredakteur der konservativen Zeitung „Magyar Nemzet“ Gábor Liszkay die Leitung von „Hír TV“. 2007 expandierte das Unternehmen, und Hír TV gründete gemeinsam mit Magyar Nemzet den Radio-Sender „Lánchíd Rádió“. Hír TV sendet vor allem politische Nachrichten. [165]

2.2. Vergleichende Studie von Tamás Terestényi (2007)

Das „Médiakutató“ Institut hat 2007 zwei Wochen lang die Nachrichtensendungen der Sender M1 (19.00), TV2 (18.30), RTL Klub (18.30), ATV (18.55) und Hír TV (21.00) untersucht. Die erste Woche der Analyse betraf den Zeitraum vom 12. bis zum 18. Februar 2007. Bei der zweiten untersuchten Einheit handelte es sich um eine künstliche Woche, beginnend am 26. Februar, und endend mit dem 15. April. Die aufeinander folgenden Tage der Woche wurden immer von einer anderen Woche genommen. In der ersten Woche wurde die Berichterstattung vom Montag, in der zweiten jene vom Dienstag und so weiter für die Analyse herangezogen. Der erste Untersuchungszeitraum bot den Wissenschaftlern die Möglichkeit, genau zu verfolgen, wie sich eine Nachricht weiterentwickelt und wie sich die Aufmerksamkeit der Redakteure bezüglich bestimmter Themen verschiebt. Durch den zweiten Untersuchungszeitraum erhielt man fast zwei Monate lang die Gelegenheit, das Vorgehen bei der Erstellung von Nachrichten zu beobachten. Die Analyse wurde mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse durchgeführt, die durch eine qualitative Beobachtung ergänzt wurde. Ziel der Studie war es zu zeigen, in wie weit die Senderverantwortlichen die Nachrichten selektiert haben, wie ausgewogen die Sendungen waren und welche Rolle Infotainment bei den Nachrichten gespielt hat.[166] Wichtig hierbei zu erwähnen ist, dass 2007 eine sozialistische Regierung unter Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány an der Macht war.

[165] Vgl. Hungarian Spectrum, The Hungarian right-wing media. Magyar Nemzet, Inforádió, and Hír TV, 23.06.2009, http://hungarianspectrum.wordpress.com/2009/06/23/the-hungarian-media/ am 28.10.2012.
[166] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/ am 03.08.2012.

Nachrichteneinheit

Insgesamt wurden im Untersuchungszeitraum 70 Nachrichtensendungen untersucht und 1254 (pro Sender mehr als 200) Nachrichteneinheiten (einzelne Nachrichten) analysiert. Unter einer Nachrichteneinheit verstand man einen Teil der Nachrichtensendung, der aufgrund von Thema, Ereignis, Personen, Zeit als eine eigene Einheit gekennzeichnet und auch von den Moderatoren und Redakteuren als Einheit markiert wurde. Hielt zum Beispiel der ungarische Ministerpräsident eine Rede im Parlament, die in den Nachrichten gesendet wurde und wurden anschließend andere Politiker zur Rede befragt, sprach man von einer größeren Nachrichteneinheit. Bei der Analyse stießen die Wissenschaftler auch auf einige Nachrichteneinheiten, die kein Ereignis beschrieben, sondern eine Situation oder einen Zusammenhang erklärten. Als Beispiel seien hier Anorexie bei Models oder die Gefahren des Internets zu nennen. Analysiert wurden unter anderem die Ereignistypen der Nachrichteneinheiten, die in den Nachrichteneinheiten angesprochenen gesellschaftlichen Subsysteme und Nachrichten im öffentlichen Interesse, um die sich die Ereignisse drehten. Auch auf jene Personen, die in den Nachrichteneinheiten selbst zu Wort kamen wurde in der Studie eingegangen.[167]

Charakterisierung der Nachrichtensendungen

Formale Charakteristiken

Bei allen untersuchten Nachrichtensendungen wurden ähnliche formale Mittel verwendet: alle Sendungen verwendeten zu Beginn der Nachrichten ein musikalisches Signal und das bewegte Bild, in dem die Weltkugel abgebildet wurde. Die Musik sorgte für Aufmerksamkeit. Bei allen Sendern wurden im Vorhinein die wichtigsten drei bis vier Tagesnachrichten genannt, die mit der sendertypischen Musik unterlegt waren. Zudem waren alle Nachrichtensender darum bemüht, die Aufmerksamkeit der Zuschauer möglichst lange aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grund wurde nach längeren Nachrichteneinheiten eine

[167] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/02.html am 03.08.2012.

erneute Vorschau der kommenden Nachrichten gezeigt. Oft wurden hier Nachrichteneinheiten hervorgehoben, die Boulevardcharakter aufwiesen.[168]

Bei der Untersuchung zeigte sich, dass die Sendungsverantwortlichen die Nachrichten mit immer mehr Elementen füllten, die dafür sorgen sollten, dass die Zuseher an die Sendungen gebunden werden. Bei einer genaueren Analyse der formalen Merkmale konnten jedoch auch Unterschiede zwischen den fünf Nachrichtensendungen festgestellt werden. So konnte in der Nachrichtensendung von M1, im Unterschied zu den anderen untersuchten Sendern, bis zur ersten Headline - das erste Mal, dass ein Sendungsverantwortlicher zu Wort kam - bis zu einer halben Minute vergehen. Bei den anderen Sendern war diese Zeit deutlich geringer. Bei M1 war die bewegte Weltkugel schwungvoll und die dazu gespielte Musik klang leicht aggressiv. Beide Motive begleiteten den Zuschauer auch während der Headline. Der Moderator saß hinter einem Redaktionstisch. Während den Nachrichten war meistens ein bewegtes nonfiguratives Bild im Hintergrund.[169]

Auch bei den Nachrichten von TV2 saßen die beiden Sendungsverantwortlichen vor einem Redaktionstisch. Um Abwechslung in die Sendung zu bringen, sagten sie jedoch des Öfteren einzelne Nachrichten vor einem bewegten Bild oder Studiohintergrund an. Im Anfangssignal erschienen Motive wie die Weltkugel, oder eine Landkarte. Die dominierende Farbe war Blau. Die Signalmusik, die auch während der Headline zu hören war, war bei TV2 und RTL Klub am aggressivsten. In der Sendung gab es keine Sportnachrichten. Zum Schluss wurde eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse gegeben.[170]

Der Auftakt der Nachrichtensendung von RTL Klub unterschied sich von den anderen. Der Zuschauer sah Budapest in der Abenddämmerung, eine Uhr und eine Überschrift mit dem Titel „Nachrichten folgen“. Bei der Uhr hörte man das Ticken des Sekundenzeigers. Wenn der Zeiger ins Ziel kam, begann die schallende, aggressive Musik und nach einigen Sekunden wurde auch die Headline präsentiert. Danach verstärkte sich die Signalmusik und im Bild tauchte ein bewegtes Bild der Weltkugel auf, bis schließlich die Moderatoren - meistens

[168] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/03.html am 04.08.2012.
[169] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/03.html am 04.08.2012.
[170] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/03.html am 04.08.2012.

zwei - erschienen. Auch sie saßen hinter einem Redaktionstisch. Der Hintergrund, wo Nachrichtenbilder gezeigt wurden, war hauptsächlich in Blau gehalten. Die Nachrichteneinheiten hatten zusätzliche Überschriften. Die Sportnachrichten wurden in der Sendung nicht erwähnt. Am Ende der Nachrichten wurde die Headline noch einmal kurz zusammengefasst.[171]

Die Nachrichtensendung von ATV begann mit einem kurzen Signal. Auch hier wurde die bewegte Weltkugel gezeigt. Die Musik war, verglichen mit den anderen Sendern, weniger aggressiv. Die Sendung wurde, wie bei M1 nur von einem Moderator geführt. Nur die Bilder von der Headline wurden betitelt. Bei den detaillierteren Nachrichteneinheiten wurde auf eine Überschrift verzichtet. Nur Personennamen und Beruf wurde angegeben –das aber auch nicht jedes Mal. Auch ATV brachte keine Sportnachrichten, und der Sender verzichtete am Ende der Sendung auf eine zusätzliche Zusammenfassung der Headline. Stattdessen wurden die kommenden Sendungen von ATV beworben.[172]

Hír TV brachte am Tag 21 Stunden durchgehend Nachrichten. Wie bei anderen Sendern, wurde auch hier zu Beginn eine Signation gezeigt. Gemeinsam mit der Signalmusik erschien die Weltkugel auf der Bildfläche, auf der die Uhrzeit in Budapest, New York, Tokyo und Sydney abgebildet wurde. Nach einem Pfeifsignal, der den Beginn der Nachrichten markierte, verschwanden die Uhren, die Signalmusik wurde lauter und die Weltkugel zeigte die europäische Landkarte an. Langsam erschienen auch die Moderatoren der Sendung und die Headline begann. Meistens wurde die Sendung von zwei Moderatoren geführt, die hinter einem Redaktionstisch saßen. Im Hintergrund konnte der Zuschauer mehrere Monitore erkennen, auf denen unterschiedliche Bilder abgebildet waren. Die Headline und die detaillierten Nachrichteneinheiten wurden mit Überschriften ergänzt. Von allen untersuchten Nachrichtensendern brachten nur die Nachrichten von Hír TV um 21 Uhr auch Sportnachrichten am Ende der Sendung. Ähnlich wie bei den Nachrichten von CNN war bei den Sendungen von Hír TV auch eine Laufschrift am unteren Teil des Bildes zu sehen, wo ständig

[171] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/03.html am 04.08.2012.
[172] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/03.html am 04.08.2012.

aktuelle Nachrichten angezeigt wurden.[173]

Daten

Durchschnittlich wurden in jeder untersuchten Nachrichtensendung 18 Nachrichteneinheiten gezeigt. Die Sendezeit betrug im Schnitt 25,8 Minuten. Analysierte man jedoch die Sender einzeln, konnten mehrere Unterschiede festgestellt werden. Die Nachrichten von M1 variierten bezüglich ihrer Länge, als auch bezüglich der Anzahl an Nachrichteneinheiten. Die Anzahl an Nachrichteneinheiten lag zwischen 9 und 22. Die Sendungslänge lag zwischen 15 Minuten bis über eine halbe Stunde. Von Montag bis Freitag fanden ungefähr 18 bis 20 Nachrichteneinheiten in den Sendungen mit einer Länge von 28 bis 29 Minuten Platz. Am Samstag und Sonntag waren die Nachrichteneinheiten weniger und auch von ihrer Länge kürzer. Dass einige Sendungen über eine halbe Stunde dauerten lag daran, dass einige Male vor dem Ende der Nachrichten noch die kommende Sendung angekündigt wurde. Die Nachrichten am Sonntag unterschieden sich von den anderen auch in dem Punkt, dass hier auch die Sportnachrichten einen Platz erhielten. Dieser Teil der Sendung wurde jedoch in der Analyse nicht genauer beachtet.[174]

Es fällt auf, dass an einigen Wochentagen, trotz 30 minütiger Sendung, wenige Nachrichteneinheiten vorkamen. Das lag daran, dass an diesen Tagen besondere Ereignisse, wie die Schüsse auf den Polizeipalast[175] in Budapest stattgefunden haben. M1 hat über diese Geschehnisse genauer berichtet, weshalb keine Zeit für die gewohnte Anzahl an Nachrichteneinheiten blieb. Ähnlich wie bei M1 waren bei der Nachrichtensendung von TV2 je nach Tag Unterschiede festzustellen. Diese betrafen die Anzahl der Nachrichteneinheit (11-26) und die Länge der Sendung (20-30 Minuten). Die Dauer der

[173] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/03.html am 04.08.2012.
[174] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/03.html am 04.08.2012.
[175] In der Nacht vom 12. Auf den 13. Februar 2007 hatten in Budapest Unbekannte auf das Hauptquartier der Polizei im 13. Bezirk Schüsse abgefeuert. Dabei wurden die Fassade des Gebäudes, sowie Fensterscheiben zwischen dem 6. und dem 13. Stock beschädigt, aber niemand verletzt.

Nachrichtensendung von RTL Klub war meistens konstant. Von 14 Sendungen hatte zehn genau eine Länge von 27 Minuten. Sogar die Anzahl der Nachrichteneinheiten war relativ stabil und schwankte zwischen 15 und 23. Die längsten Nachrichten hatte Hír TV mit einer Dauer von 24 bis 31 Minuten. Die Zahl der Nachrichteneinheiten variierte zwischen 15 und 24 Stück.[176]

Im Durchschnitt wurden in den Nachrichten von RTL Klub die meisten Nachrichteneinheiten gezeigt. Dem folgte ATV und anschließend Hír TV. Insgesamt zeichneten sich die Nachrichten von Hír TV sowohl durch die Länge, als auch durch die Anzahl der einzelnen Nachrichteneinheiten aus. TV2 fuhr eine entgegengesetzte Strategie. Hier hätte das Motto lauten können „Weniger ist mehr", da nicht nur die Länge, sondern auch die Anzahl an Nachrichteneinheiten geringer war als bei den anderen Sendern. Wenige Nachrichteneinheiten wurden auch bei dem Sendern M1 konstatiert. Bei der durchschnittlichen Länge folgte nach Hír TV, RTL Klub und M1. Hätte man die kurzen Wochenendsendungen von M1 nicht mitgerechnet, wäre dieser Sender mit einer Länge der Nachrichten von 29 Minuten auf dem ersten Platz gelegen. Die Nachrichtensendungen von TV2 und ATV landeten bezüglich der Länge ihrer Sendungen auf den hintersten Plätzen. Die Dauer der einzelnen Nachrichteneinheiten betreffend führte M1. Anschließend kam TV2 und Hír TV. Die kürzesten Nachrichteneinheiten wurden auf RTL Klub und ATV gezeigt.[177]

Elemente der Informationsvermittlung bei den Nachrichteneinheiten

Im Fernsehen wurden sprachliche und bildliche Elemente der Informationsvermittlung, verbale und visuelle Codes verwendet um dem Zuseher eine Nachricht zu übermitteln. Zu den verbalen Codes gehörten der Text der Moderatoren und auch die Reden der Interviewten. Bei den visuellen Codes handelte es sich um die Stand- und die bewegten Bilder. Durch die Kombination der verbalen und visuellen Elemente der Nachrichtenvermittlung wurden in der vorgestellten Studie sechs Kategorien für die Untersuchung der einzelnen

[176] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/03.html am 04.08.2012.
[177] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/03.html am 05.08.2012.

Nachrichteneinheiten festgelegt.[178] Die sechs Kategorien sollten all jene Elemente der Informationsvermittlung abdecken, die im Fernsehen vorkamen. Zu den Kategorien zählten:

- Nur der Text des Nachrichtensprechers;
- Texte des Nachrichtensprechers und Standbild;
- Text des Nachrichtensprechers und bewegtes Bild;
- Text des Nachrichtensprechers gekoppelt mit bewegtem Bild und Stimme des Betroffenem;
- Text des Nachrichtensprechers gekoppelt mit bewegtem Bild und Redakteur vor Ort;
- Text des Nachrichtensprechers gekoppelt mit bewegtem Bild, Stimme des Betroffenem und Redakteur vor Ort.[179]

Durch die technischen Gegebenheiten des Fernsehens wurde in den Nachrichten vermehrt eine Kombination aus verbalen Texten und bewegten Bildern gezeigt. Es kamen kaum Nachrichteneinheiten zum Einsatz, die kein bewegtes, oder zumindest ein Bild zeigten. Somit konnte nur auf Basis von zwei Punkten ein Unterschied bei den Elementen der Informationsvermittlung in Nachrichteneinheiten festgestellt werden. Diese bezogen sich darauf, wie oft betroffene Personen in den Nachrichten selbst zu Wort kamen und wie oft Reporter vor Ort eingesetzt wurden. Die Untersuchung ergab, dass M1 und TV2 bezüglich dieser Aspekte Spitzenreiter waren. Ihnen folgte RTL Klub und anschließend ATV und Hír TV. Es zeigte sich, je mehr Kombinationen aus verbalen Texten und bewegten Bildern in den Nachrichtensendungen gezeigt wurden, je öfters Reporter vor Ort über die Geschehnisse berichteten und je häufiger die betreffenden Personen selbst zu Wort kamen, desto attraktiver, glaubwürdiger und informativer wurden die Sendung von den Zusehern bewertet.[180]

[178] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/04.html am 05.08.2012.
[179] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/04.html am 05.08.2012.
[180] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/04.html am 05.08.2012.

Laut der Studie waren die Nachrichtensendungen der Sender M1 und TV2 am informationsreichsten gestaltet: jede Nachrichteneinheit beinhaltete bewegte Bilder, bei der Hälfte aller Berichterstattungen wurde ein Reporter vor Ort hinzugezogen und bei zwei Drittel der Nachrichteneinheiten wurden die darin betroffenen Personen selbst zu Wort gebeten. ATV und Hír TV arbeiteten kaum mit Reportern vor Ort und ließen - wie auch RTL Klub - nur selten die in den Nachrichteneinheiten genannten Personen selbst zu Wort kommen. Bei ATV und Hír TV gab es dafür technische und finanzielle Gründe. Bei dem Sender RTL Klub lag dies vor allem an den zahlreichen kurzen Nachrichteneinheiten.[181]
Weiter konnte bei allen untersuchten Sendern festgestellt werden, dass die Texte der Moderatoren ausschließlich dem Zweck dienten, die Nachrichteneinheiten anzukündigen, die Zuschauer in das Thema einzuführen und eine Brücke zwischen zwei Themen zu bauen. Die einzelnen Moderatoren kommentierten die Nachrichteneinheiten nicht.[182]

Nachrichtenwerte

Zur Klarheit soll noch eine kurze Erklärung zum Thema Nachrichtenwert gegeben werden. Der Kommunikationswissenschaftler Winfried Schulz definiert den Begriff wie folgt:
„Je mehr eine Meldung dem entspricht, was Journalisten für wichtige und mithin berichtenswerte Eigenschaften der Realität halten, desto größer ist ihr Nachrichtenwert.“[183]
Zu der weltweit anerkannten Liste der Nachrichtenfaktoren zählen die folgenden Punkte: Dauer, Thematisierung, räumliche Nähe, kulturelle Nähe, politische Nähe, Relevanz, regionale und nationale Zentralität, persönlicher Einfluss, Prominenz, Überraschung, Struktur, Konflikt, Kriminalität, Schaden, Erfolg, Personalisierung und Ethnozentrismus. [184]

[181] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/04.html am 05.08.2012.
[182] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/04.html am 05.08.2012.
[183] Winfried Schulz, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg 1976, S. 30.
[184] Vgl. Roland Burkhart, Kommunikationswissenschaften, Wien 2002, S.281f.

Anschließend sollen einige Ereignisse genannt werden, die immer wieder Bestandteil der Berichterstattung von Journalisten sind und auch in der Studie von Tamás Terestényi beleuchtet wurden:

- **Routineereignisse:** dazu gehören außen- und innenpolitische Themen, Wirtschaftsthemen und Ereignisse, die für die Gesellschaft von Bedeutung sind (Parlamentssitzungen, Regierungsarbeit,...). Alle Ereignisse, die mit den genannten Themen in Zusammenhang stehen, werden von den Journalisten regelmäßig bearbeitet, um den Bürgern die Informationen für eine demokratische Teilnahme zu ermöglichen.
- **Skandale:** Normverletzende Ereignisse, von deren Existenz die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, werden aufgedeckt. Unerwartete, Informationsbedürfnis auslösende, erschütternde, vielleicht sogar Gefahr ankündigende Nachrichten, die bei jedem Sender als Nachricht mit höchster Priorität gekennzeichnet werden.
- **Sogenannte Medienereignisse:** dazu gehören Ereignisse die im Voraus angekündigt wurden, besonders sehenswert sind und als Zeremoniell oder Ritual beschrieben werden können (Krönungen, Eröffnungen, Staatsbesuche,...).[185]

Aus den genannten Nachrichtenfaktoren erstellten die Wissenschaftler eine Kategorien-Reihe, bestehend aus 12 Elementen. Mit deren Hilfe konnte festgestellt werden, welche Voraussetzungen Nachrichten für eine Sendung erfüllen mussten, um gesendet zu werden. Wenn auch nicht mit dem gleichen Verhältnis, so konnte dennoch festgestellt werden, dass bei den ungarischen Sendern die Kategorie „Routineereignisse“ die meiste Aufmerksamkeit erhielt. Hervorzuheben sind in diesem Fall die Entwicklungen in der ungarischen Innen- und Außenpolitik. Als Beispiele sind hier die vom damaligen Oppositionspolitiker Viktor Orbán vorgetragene Rede über die Jahresbilanz, oder der Besuch vom damaligen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány bei Russlands Präsident

[185] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007,
http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/05.html am07.08.2012.

Vladimir Putin in Moskau zu nennen.[186]

Das Interesse bezüglich der politischen Entwicklungen in Ungarn war bei M1 am größten, gefolgt von Hír TV und ATV. In den Nachrichtensendungen von RTL Klub und TV2 wurden politischen Themen weniger Aufmerksamkeit geschenkt, dafür wurden Nachrichten über die kommunale Selbstverwaltung häufiger bei den restlichen Sendern ausgestrahlt. Wirtschaftsthemen, also Ereignisse, die die Finanzwelt oder die Marktentwicklung betrafen, und die in der Studie ebenfalls zu den Routineereignissen gezählt wurden, wurden von allen Sendern häufig in den Nachrichten behandelt. Doch wurden im untersuchten Zeitraum Themen wie die die Finanzwelt und Entwicklung der Wirtschaft bei RTL Klub und ATV besonders thematisiert. In den Sendungen wurden auch über Demonstrationen oder Streiks im Ausland berichtet. Die meisten Nachrichten mit Konfliktpotenzial stammten jedoch aus dem Inland. Diese behandelten hauptsächlich Themen wie die Gesundheitsreform, die Schließung von Schulen und Krankenhäusern, als auch die Änderung des Schulsystems. Hír TV berichtete in seinen Nachrichtensendungen häufig über Demonstrationen gegen die ungarische sozialistische Regierung. Mit einem gewissen Abstand folgte ihm M1. Die restlichen Sender berichteten nur in geringem Maß über die Demonstrationen. Zwar wurden einige der Nachrichten mit dem Begriff „skandalös“ bezeichnet, doch ein „echter“ Skandal wurde in den Nachrichtensendungen nicht aufgedeckt.[187]

Der Großteil der Auslandsberichterstattung stand im Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt oder Krieg. Wieder einmal hatte Hír TV die meisten Nachrichten über diese Themen gebracht. Besonders dem Israel-Palästina-Konflikt und dem Irak-Krieg wurde Aufmerksamkeit gewidmet. Bezüglich der Kategorie „drohende Gefahren“ handelten die meisten Nachrichten von der Vogelgrippe im In- und Ausland. Es wurden jedoch auch Beiträge über andere Krankheiten und Umweltschäden gesendet.[188]

---

[186] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/05.html am07.08.2012.

[187] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/05.html am07.08.2012.

[188] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/05.html am07.08.2012.

Beiträge, die sich mit dem Thema Kriminalität auseinandersetzten, waren besonders bei RTL Klub und TV2 fixer Bestandteil der Nachrichtensendung. Doch auch die anderen Sender berichteten relativ häufig über Kriminalität. Das könnte aber daran liegen, dass zur Zeit der Analyse mehrere Kriminalfälle aktuell waren, z.B. Schüsse auf den Polizeipalast oder die Attacke auf einen Geldtransporter auf der Autobahn in Ungarn. Über Katastrophen und Unfälle wurde im Vergleich dazu wenig berichtet. Nur einige wenige Nachrichten berichteten über derartige Vorkommnisse. Dazu gehörten die Erdbeben in Spanien und Portugal oder das Verunglücken von Bergsteigern in Italien. Nachrichten die außergewöhnliche Leistungen betrafen wurden in den Sendungen kaum erwähnt. Nur in einigen wenigen Nachrichteneinheiten wurde über Preisvergaben gesprochen. Im Gegensatz dazu wurde, mit Ausnahme von Hír TV, Interesse für Themen wie berühmte Persönlichkeiten oder skurrile Ereignisse gezeigt.[189]

Zu den Medienereignissen können unter anderem die Oscar-Verleihung und die Osterrede von Papst Benedikt XVI. gezählt werden. Doch nicht alle Nachrichten wurden nach dem Prinzip der Aktualität ausgewählt. In den Sendungen fanden sich auch Nachrichteneinheiten wieder, die sich mit einem allgemeinen Zustand, wie „geringe Spenden für das Gesundheitssystem“ beschäftigen und keinen tagesaktuellen Bezug hatten. [190]

Als nächstes soll dargestellt werden, welche Nachrichtenwerte und welche Arten von Ereignissen den größten Platz in den einzelnen Sendungen erhielten.

Inhaltlich fokussierte sich der Sender M1 vor allem auf die Politik. Ein Drittel aller Nachrichteneinheiten wandte sich den Inlands- und Auslandsnachrichten zu. Dazu zählten auch Berichte über kriegerische Auseinandersetzungen. Ergänzt wurde die Sendung durch Nachrichten über Demonstrationen, Streiks und wirtschaftliche Themen. 60 Prozent aller Nachrichteneinheiten orientierten sich an der Politik. Weitere 28 Prozent konnten als Boulevardnachrichten eingestuft werden. Hier wurden Themen wie Kriminalität, Katastrophen und Unfälle behandelt. Die Sender TV2 und RTL Klub ähnelten sich sehr vom Profil. Fast die Hälfte aller Nachrichten in den jeweiligen Sendungen beschäftigte sich mit der

[189] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Winter 2007 Médiakutató, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/05.html am 08.08.2012.
[190] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Winter 2007 Médiakutató, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/05.html am 08.08.2012.

Politik. Besonders unterhaltsame Inhalte wurden in den Fokus der Nachrichtensendungen gerückt. In der Nachrichtensendung von Hír TV handelten 70 Prozent der Nachrichteneinheiten über Themen, die sich mit der Politik beschäftigen. Häufig wurden Beiträge über Kriege im Ausland gesendet, oder Demonstrationen in Ungarn dargestellt. Im Gegensatz zu den anderen Sendern wurden in den Nachrichten von Hír TV vermehrt Nachrichten gezeigt, die die Fehler der sozialistischen Regierung zum Thema hatten. Nur 18 Prozent aller Nachrichteneinheiten bei Hír TV behandelten Themen wie Kriminalität, Katastrophen oder Unfälle.[191]

Bei ATV waren 64 Prozent der Nachrichtenelemente mit Themen über die Politik gefüllt. Darunter Demonstrationen, Streiks und andere In- und Auslandsnachrichten. 23 Prozent der Nachrichteneinheiten widmeten sich Katastrophen, Unfällen und der Kriminalität. Damit konnte festgestellt werden, dass sich das Profil von ATV zwischen dem von M1 und Hír TV bewegt hat.[192]

Insgesamt konnte über die Berichterstattung in den Nachrichtensendungen gesagt werden, dass dem Zuschauer aufgrund der Themenwahl ein bedrohliches und beunruhigendes Bild über die Umwelt präsentiert wurde.

Gesellschaftliche Subsysteme und Nachrichten im öffentlichen Interesse

Doch welche Fälle und welche gesellschaftlichen Subsysteme wurden in den einzelnen Nachrichtensendungen zur Sprache gebracht? Um diese Frage zu beantworten, ist es entscheidend festzustellen, in welchem Verhältnis Inlands- und Auslandsberichterstattungen in den Nachrichtensendungen vorkamen.

Am häufigsten wurde in den Sendungen von TV2 und ATV über das Ausland berichten. Im Gegensatz dazu hat sich M1 und RTL Klub in den Nachrichtensendungen eher selten mit Auslandsthemen beschäftigt. Hír TV nahm eine Position zwischen den beiden Sendern ein. Es wurde in jenen Fällen über das Ausland berichtet, wenn mindestens einer der folgenden Punkte zutrafen: bewaffneter Konflikt, Krieg oder eine gefährliche Situation, die sich noch

[191] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Winter 2007 Médiakutató, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/05.html am 08.08.2012.
[192] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Winter 2007 Médiakutató, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/05.html am 08.08.2012.

dazu entwickeln konnte, ein Ereignis in einem Land, das als eine Konfliktzone galt (Iran, Irak, Nord-Korea, etc.), gewaltige Katastrophen oder markante Kriminalfälle, Berühmtheiten, sensationelle Neuigkeiten, Extremfälle, oder Berichte, die unmittelbar mit Ungarn in Verbindung standen, beispielsweise der Einsatz ungarischer Bombenspürhunde in Afghanistan.[193]

Bei den Inlandsnachrichten war Budapest der am häufigsten erwähnte Ort. Besonders in jenen Nachrichtensendungen war diese Tatsache auffällig, die verglichen mit anderen Sendern besonders oft über die Politik in Ungarn berichten, wie ATV und Hír TV. In der Studie von Tamás Terestényi wurde dieser Zustand damit erklärt, dass Budapest eine zentrale Rolle in der Politik spielt. In den Sendungen von TV2 und RTL Klub wurde im Vergleich selten über Budapest berichtet. Das liegt jedoch daran, dass hier der Großteil der Boulevardnachrichten aus den ländlichen Regionen von Ungarn stammte, z.B. geheimnisvolle Krankheiten in Nagykanizsa, oder die Rückkehr der Störche im Frühling.[194]

Insgesamt konnte festgestellt werden, dass sich von den untersuchten Nachrichtensendungen zwei Drittel aller Nachrichteneinheiten mit Inlandsthemen befassten. [195]

Nach einer Analyse der in den Nachrichtensendungen angesprochenen Subsysteme konnte festgestellt werden, welchen gesellschaftlichen Bereichen in den Sendungen ein größerer Platz eingeräumt wurde.

Bei jedem Sender erhielt die Politik die größte Aufmerksamkeit. Das zeigt sich nicht nur daran, dass die politischen Geschehnisse am häufigsten in den Nachrichten platziert wurden. Viele Ereignisse wurden in einen politischen Kontext eingebettet.[196]

Wenn man die Themen, die am häufigsten in den Berichterstattungen vorkamen, aufreiht, wurden als erstes der Staat, danach die Ordnung und anschließend die Sicherheit im Land aufgezählt. Das konnte in der Studie dadurch erklärt werden,

[193] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/06.html am 10.08.2012.
[194] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/06.html am 10.08.2012.
[195] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/06.html am 10.08.2012.
[196] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/06.html am 10.08.2012.

dass zur Zeit der Untersuchung mehrere Kriminalfälle geschehen sind. Wirtschaftsthemen gelangten bei allen Sendern, mit Ausnahme von M1 in den Hintergrund. Auch Nachrichten über das Gesundheitswesen wurden öfters gesendet. Grund dafür war die damalige Umgestaltung im Gesundheitswesen. Über die Bildung wurde hauptsächlich im Zusammenhang mit Regierungsbeschlüssen oder im Zusammenhang mit dem Auftreten der Opposition gesprochen. Kulturelle Themen waren im Vergleich zu politischen oder wirtschaftlichen Themen eher selten, wurden aber vor allem im Zusammenhang mit Boulevardnachrichten immer wieder genannt. Themen wie Justiz und Rechtsprechung wurden in den Nachrichten nur selten erwähnt. Meistens standen die Nachrichten im Zusammenhang mit Kriminalität und behandelten Themen wie laufende Verfahren oder Rechtsspruch, z.B. der Prozess gegen Ende Kaiser wegen Diebstahls. Mit der Ausnahme von einigen Berichten über Umwelt und Umweltschutz wurden die restlichen gesellschaftlichen Subsysteme, wie Religion, Medien und Kommunikation kaum in den Nachrichten behandelt.[197]

Hervorgehobene Themen und Ereignisse

Vor den detaillierten Nachrichteneinheiten wurde bei jedem Sender eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Nachrichteneinheiten gegeben. „Wichtig“ bedeutete in diesem Fall nicht unbedingt politisch relevant. Es handelte sich hierbei eher um Nachrichteneinheiten, mit deren Hilfe die Aufmerksamkeit des Zusehers erreicht werden konnte. RTL Klub beispielsweise zeigte des Öfteren in seiner Headline Ereignisse mit Boulevardcharakter. In der darauf folgenden Nachrichtensendung waren diese Ereignisse dann jedoch meistens im Hintergrund. Das zeigt, dass der Sender mit seiner Headline in erster Linie versuchte ein breites Publikum zu erreichen. M1, ATV und vor allem Hír TV zeigten in ihrer Headline vor allem politische Themen. RTL Klub und TV2 versuchten das Publikum mittels Headline mit Boulevardcharakter für sich zu

[197] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/06.html am 10.08.2012.

gewinnen.[198]

Die Frage, welche Themen in den Nachrichtensendungen hervorgehoben wurden, ist eng mit der Struktur der einzelnen Sendungen und damit mit der Frage verbunden, welche Themen zu Beginn der Nachrichten und welche erst zum Schluss angesprochen wurden.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich bei allen untersuchten Sendungen die ersten vier Nachrichteneinheiten nur selten mit Boulevardnachrichten befassten und sich vermehrt auf politische Nachrichten konzentrierten. Der Vorzug wurde den Inlandsnachrichten gegeben. Wichtig dabei ist, dass die In- und Auslandsnachrichten nicht getrennt voneinander behandelt wurden, sondern einen Block bildeten, also nacheinander gereiht wurden. In der zweiten Hälfte der Sendung wurden - mit Ausnahme von Hír TV - Boulevardnachrichten gezeigt.[199]

Konflikte und Gewalt in der Nachrichteneinheit

Ein weiterer Punkt, der bei der Analyse untersucht wurde, war der Grad an Konflikten und Gewalt in den Nachrichtensendungen. Unter Konflikten wurden Uneinigkeit von politischen Parteien, bis über Streiks, Demonstrationen, als auch bewaffnete Konflikte und Kriege verstanden. In dieser Kategorie wurden nur Nachrichteneinheiten gezählt, bei denen offen der Konflikt im Vordergrund lag. [200]

Wir sind in unserem Alltag immer wieder mit Konflikten konfrontiert. Viele Kritiker halten nicht die in Mengen gezeigten Konflikte im Fernsehen für problematisch, sondern die Unmengen von Gewalt, die in Verbindung mit Konflikten gezeigt wird. Dadurch kann ein gewalttätiges oder angsteinflößendes Weltbild in den Köpfen der Zuschauer kultiviert werden. Aufgrund dessen haben sich die Wissenschaftler auch die Frage gestellt, in welchem Ausmaß dem Publikum gewalttätige oder angsteinflößende Inhalte zugänglich gemacht wurden.[201]

[198] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/08.html am 15.08.2012.
[199] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/08.html am 15.08.2012.
[200] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/08.html am 15.08.2012.
[201] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/08.html am 15.08.2012.

Als erstes wurde untersucht in welchem Maß von gewaltsamen Konflikten die Rede war, also von Kriegen, bewaffneten Zusammenstößen, oder Straßenkämpfen. Anschließend wurde analysiert wie stark symbolische Konflikte in den Nachrichtensendungen vorkamen, d.h. Streitigkeiten zwischen politischen Parteien, friedliche Demonstrationen oder Streiks. Die meisten Konflikte mit Gewaltpotenzial wurden in den Nachrichtensendungen von RTL Klub gezeigt, die wenigsten bei Hír TV. Bei RTL Klub war die hohe Zahl von Kriminalberichterstattung ausschlaggebend. Stellt man jedoch die gewaltsamen Nachrichteneinheiten in Relation mit der Gesamtheit aller Nachrichteneinheiten, so konnte folgendes festgestellt werden: Bei jedem Sender beschäftigten sich ungefähr 19-20 Prozent aller Nachrichteneinheiten mit gewaltsamen Konflikten. Damit kann gesagt werden, dass keine der Sendungen von Gewalt überflutet war, aber auch, dass jede Sendung ein bestimmtes Gewaltpotenzial vermittelte. In den Nachrichten von M1 wurde nur in geringem Maß über Konflikte berichtet und diese waren Großteils frei von Gewalt. Bei RTL Klub, TV2 und ATV war die Lage ein wenig anders. Hier wurden des Öfteren Nachrichten gezeigt, die im engen Zusammenhang mit gewaltsamen Konflikten standen. Bei Hír TV wurden dem Publikum zwar auch vermehrt Nachrichten mit Konfliktpotenzial gezeigt, doch die meisten dieser Nachrichteneinheiten enthielten keine Gewalt.[202]

Boulevardisierung

In den Nachrichtensendungen konnte vermehrt das Verschmelzen von Boulevardnachrichten und informierender Berichterstattung ausgemacht werden. Unter Boulevardnachrichten wurden insgesamt jene Nachrichteneinheiten zusammengefasst, die für die Zuschauer keine dringende Orientierung in der Gesellschaft boten. Um zu ermitteln welchen Grad an Boulevardisierung die Nachrichteneinheiten enthielten, wurde diese in vier Kategorien eingeteilt.

- Nachrichteneinheiten, die bei der Orientierung in der Gesellschaft von Bedeutung sind und daher zu den seriösen Nachrichten zählen;

[202] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/08.html am 15.08.2012.

- Doppelwertige Nachrichten, die meistens bei den Boulevardmedien beliebt sind, aber auch bei den qualitativen Medien eingesetzt werden (große Katastrophe, erschreckende Kriminalfälle, etc.);
- Boulevardnachrichten, die sich mit den oben genannten Themen beschäftigen;
- Bedeutungslose Nachrichten, die aufgrund ihrer Nachrichtenwerte eigentlich nicht hätten ausgestrahlt werden müssen.[203]

Bei dieser Unterscheidung ist zu beachten, dass der Autor der Studie nicht nach einer bereits vorhandenen wissenschaftlichen Kategorisierung gearbeitet hat. Somit ist es möglich, dass die Einteilung von Nachrichten in gewisse Kategorien subjektiv erfolgt ist. Am häufigsten wurden Boulevardnachrichten in den Berichten von RTL Klub und TV2 gezeigt. Der Anteil an Boulevardnachrichten erreichte hier fast 37 Prozent. ATV und M1 verwendeten eher selten Boulevardnachrichten in den Sendungen, bei Hír TV war deren Zahl marginal. Die zweiwertigen Nachrichten, also jene, die zwar in die Kategorie Boulevard fallen, jedoch auch informativ sind, wurden von allen fünf Sendern eingesetzt. Dass die Zahl an zweiwertigen Nachrichten bei den Sendern so hoch lag (zwischen 21 und 36 Prozent), liegt an der bereits erwähnten Tatsache, dass zur Zeit der Untersuchung mehrere größere Ereignisse (Schüsse auf den Polizeipalast, etc.) vorgefallen sind. Über Nachrichten, die bedeutungslos waren, wurde nur in der Nachrichtensendung von RTL Klub berichtet.[204]
Die vorgestellte Studie konnte feststellen, dass sich hauptsächlich die Sender RTL Klub und TV2 in dem Feld Infotainment bewegten. Um die Einschaltquoten zu erhöhen haben sich jedoch auch M1 und ATV langsam in diese Richtung bewegt. Nur Hír TV hat sich vor Nachrichten mit ausschließlichem Boulevardcharakter verschlossen.[205]

[203] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/09.html am 16.08.2012.
[204] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/09.html am 16.08.2012.
[205] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/09.html am 16.08.2012.

Die in den Nachrichten vorkommenden Akteure

Mit der Hilfe des Fernsehens wurde es Akteuren der Gesellschaft möglich, ihre Meinungen den Zusehern selbst darzulegen. Die vorgestellte Studie untersuchte, in welchem Ausmaß Akteure während der untersuchten Zeit selbst zu Wort gekommen sind. Als erstes wurde analysiert welche Rolle die Akteure in Nachrichten mit öffentlichem Interesse spielen. M1 hat die meisten Akteure zu Wort kommen lassen (pro Sendung 20), anschließend TV2 (pro Sendung 19), RTL Klub (pro Sendung 18), Hír TV (pro Sendung 17) und zuletzt ATV (pro Sendung 14).[206]

Tabelle 1 zeigt an, welchen Akteure in den Inlandsberichterstattungen am häufigsten Gehör geschenkt wurde. Bei allen Sendern sind Politiker besonders oft zu Wort gekommen, in den Nachrichten von ATV und RTL Klub jedoch in einem geringeren Ausmaß als bei den anderen Sendern.

Tabelle 1: Zahl der gesellschaftlichen Akteure in den das Inland betreffende Nachrichteneinheiten (Prozent)* [207]

	M1	TV2	RTL Klub	ATV	Hír TV
Präsident (László Solyom)	1,1	0,0	0,0	0,0	0,6
Premierminister (Ferenc Gyurcsány	4,7	5,6	1,9	4,2	4,4
Regierungsmitglieder	11,2	6,3	4,5	4,9	7,8
MSZP-Politiker	3,5	4,2	0,9	4,2	4,4
SZDSZ-Politiker	5,9	4,2	0,0	3,0	4,4
Bürgermeister Budapest (Gábor Demszky)	1,2	2,1	0,9	1,2	0,6
Linksgerichtete Politiker in der Selbstverwaltung	1,8	2,1	0,5	1,8	2,2
Andere links-liberale Politiker	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Oppositionsführer (Orbán Viktor)	1,2	2,1	0,5	1,8	1,1
Fidesz-Politiker	9,4	8,4	2,5	6,7	11,2

[206] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/11.html am20.08.2012.
[207] Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/11.html am20.08.2012.

KDNP-Politiker (Christlich-demokratische Volkspartei)	2,9	0,7	0,0	0,6	1,1
MDF-Politiker (ungarisches demokratisches Forum)	3,5	0,0	0,5	1,2	0,6
Rechtsgerichtete Politiker in der Selbstverwaltung	4,1	5,6	1,9	1,8	6,7
Andere rechtsgerichtete Politiker	0,0	2,8	0,0	1,2	1,1
Politiker der Selbstverwaltung ohne Aufzeigen der Parteizugehörigkeit	1,8	2,1	7,5	3,0	2,8
Wirtschaftliche Akteure	15,3	20,3	11,9	9,1	8,9
Kultureller Bereich	1,1	16,1	8,5	7,3	11,7
Justizsystem	3,5	11,2	2,5	3,0	2,8
Für die Sicherheit zuständigen Behörden	12,3	27,9	15,9	14,5	7,8
Gesundheitswesen	18,8	13,3	15,4	12,3	16,2
Ministerien, staatliche Institutionen	3,5	5,6	4,5	1,8	1,7
Interessensvertretung	5,9	0,7	0,5	2,4	5,6
Persönlichkeiten aus dem kirchlichen Bereich	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6
Zivilsphäre	7,1	4,2	6,9	3,6	9,5
Experten	3,5	6,3	2,5	5,4	1,1
Bürger ohne institutionellen Rollen	31,1	34,9	35,8	25,5	17,9
Alle das Inland betreffende Nachrichteneinheiten	170	146	201	165	179

*Die Tabelle zeigt an, in wie vielen Nachrichteneinheiten die Akteure selbst zu Wort gekommen sind. Da in der gleichen Nachrichteneinheit auch mehrere Akteure ihre Meinung äußern konnten und bei einigen Nachrichteneinheiten kein Akteur zu Wort kam, ist die Gesamtheit nicht gleich Null 100 Prozent.

Häufig kamen auch Akteure der Wirtschaft und der Kultur zu Wort, wobei sich letzteres damit erklären lässt, dass zur Zeit der Untersuchung der Bildungsumbau stark thematisiert wurde. Bei den Sendern M1, RTL Klub und

TV2 wurden häufig auch Personen ohne bestimmte Position gezeigt, die als Augenzeugen fungierten, oder ihre Meinung zu einem Ereignis kundtaten. Durch das Auftreten dieser „Durchschnittspersonen“, sollte für den Zuseher eine Identifikationsfigur geschafft werden, wodurch zugleich eine authentische Wirkung der Nachricht erreicht werden sollte. Um die Glaubwürdigkeit der Nachricht weiter zu verstärken, wurden vermehrt Experten interviewt, z.B. wurden im Zusammenhang mit den Schüssen auf den Polizeipalast Waffenexperten zu Wort gebeten.[208]

Parteiunabhängigkeit, Objektivität und Ausgeglichenheit

Die Anzahl der in den Nachrichtensendungen zu Wort kommenden Politiker, ist ein Mittel um die Parteilichkeit und Objektivität eines Senders zu messen. Tabelle 2 zeigt die Häufigkeit der Berichte über Regierungs- bzw. über Oppositionspolitiker. Auffallend ist, dass im untersuchten Zeitraum bei allen Sendern mehr über die Regierungsseite berichtet wurde. Bei M1 und TV2 war die Anzahl der Nachrichteneinheiten über die Regierungsseite ein wenig höher als bei den restlichen Sendern. Es wäre jedoch falsch in diesem Punkt sofort auf eine parteikonforme Berichterstattung zu schließen. Dass die Regierungsparteien öfters in den Medien zu Wort kamen (neue Reformen werden vorgestellt, etc.) ist laut den Wissenschaftlern eine natürliche Gegebenheit, vor allem da die Anzahl dieser Berichterstattungen nur leicht über 50 Prozent lag.[209]

[208] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/11.html am 20.08.2012.
[209] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/12.html am21.08.2012.

Tabelle 2: Anzahl der interviewten Politiker je nach Parteizugehörigkeit[210]

	M1	TV	RTL Klub	ATV	Hír TV
Politiker der Regierungsparteien	56	58	54	52	52
Regierungsmitglieder	32	28	40	24	26
Nicht Mitglied der Regierung	24	30	14	28	26
Opposition	44	42	46	48	48
Insgesamt	100	100	100	100	100
Alle zu Wort gekommenen Politiker	84	60	35	63	82

Ein ganz anderes Ergebnis ergab sich bei der Untersuchung der Inlandsberichterstattungen nach positiver oder negativer Darstellung der Parteien. Es konnte festgestellt werden, dass alle Sender sich häufiger negativ über die Regierung als über die Opposition geäußert haben. Hír TV war in diesem Feld führend: in seinen Nachrichten hat der Sender beinahe dreimal so oft negativ über die Regierung berichtet, wie über die Oppositionsparteien.[211]

Tabelle 3: Die Zahl der kritischen Berichterstattungen über die Regierung und Opposition in den Inlandsnachrichten (Prozent)* [212]

	M1	TV2	RTL Klub	ATV	Hír TV
Kritischer Blick auf die Regierung	68	87	57	89	92
Kritischer Blick auf die Opposition	46	66	50	73	33
Alle das Inland betreffende Nachrichteneinheiten	57	32	47	44	78

*Die Summe ist nicht gleich 100 Prozent, da in einigen Nachrichteneinheiten über die Regierung als auch über die Opposition gleichermaßen kritisch berichtet wurde.

[210] Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/12.html am21.08.2012.
[211] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/12.html am23.08.2012.
[212] Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/12.html am23.08.2012.

Tabelle 4: Die Zahl der regierungs- und oppositionskritischen Berichterstattungen pro Nachrichtensendung[213]

	M1	TV2	RTL Klub	ATV	Hír TV
Regierungskritik	2,8	2,0	1,9	2,8	5,1
Oppositionskritik	1,8	1,5	1,6	2,3	1,8

Tabelle 4 belegt, dass die regierungskritische Berichterstattung bei den Sendern TV2, RTL Klub und ATV ausgewogen war. Bei M1 war die Kritik an der Regierung verglichen mit der Oppositionskritik stärker. Es zeigt sich erneut, dass Hír TV in Bezug auf Kritik an der Regierung federführend war. An dieser Stelle sei zu erwähnen, dass es natürlich die Aufgabe eines Qualitätsmediums ist, die Arbeit der Regierung zu hinterfragen, insbesondere wenn es mit solchen wirtschaftlichen und finanziellen Problemen kämpft wie Ungarn zu dieser Zeit. Jedoch fällt bei genauer Analyse auf, dass es sich bei der negativen Berichterstattung über die Regierung bei Hír TV nicht einfach nur um Kritik handelte. Es ging vielmehr um eine negative Voreingenommenheit gegenüber der Regierungsseite. Bei den anderen Sendern wurden auch einige Nachrichteneinheiten entdeckt, die die Regierungs- oder Oppositionsseite bevorzugt behandelten, doch waren diese Berichterstattungen bei weitem nicht so unausgewogen, wie bei Hír TV.[214]

Informationslieferung vs. Meinungsäußerung

Die Frage, ob die Moderatoren der Nachrichtensendungen wertend über Personen oder Geschehnisse in einer Nachrichteneinheit sprachen, ist eng mit der Frage der Objektivität verknüpft. Es wurde bereits erwähnt, dass in den Sendungen keine Kommentare oder ähnliche publizistische Stilmittel verwendet wurden. Es wurde auch kein Zeichen dafür gefunden, dass die Moderatoren, die in den Beiträgen erwähnten Personen wertend behandelt hätten. Damit könnte davon ausgegangen werden, dass Information und Meinung sich in den

[213] Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/12.html am23.08.2012.
[214] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/12.html am 29.08.2012.

Sendungen nicht vermischt haben. Jedoch kann bereits die bestimmte Reihung der Nachrichtenbeiträge zu Assoziationen führen. Als Beispiel sei hier der Fall über den Polizeipalast genannt: Nach den Schüssen auf den Polizeipalast durch Unbekannte in der Nacht vom 12. auf den 13. Februar 2007 hat Hír TV einen Beitrag über die Pressekonferenz der Fidesz-Partei gezeigt. Dort wurde gesagt, es gäbe keine reale Terrorgefahr, lediglich die linken Parteien würden diese Angst schüren. Auf den Beitrag folgte ein weiterer, der einen bekannten linksextremen Aktivisten zeigte, der am Tag der Schüsse im Polizeipalast unterwegs war. Zwar sagten die Moderatoren mit keinem Wort, dass es sich bei den Schüssen auf den Polizeipalast um eine Intrige der Linken handeln würde. Doch wurde aufgrund der Reihung der TV-Beiträge den Zuschauern genau dieser Eindruck suggeriert.[215]

Hír TV benutzte aber auch andere Methoden um Stimmung zu machen. Unter anderem wurden in den Sendungen im Rahmen der Schließung und des Umbaus von Krankenhäusern tagelang Verschwörungstheorien besprochen. Weiter wurde über die kritische Haltung von Fidesz-Politikern gegenüber Mitgliedern anderer Parteien (MSZP, SZDSZ) in den Nachrichten von Hír TV vermehrt berichtet. Doch auch in anderen Sendungen wurde teilweise z.B. durch den Gebrauch von bestimmten Wörtern, ein falsches Bild erzeugt. Die Studie kam zum Schluss, dass Hír TV in der untersuchten Zeit, die meisten Nachrichteneinheiten mit subjektiver oder falscher Information gesendet hatte.[216]

Zusammenfassende Erkenntnis

Aus der Studie von dem Kommunikationswissenschaftler Tamás Terestényi aus dem Jahr 2007 geht hervor, dass alle untersuchten Sender (M1, TV2, RTL Klub, ATV und Hír TV) Mittel angewandt haben, mit denen sie versucht haben, die Zuseher stärker an ihr Produkt zu binden.

Das bewegte Bild und die gesprochene Sprache waren jene Elemente, die den größten Informationsgehalt übertrugen. Unterschiede konnten vor allem

[215] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/13.html am29.08.2012.
[216] Vgl. Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/13.html am29.08.2012.

bezüglich zwei Punkten festgestellt werden: Das Ausmaß an Nachrichteneinheiten, in denen Personen selbst zu Wort kamen und in denen Redakteure vor Ort berichteten. Von diesem Blickwinkel aus waren M1 und TV2 aus der Sicht der Zuschauer die informationsreichsten Sendungen, da sie diese beiden Elemente ausreichend in ihren Beiträgen einbauten.

Die Sendungen wurden zum größeren Teil mit Qualitätsnachrichten gefüllt, aber auch Boulevardnachrichten wurden in den Sendungen gezeigt. Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass sich die meisten seriösen Nachrichten mit der Inlandsberichterstattung beschäftigten. Berichte aus dem Ausland kamen im Vergleich zu den Inlandsnachrichten selten vor. Am ehesten haben TV2 und ATV über Auslandsereignisse berichtet. Die meisten Nachrichteneinheiten handelten, mit einem kleinen Unterschied bei allen Sendern, von politischen Themen. Öfters wurden auch Themengeringer Relevanz mit politischen Inhalten belegt und gelangten somit auf die Sendeliste.

In Berichterstattungen, wo ungarische Politiker gezeigt wurden, lag die Anzahl der Nachrichteneinheiten über Regierungspolitiker nur knapp über 50 Prozent. Interessant dabei ist anzumerken, dass bei allen Sendern die Regierungspolitiker im Vergleich zu den Oppositionspolitikern häufiger negativ dargestellt wurden. Eine führende Position wurde dabei von Hír TV eingenommen.

Hír TV unterschied sich generell am meisten von den anderen Sendern. Dies liegt hauptsächlich an der stark regierungskritischen Einstellung des Senders.

VII. Die Medienpolitik unter der Regierung Orbán seit 2010

Nach dem Wahlsieg der Fidesz-Partei 2010 war es ihr möglich mit der Zweidrittelmehrheit die gesamte Medienstruktur im Land zu verändern. Die rechtsstaatlichen Garantien der Pressefreiheit und des Medienpluralismus wurden aufgehoben und die Kontrollfunktion der Opposition abgeschafft. Zudem wurde auch der Einfluss der Regierung bei den Medien ausgeweitet und am 21. Dezember 2010 ein neues Mediengesetz zu Gunsten der regierenden Partei verabschiedet, das am 1. Jänner 2011 in Kraft trat.

1. Die wesentlichen Veränderungen im Mediengesetz 2011

Welche waren nun die wichtigsten Elemente des Gesetzes, und welche Implikationen hatte es auf die Medienlandschaft?

Das neue Mediengesetz betrifft neben Radio- und Fernsehsendern, auch den Printbereich, Nachrichtenportale und Internetzeitungen. Der Kern des Gesetzes bildet die Schaffung einer Staatlichen Behörde für Medien und Nachrichtenübermittlung (NMHH), dessen Stellung auch in der Verfassung verankert wurde. Die Präsidentin der Behörde, Annamária Szalai wurde von Premier Viktor Orbán auf eine Amtszeit von neun Jahren und damit auf über zwei Legislaturperioden, vereidigt. Das wichtigste Gremium der Kontrollbehörde ist der Medienrat, dessen fünf Mitglieder durch die Regierung berufen wurden. Neben den Aufgaben, die bereits im ehemaligen Mediengesetz festgeschrieben waren, wie beispielsweise Lizenzvergabe und Registrierung, fällt auch die Erfassung der Internetmedien in die Zuständigkeit der NMHH.[217]

Alle in Ungarn ansässigen Informationsdienste, als auch einige Dienste mit Sitz im Ausland, die jedoch ihre Produkte in Ungarn verbreiten, müssen sich an die Vorschriften im Mediengesetz halten. Bezüglich ausländischer Medien wurde das Gesetz später gelockert. Diese können nicht länger für Verstöße gegen das ungarische Mediengesetz geahndet werden. Bei allen anderen ungarischen Medienunternehmen gilt jedoch weiterhin, dass die Staatliche Medien- und

[217] Vgl. MTI, Itt az új médiatörvény, Heti Válasz 21.12.2010, http://hetivalasz.hu/itthon/itt-az-uj-mediatorveny-34245/ am 11.11.2012 am 10.11.2012.

Kommunikationsbehörde Medienanbieter bei Verletzung des Mediengesetzes mit Sanktionen belegen kann. Bestraft werden können unter anderem die Diskriminierung von ethnischen oder religiösen Gruppen, als auch die den Hass fördernde Berichterstattungen über Personen, Gesellschaftsgruppen oder Staaten.[218] Zudem wird vorausgesetzt, dass die Medien neutral über Ereignisse berichten. Bei Verstößen kann die Höhe der Strafen bei stark meinungsbildenden Medien bis zu 200 Millionen Forint betragen. [219]

Laut dem neuen Mediengesetz ist die Kontrollbehörde auch befugt, die Mediendienste von Unternehmen für mindestens drei Stunden bis hin zu einer Woche aufzuheben oder sogar völlig einzustellen. Wird ein Verfahren gegen ein Medienunternehmen eingeleitet, so ist die Medienbehörde dazu autorisiert, auch vertrauliche und gesetzlich geschützte Dokumente des Unternehmens einzusehen.[220]

Zudem wurde die Stiftung Öffentlicher Dienst (Közszolgálati Közalapítvány) gegründet, die alle öffentlichen Medien, wie das ungarische Fernsehen M1, das Radio MR und die Ungarische Nachrichtenagentur MTI, leitet. Der Chef dieser Stiftung wurde vom Medienrat berufen. Sämtliche Nachrichtensendungen und Magazine im öffentlichen Funk und Fernsehen werden von der nationalen Nachrichtenagentur MIT produziert. [221]

Weiter wurde beschlossen, dass durch Werbeeinschaltungen die menschliche Würde nicht verletzt werden, und auch keine negative Unterscheidung bezüglich Sexualität, Glaube, Weltanschauung, national Zugehörigkeit und Alter betrieben werden darf. Auch die Verunglimpfung nationaler Symbole wurde verboten.[222]

[218] Vgl. MTI, Itt az új médiatörvény, Heti Válasz 21.12.2010, http://hetivalasz.hu/itthon/itt-az-uj-mediatorveny-34245/ am 11.11.2012.
[219] Vgl. MTI, Itt az új médiatörvény, Heti Válasz 21.12.2010, http://hetivalasz.hu/itthon/itt-az-uj-mediatorveny-34245/ am 11.11.2012.
[220] Vgl. MTI, Itt az új médiatörvény, Heti Válasz 21.12.2010, http://hetivalasz.hu/itthon/itt-az-uj-mediatorveny-34245/ am 11.11.2012.
[221] Vgl. Péter Bajomi-Lázár, Ungarns neue Mediengesetze, Debatte zur Meinungsfreiheit 30.3.2012, http://freespeechdebate.com/de/fall/hungarys-new-media-regulation/ am 11.11.2012.
[222] Vgl. MTI, Itt az új médiatörvény, Heti Válasz 21.12.2010, http://hetivalasz.hu/itthon/itt-az-uj-mediatorveny-34245/ am 11.11.2012.

2. Internationale und nationale Reaktionen auf das Mediengesetz

Das neue Mediengesetz traf national wie international auf heftige Kritik. Zwei Tage nach Verabschiedung des Gesetzes, dem 3. Jänner 2011, protestierten mehrere ungarische Tageszeitungen dagegen. Unter anderem erschien die linksliberale Tageszeitung „Népszabadság“ mit weißem Titelblatt, auf dem in Ungarisch und in den 22 weiteren offiziellen Sprachen der EU stand: „In Ungarn wurde die Pressefreiheit aufgehoben.“

Abb: Titelblatt von „Népszabadság“ vom 03.01.2011[223]

NÉPSZABADSÁG

Magyarországon megszűnt a sajtószabadság

The freedom of the press in Hungary comes to an end
В Унгария вече няма свобода на словото
V Maďarsku je ohrožena svoboda tisku
Pressefriheden er ophævet i Ungarn
Ungari pressivabadus lõpeb
Lehdistönvapaus kuoli Unkarissa
La liberté de la presse en Hongrie touche à sa fin
Έφτασε το τέλος για την ελευθερία του Τύπου στην Ουγγαρία
In Hongarije is de persvrijheid opgeheven
Tá saoirse an phreasa san Ungáir ag dul in éag
Skończyła się wolność prasy na Węgrzech
Tuvojas gals preses brīvībai Ungārijā
Vengrijoje spaudos laisvė eina į pabaigą
Id-dritt ghal-libertà tal-istampa fl-Ungerija spiċċa
In Ungarn wurde die Pressefreiheit aufgehoben
La libertà di stampa in Ungheria è finita
A liberdade de imprensa na Hungria acabou
Libertatea presei din Ungaria se duce de râpă
La libertad de prensa en Hungría llega a su fin
Pressfriheten är avskaffad i Ungern
Koniec slobody tlače v Maďarsku
Konec svobode tiska na Madžarskem

In ihrer Protestausgabe äußerte sie in einem Beitrag, der die Handschrift der gesamten Redaktion trug, man sei überzeugt, dass „das Mediengesetz trotz gegensätzlicher Meldungen den autoritären Bestrebungen der rechtskonservativen Partei Fidesz-MPSZ und der mitregierenden Christdemokraten“[224] diene.

Auch internationale Zeitungen äußerten, unabhängig ihrer politischen Ausrichtung, Besorgnis nach dem Beschluss des neuen Mediengesetzes. So

[223] Nol.hu, Das Titelbild der Tageszeitung „Népszabadság“, DerStandard.at 06.01.2011, http://derstandard.at/1293369890746/Neues-Mediengesetz-Ungarn-EU-Kommission-aeussert-Sorge am 03.02.2013.

[224] Meggyőződésünk, hogy a médiatörvény minden hangzatos jelszava ellenére valójában a Fidesz-KDNP vezette kormány autoriter törekvéseit szolgálja azzal, hogy megteremti a lehetőségét a velük ellentétes véleményen állók megzabolázásának, megbüntetésének, végső soron akár a tönkretételüknek.

verglich die österreichische konservative Tageszeitung „Die Presse“ die Pressefreiheit in Ungarn mit jener im autoritären Weißrussland[225] und die britische, links-liberale Zeitung „The Guardian“ mit jener in Russland vor der Jahrtausendwende unter Vladimir Putin. Dabei bezeichnete sie die Person Viktor Orbán als eine Gefahr für die Demokratie und charakterisierte ihn als „charismatischen Führer“. Die links-liberale deutsche Zeitung „Die Süddeutsche“ betonte in einem emotionalisierten Artikel, das neue Mediengesetz sei „ein Angriff auf einen Grundpfeiler der Demokratie“ und löse „zu Recht Proteste aus“.[226] Kritik wurde auch von der konservativ-liberalen Schweizer Zeitung „Neue Züricher Zeitung“ geäußert. Sie mutmaßte, dass mit der Gründung der Medienbehörde und dem ihr unterstehenden Medienrat, die Fidesz-Regierung versuche „die öffentlich-rechtlichen Medien des Landes zu kontrollieren“.[227]

Vor allem wurden die folgenden vier Punkte kritisiert:

1. In Frage gestellt wurde die Unabhängigkeit der Medienbehörde, da sie fast ausschließlich mit Vertretern der Fidesz-Partei besetzt wurde und somit der Regierung die Möglichkeit gegeben wurde, Einfluss auf die Medien zu nehmen.
2. Auch die Höhe der Geldstrafen bei Verstößen gegen das Mediengesetz war Gegenstand der Kritik.
3. Weiter wurde auch die Möglichkeit das Gesetz rückwirkend geltend zu machen beanstandet.
4. Im Printbereich wurden die inhaltliche Regulierung, der Datenschutz, die Datenweitergabe und der Kontrollbereich der Medienbehörde kritisiert.

Schon die ersten medialen Reaktionen auf das neue Mediengesetz verwiesen auf die Verantwortung der Europäischen Union und betonten, dass sie auf die neuen Entwicklungen in der ungarischen Medienlandschaft reagieren müsse. So äußerte die „Süddeutsche Zeitung“ ihre Befürchtung, dass sonst ähnliche

[225] Vgl. János A. Fehérváry, Ungarn: Presse so wenig frei „wie in Weißrussland“, Die Presse 21.12.2010, http://diepresse.com/home/kultur/medien/620151/Ungarn_Presse-so-wenig-frei-wie-in-Weissrussland, am 14.07.2012.
[226] Martin Winter, Präzedenzfall Ungarn: Es geht um Europas Freiheit, Süddeutsche Zeitung 29.12.2010, http://www.sueddeutsche.de/politik/eu-ratspraesidentschaft-praezedenzfall-ungarn-es-geht-um-europas-freiheit-1.1040829 am 15.07.2012.
[227] Charles E. Ritterband, Scharfes Mediengesetz in Ungarn. Gleichschaltung durch die Fidesz-Regierung, Neue Züricher Zeitung 21.12.2010, http://www.nzz.ch/aktuell/international/scharfes-mediengesetz-fuer-ungarn-1.8789269 am 09.03.2013.

medienpolitische Vorgehensweisen auch in anderen Ländern Schule machen könnten.[228]

Tatsächlich reagierte die Europäische Union unmittelbar nach dem Beschluss des Mediengesetzes im ungarischen Parlament am 21. Dezember 2010 auf die Gesetzesänderung. Bereits am 24. Dezember 2010 richtete sich die EU-Medien-Kommissarin Neelie Kroes mit einem Brief an die ungarische Regierung und stellte in Frage, ob das neue Mediengesetz den EU-Rechtsrahmen entspreche.[229] Zwar versprach die Regierung daraufhin das Gesetz zu überprüfen, betonte jedoch gleichzeitig, dass das Mediengesetz eine nationale Angelegenheit sei und die EU sich nicht einmischen solle. Am 1. Jänner 2011 übernahm Ungarn die EU-Ratspräsidentschaft. Wenige Tage später, am 19. Januar 2011 hielt Viktor Orbán seine erste Rede im EU-Parlament. Bei seinem Eintreffen im Straßburger Plenarsaal hielt die grüne EU-Fraktion Blätter mit der Aufschrift „zensiert" in die Höhe. Einige von ihnen verklebten ihre Münder sogar mit einem Pflaster als Zeichen des Protests. Nach dem Vortrag von Ministerpräsident Viktor Orbán über das Programm der kommenden EU-Ratspräsidentschaft, wurde von den EU-Abgeordneten das Thema „neues Mediengesetz in Ungarn" angesprochen und kritisch hinterfragt. Wie die Presse in einem Artikel berichtete, griff der Premier darauf das linke Lager im Europäischen Parlament an und bezeichnete jede Kritik an dem ungarischen Mediengesetz als „Angriff auf das ungarische Volk". [230] Der Großteil der Medien betonte in ihrem Artikel, dass Ministerpräsident Orbán sich gegen die Einmischung der Europäischen Union in Landesangelegenheiten aussprach.[231] Der „Guardian" ging sogar einen Schritt weiter und verwies auf die Rede eines Mitglieds im Europäischen Rat für Außenpolitik, der Kritik dahingehend äußerte, dass in der EU mit zweierlei Maß gemessen werde. Schließlich gäbe es weit

[228] Vgl. Martin Winter, Präzedenzfall Ungarn: Es geht um Europas Freiheit, Süddeutsche Zeitung 29.12.2010, http://www.sueddeutsche.de/politik/eu-ratspraesidentschaft-praezedenzfall-ungarn-es-geht-um-europas-freiheit-1.1040829 am 15.07.2012.

[229] Vgl. Neue Züricher Zeitung, „Zweifel" an Ungarns neuem Mediengesetz, Neue Züricher Zeitung 03.01.2011, http://www.nzz.ch/aktuell/international/eu-kommission-hat-zweifel-an-ungarns-neuem-mediengesetz-1.8975127 am 09.03.2013.

[230] Vgl. Oliver Grimm, Orbán: „Bin gefährlichstes Beispiel für Europas Linke", Die Presse 19.01.2011, http://diepresse.com/home/politik/eu/626671/Orbn_Bin-gefaehrlichstes-Beispiel-fuer-Europas-Linke?_vl_backlink=/home/politik/eu/622262/index.do&direct=622262 am 09.10.2012.

[231] Vgl. beispielsweise Kathrin Haimerl, Ich bin zum Kampf bereit, Süddeutsche Zeitung 19.01.2011, http://www.sueddeutsche.de/politik/viktor-orbn-vor-dem-eu-parlament-ich-bin-zum-kampf-bereit-1.1048322 am 25.10.2012.

mehr Länder in Europa, die die Gesetze der EU brächen. Ungarn sei jedoch einfacher zu bestrafen, da das Land weniger Macht hätte. [232]

In Jänner 2011 richtete sich die Europäische Kommission mit einem zweiten Brief an die ungarische Regierung, in dem sie drei Punkte des neuen Mediengesetzes beanstandete. Die EU-Behörde kritisierte, dass die Kontrolle für ausländische Medien nach dem neuen Gesetz zu strikt sei, die Möglichkeiten einer ausgewogenen Berichterstattung beschränkt und die Registrierungsanforderungen zu hoch seien. Auch der Europarat kritisierte das Gesetz, so „die Presse". Nicht nur die konkrete Umsetzung des Mediengesetzes stelle eine Gefahr für die Demokratie dar. Der Menschrechtsbeauftragte des Europarates, Thomas Hammarberg betonte, dass die neuen Vorschriften abschreckend auf die ungarischen Medien wirken könnten und somit die Selbstzensur zunehmen könne.[233] Im Februar 2011 protestierte die links-liberale Tageszeitung „Népszabadság" vor dem ungarischen Verfassungsgerichtshof. Als Grund nannte sie die Benachteiligung der ungarischen Zeitungen durch das Mediengesetz.[234] Anfang März 2011 zeigte der Druck der EU-Kommission bezüglich der Änderungen im Gesetz Wirkung. Nach einem ständigen Ringen mit der EU-Kommission beschloss die ungarische Regierung die beanstandeten Passagen im Mediengesetz zu überarbeiten.[235] Mitte Dezember 2011 veröffentlichte der ungarische Verfassungsgerichtshof seine Entscheidung. Er gab der „Népszabadság" Recht und hob vier der beanstandeten Punkte im Mediengesetz auf. Laut dem Verfassungsgerichtshof seien die Vorschriften über die von der Medienbehörde zu kontrollierenden Inhalte der Printmedien verfassungswidrig. Weiter wurde auch der Punkt aufgehoben, wonach Quellen, die im allgemeinen Interesse stehen, vor Gericht zu nennen sind. Diese

[232] Vgl. Simon Tisdall, The EU's Hungary headache – and a whiff of double standards, The Guardian 20.01.2011, http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/jan/20/hungary-eu-media-law am 25.10.2012.

[233] Vgl. DiePresse.com, Mediengesetz: Europarat mahnt Ungarn, DiePresse.com 02.02.2011, http://diepresse.com/home/politik/eu/630487/Mediengesetz_Europarat-mahnt-Ungarn-?_vl_backlink=/home/politik/eu/622262/index.do&direct=622262 am 09.03.2011.

[234] Vgl. dazu beispielsweise DiePresse.com, Mediengesetz: Zeitung protestiert bei Verfassungsgericht, Die Presse 09.02.2011, http://diepresse.com/home/politik/eu/632629/Mediengesetz_Zeitung-protestiert-bei-Verfassungsgericht?_vl_backlink=/home/politik/eu/622262/index.do&direct=622262 am 09.03.2011.

[235] Vgl. dazu beispielsweise Süddeutsche Zeitung, Ungarn ändert umstrittenes Mediengesetz, Süddeutsche Zeitung 07.03.2011, http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-zensur-vorwuerfen-ungarn-aendert-umstrittenes-mediengesetz-1.1061049 am 09.03.2013.

Bestimmung „öffnet ohne verfassungsrechtliche Begründung Tür und Tor vor der Möglichkeit der Einschränkung der Pressefreiheit“[236], hieß es aus dem Verfassungsgerichtshof. Zusätzlich wurden auch Bestimmungen über die Datenweitergabe und den Aufgabenbereich eines Medien- und Nachrichtenkommissars aufgehoben.[237]

Doch wie wirkte sich das Mediengesetz konkret aus?

Im Jänner 2011 leitete die ungarische Medienbehörde ein Verfahren gegen den privaten Radiosender „Tilos Rádió“ ein. Der Grund dafür war, dass dieser ein „jugendgefährdendes“ Lied des US-amerikanischen Rappers Ice-T gesendet hatte. Kritisiert wurde in diesem Fall, dass das Gesetz rückwirkend eingesetzt wurde, denn das Lied ging noch vor der Einführung des Mediengesetzes, im Jahr 2010 auf Sendung. Noch im Jänner wurde jedoch das Verfahren durch den ungarischen Medienrat gestoppt.[238]
Kurz darauf wurde auch gegen den privaten Fernsehsender RTL Klub ein Verfahren eingeleitet. Die Medienbehörde betonte, dass der Sender im Jahr 2010, also vor der Einführung des neuen Mediengesetzes, „reißerisch“ und auf „für jugendliche Zuschauer schockierende“ Art über einen brutalen Mord innerhalb einer Familie berichtet hätte.[239] Weiter wurde RTL Klub auch wegen seiner Sendung „Való Világ“, eine ungarische Entertainment-Show mit einer Geldstrafe belegt, da diese laut der Medienbehörde gegen das Mediengesetz verstieß.[240]

[236] DiePresse.com, Ungarn: Mediengesetz teilweise verfassungswidrig, Die Presse 19.12.2011, http://diepresse.com/home/kultur/medien/717941/Ungarn_Mediengesetz-teilweise-verfassungswidrig am 30.10.2012.
[237] Vgl. DiePresse.com, Ungarn: Mediengesetz teilweise verfassungswidrig, Die Presse 19.12.2011, http://diepresse.com/home/kultur/medien/717941/Ungarn_Mediengesetz-teilweise-verfassungswidrig am 30.10.2012.
[238] Vgl. dazu beispielsweise Népszabadság, Felmentették Ice-T-ügyben a Tilos Rádiót, Népszabadság 12.011.2011, http://nol.hu/belfold/felmentettek_ice-t-ugyben_a_tilos_radiot am 09.03.2013.
[239] Vgl. dazu beispielsweise DiePresse.com, Verfahren gegen deutsche RTL-Tochter in Ungarn, Die Presse 04.01.2011, http://diepresse.com/home/politik/eu/622810/Verfahren-gegen-deutsche-RTLTochter-in-Ungarn am 09.03.2013.
[240] Vgl. dazu beispielsweise Pester Lloyd, Strafen für RTL’s „Big Brother“ in Ungarn, Pester Lloyd 16.05.2011, http://www.pesterlloyd.net/2011_20/20strafenrtl/20strafenrtl.html am 09.03.2013.

3. Weitere Einschnitte in der Pressefreiheit durch die Fidesz-Regierung

Die Fidesz-Regierung veränderte auch die Eigentumsverhältnisse im Mediensektor. Das brachte mit sich, dass die der Partei nahe stehenden Medienoligarchen, expandierten und im Gegenzug der Handlungsspielraum der die Opposition unterstützenden Organe schrumpfte. Bereits vor den Wahlen haben wirtschaftliche Interessensgruppen, die der Fidesz nahe standen, bereits versucht Anteile der beiden größten kommerziellen Fernsehsender – TV2 und RTL Klub - zu erwerben und eigene Leute in den Leitungsgremien unterzubringen. Die Übernahme scheiterte, doch wurden nach dem Regierungswechsel bei beiden Sendern wichtige Positionen in den Gremien mit Parteifunktionären der Fidesz besetzt: Bei TV2 im Vorstand als politischer Berater und bei RTL Klub als Vorstandsmitglied. Zwei von den drei terrestrischen Fernsehsendern werden von Fidesz-nahen Unternehmen geleitet.[241]

Der Nachrichten- und Informationsmarkt wird heute hauptsächlich von regierungsnahen Firmen dominiert. Eine Ausnahme bildet dabei das regierungskritische „Klubrádió“. In seinen Sendungen kritisierte es immer wieder die Regierung, als auch die Medienbehörde. Schritt für Schritt wurde anschließend Klubrádió seiner Sendefrequenz in den Provinzen beraubt. Schließlich wurde dem Radio im Dezember 2011 mit Wirkung zum 31. März 2012 auch die Sendefrequenz in Budapest entzogen. Daraufhin zog Klubrádió vor das Berufungsgericht. Seit Februar 2011 muss der regierungskritische Sender alle zwei Monate um die Verlängerung der temporären Lizenz ansuchen. An dieser Stelle ist es interessant darauf hinzuweisen, dass regierungsnahe Radiosender, wie Lánchíd Rádió (Kettenbrücke Radio) oder das Katholische Radio gebührenfrei die öffentlich-rechtlichen Sendefrequenzen erhalten konnten.[242]

Ein Blick auf die ungarische Medienlandschaft zeigt, dass die Medienpolitik der derzeitigen Regierung eine Medienpolitik mit hohem Konfliktpotenzial verfolgt. Während Fidesz-nahe Zeitungen unter anderem eine große Anzahl an Werbeeinnahmen erhalten, fällt es den links-liberalen Blättern immer schwerer sich zu finanzieren. Hinzu kommen auch die Gratis-Zeitungen, die dem Umfeld

[241] Vgl. Mária Vásárhelyi, Angriffe auf die Pressefreiheit. Die Medienpolitik der Fidesz-Regierung, in: Osteuropa 2011, H. 12, S. 162f.
[242] Vgl. Mária Vásárhelyi, Angriffe auf die Pressefreiheit. Die Medienpolitik der Fidesz-Regierung, in: Osteuropa 2011, H. 12, S. 164.

der Fidesz zuzuordnen sind. „Helyi Téma“, eine Gratis-Zeitung mit rund 800.000 Lesern, spricht nicht nur in einer vulgären Sprache über die ungarische Opposition, sie veröffentlicht auch viele falsche Informationen. Die zweite Gratis-Zeitung „Metropol“ wurde zu einer Parteizeitung umstrukturiert. Zusammengerechnet haben diese beiden Gratiszeitungen eine Auflage von über einer Million. Die Auflage der vier größten Tageszeitungen mit einer starken politischen Ausrichtung, „Népszabadság“, „Magyar Nemzet“, „Népszava“ und „Magyar Hírlap“ beläuft sich dagegen nicht einmal auf 150 000.[243] Da sich seit den Parlamentswahlen 2010 auch der Großteil der kommunalen Verwaltung in der Hand der Fidesz befindet, kann die Partei auch die im Besitz der Kommunen befindlichen Medien für ihre Zwecke nutzen. Einige Monate vor den Parlamentswahlen 2010 unternahm die Fidesz auch einen Versuch, eine eigene Parteizeitung ins Leben zu rufen, doch dieses Vorhaben scheiterte. Die Wochenzeitung „Nagyítás“, die als Gegenpol zur liberalen „Élet és Irodalom“ gelten sollte, wurde nach kurzer Zeit eingestellt, nachdem statt einer kalkulierten Auflage von 30 000 Exemplaren im Schnitt lediglich 2000 bis 3000 verkauft wurden. Genaue Zahlen, wie viel Geld in die Gründung der Zeitschrift investiert wurde, gibt es nicht, doch die Schätzungen belaufen sich auf bis zu 4,8 Millionen Euro.[244]

4. Die Auswirkungen des Mediengesetzes auf die Fernsehlandschaft – Die Studie von Mária Vásárhelyi (2011)

Seit der Untersuchung der ungarischen Fernsehlandschaft durch Tamás Terestényi im Jahr 2007 wurden mehrere Veränderungen in der Medienlandschaft durchgeführt. Um aufzuzeigen, wie sich das Mediengesetz direkt, beziehungsweise indirekt auf die ungarische Fernsehlandschaft ausgewirkt hat und welche Veränderungen seit der Durchführung der Studien 2007 im TV-Bereich zu beobachten sind, soll hier die Studie von der Kommunikationswissenschaftlerin Mária Vásárhelyi angeführt werden.

[243] Vgl. Mária Vásárhelyi, Angriffe auf die Pressefreiheit. Die Medienpolitik der Fidesz-Regierung, in: Osteuropa 2011, H. 12, S. 164.
[244] Vgl. Mária Vásárhelyi, Angriffe auf die Pressefreiheit. Die Medienpolitik der Fidesz-Regierung, in: Osteuropa 2011, H. 12, S. 164f.

Der „Nyilvános Klub Monitor“ hat sich vom 7. November bis zum 16. Dezember 2011 der Aufgabe gewidmet, die Nachrichtensendungen der Medien mit der größten Reichweite in Ungarn im Bereich Radio[245] und Fernsehen zu untersuchen. Mit Hilfe dieser Studie sollte festgestellt werden, wie sich die ungarische politische Fernseh- und Radiolandschaft in den vergangenen Jahren und besonders seit dem Amtsantritt der Fidesz-Regierung gewandelt hatte. Analysiert wurden die Abendnachrichten der TV-Sender M1 (19.30), TV2 (18.30), RTL Klub (18.30), ATV (18.55) und Hír TV (21.00), als auch die 12.00 Uhr-Nachrichten des öffentlich-rechtlichen Radiosenders Magyar Rádió (MR) und der privaten Radioanstalten Klub Rádió und Lánchíd Rádió. Da für diese Arbeit der Inhalt der TV-Nachrichten ausschlaggebend ist, werden die Ergebnisse der Studie im Bereich Radio nur bei wenigen Ausnahmen miteinbezogen. Dabei handelt es sich um Fälle, wo die Ergebnisse von Fernsehen und Radio miteinander verbunden sind und nicht getrennt beschrieben werden können.[246]

Bei der Auswahl der Nachrichtensendungen wurden bestimmte Kriterien beachtet: das Profil der Sender, deren Reichweite und das Vorhandensein einer längeren Nachrichtenzusammenfassung vom Tag. Diese Aspekte beachtend, wurde die Nachrichtensendung mit der größten Reichweite und einer Länge von mindestens zehn Minuten Nachrichtendauer in der Hauptsendezeit ausgewählt.

Eine Untersuchung der Meinungsforschungsinstitute „Szonda-Ipsos“ und „Piackutató Rt.“, die im gleichen Zeitraum wie die Studie von Mária Vásárhelyi durchgeführt wurde, konnte eine Veränderung im Nachrichtenverbrauch der Menschen in Ungarn in den letzten Jahren feststellen. Zwar bezog noch immer der Großteil der Bevölkerung - 63 Prozent - seine Informationen über das Tagesgeschehen aus dem Fernsehen, im Vergleich zum Jahr 2007 jedoch, wo drei Viertel der Bevölkerung das Fernsehen als Hauptorientierungsmedium nannte, hatte dieses Medium 2011 gegenüber anderen Medien um 15 Prozentpunkte verloren. Besonders das Internet konnte sich als ein wichtiges

[245] In die Studie wurden Sender, die sich auf die Vermittlung von Musik konzentrieren nicht einbezogen.

[246] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 1f, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 02.05.2012.

Medium zur Informationsbeschaffung etablieren.[247]

Die Untersuchungen der AGB Nielsen, als auch die der Szonda-Ipsos Meinungsforschungsinstitute zeigten, dass, ausgehend von der durchschnittlichen Seherzahl am Tag, die Nachrichtensendung von RTL Klub (28 Prozent) am erfolgreichsten ist. Dahinter folgt TV2 (20 Prozent) und anschließend M1 (11 Prozent). Während die Seherzahl der Nachrichtensendungen von RTL Klub seit 2007 nur um ein bis zwei Prozentpunkte gesunken ist, haben TV2 11 Prozent und M1 13 Prozent an Zusehern verloren. Die Zuseherzahl von Hír TV hingegen, hatte sich in den letzten Jahren nicht verändert. ATV konnte im Gegensatz zu den anderen Sendern die Seherzahl seiner Nachrichtensendungen von 11 Prozent auf 18 Prozent erhöhen.[248]

Format

Insgesamt (TV und Radio) wurden 234 Nachrichtensendungen mit 3538 Nachrichteneinheiten analysiert. Zu einer Einheit zählten alle Vorkommnisse in der Sendung, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigten. Wurde somit ein Beitrag über Griechenland und die Schuldenkrise gesendet, so wurden auch jene Beiträge zum gleichen Nachrichtenblock gerechnet, in denen sich ein Experte über die aktuelle Situation in Griechenland äußerte. Die Länge der Nachrichtensendungen variierte zwischen 10 und 30 Minuten. Die durchschnittliche Länge eines Beitrags belief sich auf 1 1/2 Minuten, doch je nach Thema, Moderator und Aufarbeitungsmethode konnte sich diese Dauer erheblich verschieben. Mehr als ein Drittel der untersuchten Nachrichtenblöcke hatte eine Länge von unter einer Minute, ein weiteres Drittel schwankte zwischen einer Länge von ein bis zwei Minuten. 28 Prozent der Nachrichteneinheiten bestanden aus Zwei- bis Drei-Minutenbeiträgen. Darüber hinausgehende, längere Beiträge

[247] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 1f, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 02.05.2012.

[248] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 1f, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 02.05.2012.

wurden mit vier bis fünf Prozent angeführt.[249]

Die Sendungen wurden unterschiedlich aufbereitet. Die Popularität der Sendung ändert sich je nachdem, ob die Nachricht allein von einem Moderator vorgelesen wurde, oder ob Redakteure vor Ort waren und Betroffene im Beitrag zu Wort kamen. Dabei spielte auch die Infrastruktur des Senders und die finanziellen Mittel eine Rolle. Nach der Art der Aufbereitung der Beiträge und deren Präsentation konnte festgestellt werden, welche finanziellen Möglichkeiten das betreffende Medium hatte. Aufgrund der großen Werbeeinnahmen konnten private Sender, wie TV2 und RTL Klub 80 Prozent ihrer Nachrichtenbeiträge mit Betroffenen und Moderatoren vor Ort ergänzen. Der Sender M1, der sich von Steuergeldern finanziert, konnte 69 Prozent der Beiträge mit zusätzlichen Informationsquellen illustrieren und der der Regierungspartei Fidesz nahe stehende Sender Hír-TV 39 Prozent. Im Gegensatz dazu konnte jener der Opposition nahestehende Sender ATV nur 25 Prozent seiner Beiträge illustrieren. Von den genannten TV-Sendern war ATV auch der einzige, der keinen eigenen Übertragungswagen besaß.[250]

Hinzu kommt, dass auch die Auslandsberichte in den Nachrichten verringert wurden. 2007 waren 32 Prozent der Nachrichten Auslandsbeiträge, 2011 nur mehr 23 Prozent. Eine gravierende Veränderung gab es in diesem Fall bei TV2. 2007 hatte der Sender neben ATV noch die meisten Auslandsnachrichten gebracht, 2011 die wenigsten. Dieser Wandel lässt sich damit erklären, dass TV2 in den letzten Jahren den Aufbau seiner Hauptnachrichtensendung völlig umstrukturiert hatte. Die Folge davon war die Marginalisierung aller Nachrichten im öffentlichen Interesse. Weshalb die Zahl der Auslandsberichterstattung um fast ein Drittel bei dem durch Steuergelder finanzierten Sender M1 gesunken war, kann jedoch aus der Sicht des allgemeinen Interesses nur schwer erklärt werden. Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen befassten sich 2011 vier von fünf Nachrichten mit Ereignissen im Inland. In einer 30 Minütigen Nachrichtensendung kamen kaum mehr als fünf Nachrichten mit Auslandsbezug vor. Dies weist darauf hin, dass in Ungarn ein Weg in Richtung Provinzialismus

[249] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 3, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am02.05.2012

[250] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 4f, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 02.05.2012.

eingeschlagen wurde. Dieser Schritt ist nur schwer nachvollziehbar, da gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk in mehreren westlichen Hauptstädten über ständige Korrespondenten verfügt.[251]

Die Auslandsberichte bei Radio und Fernsehen beschäftigten sich hauptsächlich mit Themen rund um die Europäische Union. An zweiter Stelle folgten Nachrichten über die Politik in Italien und die Wirtschaftskrise. Dies lässt sich damit erklären, dass zur Zeit der Untersuchung der italienische Staatschef Silvio Berlusconi von seinem Amt zurücktrat und Italien von den Rating-Agenturen abgestuft wurde.[252]

Mehr als die Hälfte der Inlandsberichterstattung in den Radio- und Fernsehsendungen befasste sich mit einer konkreten Region oder Siedlung in Ungarn. Über 50 Prozent dieser Berichterstattungen behandelten Budapest. Diese Zahl wurde in dieser Studie als zu hoch angesehen, trotz dessen, dass rund ein Fünftel der ungarischen Bevölkerung 2011 in Budapest lebte und der Großteil der öffentlichen Institutionen in der Hauptstadt angesiedelt sind. Interessant ist ebenfalls, dass obwohl ein Drittel der ungarischen Bevölkerung in Gemeinden lebt, nur drei Prozent der Inlandsberichterstattung sich mit nicht-städtischen Siedlungsräumen beschäftigt. Das staatliche Fernsehen M1 orientierte sich in seinen Inlandsberichterstattungen am stärksten an der Hauptstadt. Zwei Drittel der Beiträge, die eine bestimmte Siedlung betrafen, behandelten Budapest. Hír TV hingegen war jener Sender, der die unterschiedlichen Siedlungen in seinen Nachrichten noch am ehesten abdeckte. Das Hauptaugenmerk der Nachrichtensendungen lag auf Zentralungarn. Die ärmeren Regionen in Nordungarn und in der südlichen großen Tiefebene bekamen nur wenig Aufmerksamkeit. Insgesamt nur drei Prozent der Berichterstattung befasste sich mit Regionen, die mit großen Problemen und Benachteiligungen zu kämpfen haben.[253]

In den vergangenen Jahren hatte sich die Art der Berichterstattung auf Grund der

[251] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 7, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 05.05.2012.

[252] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 8, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 05.05.2012.

[253] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 8, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 05.05.2012.

allgemeinen technischen Neuerungen geändert. Früher war das Fernsehen, als auch das Radio wegen seiner Aktualität ein beliebtes Medium. Heute gewinnt das Internet zunehmend an Popularität. Diese Entwicklung machte für Mária Vásárhelyi einen Grund aus, weshalb ein Großteil der Nachrichten sich nicht mehr mit tagesaktuellen Geschehnissen befasste. Stattdessen wurden vergangene Ereignisse im Detail aufgearbeitet, oder neue Trends und Veränderungen in unterschiedlichen Bereichen diskutiert. Während sich staatliche Sender noch in über 50 Prozent ihrer Nachrichten mit dem tagesaktuellen Geschehen befassten, zeigten die privaten Sender an diesen Ereignissen am wenigsten Interesse. 40 Prozent ihrer Nachrichten hatten keinen aktuellen Bezug.[254]

Infotainment

Die Entwicklungen der letzten Jahre im Bereich der Nachrichtensendungen sind als problematisch einzustufen. Private Fernsehstationen waren seit ihrer Gründung darum bemüht, Nachrichtensendungen mit unterhaltsamen Inhalten zu füllen und haben dadurch ihre Meldungen auf Themen wie Kriminalität und Tragödien fokussiert. Die Untersuchung von Mária Vásárhelyi zeigte jedoch, dass zunehmend auch die öffentlich-rechtlichen Sender durch die Boulevardisierung der Nachrichten versuchten, die Zuseher an ihr Produkt zu binden. Wichtige Nachrichten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft etc. wurden vermehrt vernachlässigt.[255]

So sank auch die Zahl der seriösen Nachrichten in öffentlich-rechtlichen Sendern um fast 30 Prozent. Jede zweite Nachricht von M1 war eine Boulevardnachricht. Bei den privaten Sendern waren 9 von 10 Nachrichten in diese Kategorie einzuordnen. Insgesamt erklärte Vásárhelyi den generellen Wandel hin zu einer stärkeren Boulevardisierung der Nachrichten als ein Ergebnis politischer und gesellschaftlicher Veränderungen. Wie sich in den Meinungsumfragen zeigte,

[254] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 8, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 05.05.2012.

[255] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 9f, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 07.05.2012.

nimmt das Interesse der Bevölkerung an politischen und gesellschaftlichen Themen stetig ab. Kaum mehr als 40 Prozent der Erwachsenen zeigen heute noch Interesse an politischen Themen. Zum Teil war der Fokus auf Unterhaltung in den Nachrichtensendungen eine Reaktion der TV-Sender auf dieses Desinteresse. Problematisch dabei ist jedoch, dass durch diese Ausrichtung der Sender, das Interesse der ungarischen Gesellschaft an politisch-seriösen Themen weiter gesenkt wurde. Doch auch die neu geschaffene Medienbehörde leistete bei der verstärkten Boulevardisierung der Nachrichten ihren Teil. Da sie vorgab, Nachrichten mit unausgewogenen Inhalten zu sanktionieren – und dabei handelt es sich vor allem um politische Nachrichten – vermieden es die TV-Sender kritische politische Themen in den Nachrichten zu behandeln.[256]

Bei der Untersuchung wurde festgestellt, dass sich die Boulevardisierung der Nachrichten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen seit dem Amtsantritt der Fidesz–Partei verstärkt hatte. M1 versuchte durch den Wandel wettbewerbsfähiger zu werden und die Zuseher mit den Sensationsnachrichten an das Programm zu binden. Die Transformation der Nachrichtensendungen war besonders bei dem, der Fidesz-Regierung nahe stehenden Sender, HírTV gut zu beobachten. 2007 waren noch drei Viertel der Nachrichten in der Hauptsendezeit qualitativ wertvoll. Ihre Anzahl hatte sich 2011 auf weniger als die Hälfte der Nachrichten reduziert. Von den untersuchten Sendern konnte am ehesten ATV den Erwartungen einer ausgewogenen Berichterstattung gerecht werden.[257]

Die verstärkte Boulevardisierung zeigte sich auch anhand der Headlines in den Nachrichtensendungen, die es zur Aufgabe hatten, die Zuschauer auf die kommenden Nachrichten vorzubereiten. Die zwei privaten Sender (RTL Klub und TV2) versuchten ausschließlich mit Sensations-Headlines auf sich aufmerksam zu machen. Bei M1 waren mehr als die Hälfte und bei Hír TV mehr als 40 Prozent der in der Headline vorkommenden Ereignisse Boulevardnachrichten.[258]

Ein weiterer interessanter Punkt bei der Untersuchung war die Analyse der

[256] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 9f, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 07.05.2012.

[257] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 11, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdfam 09.05.2012.

[258] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 11f, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am09.05.2012.

Reihung der Nachrichtenblöcke. Bei TV2 und RTL Klub war festzustellen, dass in der ersten Hälfte der Nachrichtensendung kaum über ein Ereignis berichtet wurde, dass aus politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder kultureller Hinsicht bedeutend wäre. Die qualitativ wertwollen Nachrichten wurden zum Schluss der Sendungen gebracht. Bei Hír TV wurden zu Beginn 75 Prozent „wertvolle Themen" präsentiert. Auch ATV legte den Schwerpunkt auf die qualitative Berichterstattung und sendete die Boulevardnachrichten erst zum Schluss der Nachrichtensendung.[259]

Nach der Analyse der Ergebnisse auf ernsthafte Beiträge und Boulevardnachrichten, wurden die Nachrichteneinheiten nach Themengebieten untersucht.

Tabelle 5: Aufteilung der Nachrichteneinheiten nach Themengebiet[260]

	M1	TV2	RTL Klub	ATV	Hír TV
Politische Routineereignisse - aufgeteilt auf:	23 (31)*	5 (20)	5 (19)	29 (26)	17 (20)
- Regierungstätigkeiten	11 (10)	4 (7)	5 (7)	23 (10)	9 (8)
- Parteien	2 (10)	0 (7)	0 (3)	0 (9)	0 (12)
- Tätigkeiten im Parlament	9 (5)	1 (2)	0 (2)	6 (2)	6 (3)
- Tätigkeiten der Verwaltung	1 (3)	0 (5)	0 (6)	0 (3)	2 (4)
Wirtschaftliche Routineereignisse	8 (10)	3 (9)	4 (15)	5 (15)	6 (8)
Demonstrationen, Streik	3 (8)	1 (6)	1 (5)	7(6)	6 (14)
Ethnische Konflikte					3
Wirtschaftskrise	2			13	12
Politischer Skandal	5(3)	1 (5)	2 (3)	3 (2)	4 (3)
Bewaffneter Konflikt	1 (9)	0 (13)	0 (8)	4 (16)	1 (21)
Gefahren (Umwelt, Krankheit)	2 (4)	7 (5)	8 (5)	2 (4)	3 (1)
Kriminalität	27 (10)	27 (15)	30 (14)	11 (12)	23 (9)
Unfall	9 (8)	19 (8)	17 (9)	2 (5)	6 (7)
Rekord	1 (3)	2 (2)	1 (1)	1 (3)	1 (2)
Medienereignisse	3 (3)	4 (1)	2 (3)	2 (0)	3 (3)
Nicht politischer Skandal	2	7	4	3	4
Sonstiges					

* Die in der Klammer angegebenen Zahlen markieren die Daten aus dem Jahr 2007.

[259] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 11f, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am09.05.2012.

[260] Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 14, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf. Am10.05.2012.

Die zwei größten privaten TV-Sender RTL Klub und TV2 bevorzugten in ihrer Hauptnachrichtensendung im Jahr 2011 nicht nur Boulevardnachrichten, auch die Anzahl an Beiträgen und die Themen waren identisch. Nachrichten über die wirtschaftliche Lage im Inland wurden nicht gebracht. Innenpolitische Ereignisse wurden aus den Nachrichten ausgeschlossen, außer es handelt sich dabei um Berichte über die Tätigkeit der Regierung. Die Arbeit der politischen Parteien, des Parlaments oder der Verwaltung fanden keine Erwähnung in den Nachrichten. Bei den Boulevardnachrichten dominierte das Thema Kriminalität. Auch hier ist ein Wachstum feststellbar: 2007 handelte noch jede sechste Nachricht von Kriminalität, 2011 bereits jede dritte. Hinzu kam auch, dass sich die Zahl der Berichte über Unfälle verdoppelt hatte.[261]

Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk blieb von dieser Veränderung nicht verschont. Mehr als die Hälfte der Berichterstattungen hatte bereits einen unseriösen Charakter. Diese Entwicklung brachte auch die Bedrohung des öffentlich-rechtlichen Auftrags mit sich. Statt der Bevölkerung die Möglichkeit zu bieten, sich in bestimmten Themenkreisen weiterzubilden und sich zu informieren, wurden ihnen die dafür notwendigen Informationen vorenthalten. Zudem wurden auch Nachrichten über Demonstrationen, Protestaktionen oder Streiks gegen Regierungsmaßnahmen nur noch selten gezeigt.[262]

Wie schon zuvor erwähnt, hat sich auch der Sender Hír TV in den vergangenen Jahren umorientiert. 2007 lag der Fokus des Senders hauptsächlich auf innenpolitischen Nachrichten. Große Aufmerksamkeit wurde der Parteipolitik der Fidesz und den regierungskritischen Demonstrationen, die sich gegen die damalige sozialistische Regierung wandten, gewidmet. Seit dem Amtsantritt der Fidesz-Partei 2010 sank die Berichterstattung über innenpolitische Ereignisse von 29 auf 17 Prozent und jene über Demonstrationen gegen die national-konservative Regierung von 14 auf 6 Prozent. Im Gegensatz dazu hat die Anzahl der Berichte über Kriminalität und Unfälle zugenommen und sich verdreifacht. Diese Entwicklung kann dadurch erklärt werden, dass Hír TV der Orbán-Regierung nahe steht. Einzig bei ATV hatte die Boulevardisierung der

[261] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 15, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 13.05.2012.

[262] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Winter 2011 Nyilvános Klub Monitor, S. 16, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 13.05.2012.

Nachrichten seit 2007 abgenommen und die Berichterstattung über ernsthafte Ereignisse in der Politik und Wirtschaft zugenommen.[263]

Thematische Charakterisierung der einzelnen Nachrichtensendungen

Je nachdem welcher Radio- oder Fernsehsender untersucht wurde, war ein Unterschied bezüglich der populärsten Themen festzustellen. ATV hat in der untersuchten Zeit die meisten Wirtschaftsnachrichten ausgestrahlt. Einige Wirtschaftsthemen wurden von ATV zwei- bis dreimal öfters behandelt, als von anderen Nachrichtensendern. Mehr als ein Drittel aller Nachrichten über die Staatsschulden und ein Viertel aller Nachrichten über die Wirtschaftskrise hat ATV in den Nachrichten behandelt. Weiter hat sich der Sender ATV detailliert mit den Themen Fremdwährungskredit, Gesundheitsreform, Krankenpflege und der Arbeitslosigkeit im Land beschäftigt. Hír Tv hat bei seinen Nachrichten einen besonderen Schwerpunkt auf Themen wie Mieterhöhung und Inflation gesetzt. Das Thema der doppelten Staatsbürgerschaft wurde hauptsächlich von den öffentlich-rechtlichen Sendern aufgegriffen.[264]

Im untersuchten Zeitraum trafen Themen über die ehemalige sozialistische Regierung auf reges Interesse. Der Verdacht gegen den ehemaligen Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány auf Amtsmissbrauch und die Fehler der damaligen Regierung wurden in den Nachrichten oft diskutiert, jedoch nicht von allen Sendern thematisiert. Hír TV hat sich während der Untersuchungsphase in 37 Nachrichteneinheiten und M1 in 20 Nachrichteneinheiten mit diesem Thema auseinandergesetzt. Die privaten Sender haben sich ein bis zweimal mit diesen Angelegenheiten befasst, im Gegensatz zu ATV, welcher sich vermehrt mit derartigen Themen beschäftigte. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Hír TV an zwei von drei Tagen und die öffentlich-rechtlichen Sender jeden zweiten Tag die Verstöße der Vorgängerregierung in den Hauptnachrichten

[263] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Winter 2011 Nyilvános Klub Monitor, S. 16, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 13.05.2012.
[264] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 23f, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am25.05.2012.

thematisierten.[265]

Bei der kritischen Berichterstattung über die regierende Fidesz-Regierung konnte eine völlig konträre Tendenz beobachtet werden. Beinahe zwei Drittel aller Nachrichten, die Kritik an den Regierungsparteien enthielten (41 Stück), wurde von ATV gesendet. Hír Tv hatte sich 14-mal mit diesem Thema beschäftigt. Die Kritik aus dem Ausland wurde zwei- bis dreimal in den Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen Sender eingebaut. Die Hälfte aller Nachrichten über die ausländische Kritik (40 Stück) wurde von ATV gesendet. ATV hat auch 50 Prozent aller Nachrichten über die Beziehung zwischen Ungarn und der Europäischen Union in seiner Sendung gezeigt. Auch Hír TV hat sich vergleichsweise viel mit diesem Thema beschäftigt, doch auch die zwei privaten Sender TV2 und RTL Klub haben diese Themen auf die Agenda gesetzt. Der öffentlich-rechtlichen Sender M1 hingegen hat in seinen Nachrichten auf diese Inhalte verzichtet.[266]

Die Darsteller der Nachrichtensendungen

In einem Zeitraum von sechs Wochen wurden die 3046 Darsteller aus 1354 Nachrichten, die sich mit Inlandsnachrichten beschäftigt haben, untersucht. Neben der Häufigkeit ihres Auftretens, wurde auch analysiert, wie oft Personen des öffentlichen Interesses im Zusammenhang mit wertenden Ereignissen standen. Dabei war auch interessant, einen genaueren Blick auf die die Moderatoren und Redakteure zu werfen. Obwohl das Mediengesetz von 2010 den Einsatz wertender Erklärungen bei den Nachrichten untersagte, ergab die Untersuchung, dass 40 Prozent der gesellschaftlichen und politischen Nachrichten durch die Sendungsverantwortlichen und Kommentatoren beeinflusst wurden. 85 Prozent dieser wertenden Nachrichtentextstellen setzten sich für die Regierung und 15 Prozent für die Opposition ein. Dabei zeigte sich, dass vor allem der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender M1 stark mit wertenden

[265] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 23f, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am25.05.2012.

[266] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 24, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 25.05.2012.

Inhalten arbeitete.[267]

Die in den Nachrichten am häufigsten vorkommenden Personen

12 Prozent aller innenpolitischen Nachrichten im Fernsehen und Radio (159 Stück) haben sich während des Untersuchungszeitraums mit dem Ministerpräsidenten Viktor Orbán beschäftigt. In 50 Prozent der Fälle wurde von dem Premier gesprochen, in den anderen Fällen kam er selbst zu Wort. ATV hat am häufigsten Orbán in seinen Berichterstattungen erwähnt, die öffentlich-rechtlichen Sender und Hír TV haben den Ministerpräsidenten am häufigsten selbst zu Wort kommen lassen. Dabei wurde Orbán bei M1 in 63 Prozent und bei Hír TV in 69 Prozent ihrer Nachrichten, die sich mit dem Premier beschäftigten, als ein erfolgreicher und interaktionskompetenter Politiker dargestellt. Obwohl die Berichterstattung über ihn je nach Sender variierte, dominierten die positiven Nachrichten. Eine Ausnahme bei der Berichterstattung bildete ATV, dessen kritische Nachrichten über den Premier im Vergleich zu den negativen im Verhältnis von 80:20 standen. In den öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiosendern wurde während der sechs Wochen keine einzige kritische Nachricht über den Ministerpräsidenten gebracht. Auch Hír TV hat sich in 83 Prozent seiner Nachrichten überaus positiv gegenüber Orbán geäußert.[268]

In den Nachrichtensendungen von ATV und Hír TV wurde der Premier am häufigsten in einer Konfliktsituation gezeigt. Die öffentlich-rechtlichen Sender, als auch das der Fidesz nahe stehende Lánchíd Rádió haben keine einzige Nachricht über Misserfolge des Ministerpräsidenten gebracht. 16 Prozent der Nachrichten in ATV über den Premier wurden seinen Erfolgen und 30 Prozent seinen Misserfolgen gewidmet. Bei zwei Drittel aller Nachrichten mit öffentlichem Interesse im Fernsehen und Radio hat ein Politiker eine Rolle gespielt. Zwei Drittel dieser Politiker waren von der Regierungspartei oder standen mit dieser in enger Verbindung. In 60 Prozent der Fälle wurde nicht nur über bestimmte

[267] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 25, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am26.05.2012.
[268] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 28, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 27.05.2012.

Personen in den Nachrichten geredet, sie kamen auch zu Wort. Ähnlich wie bei dem Ministerpräsidenten wurden die Mitglieder der Regierungspartei oder der Partei nahe stehende Personen überwiegend in einem positiven Licht dargestellt.[269]

Insgesamt erschienen im öffentlich-rechtlichen Radio acht Mal so viele und im öffentlich-rechtlichen Fernsehen sechs Mal so viele positive Nachrichten über die Regierung, wie negative Nachrichten. In den Nachrichten des Radiosenders Déli Krónika wurden über 5 Prozent und bei M1 über 7 Prozent negative über Regierungspolitiker berichtet. Während dessen lag der Zuspruch für Regierungspolitiker bei beiden Medien bei 40 Prozent. In den sonstigen Berichten über Regierungspolitiker wurde neutral berichtet. Bei Hír TV waren vier Fünftel der Berichterstattungen über Regierungspolitiker positiv gestimmt. Die Zahl der kritischen Nachrichten lag bei zehn Prozent. Bei den zwei untersuchten privaten Sendern, als auch bei ATV war die Situation genau umgekehrt. 50 Prozent der Berichterstattungen über Regierungspolitiker hatten negative Tendenzen und nur in einer von zehn Nachrichten wurden die Politiker positiv gewürdigt.[270]

TV2, ATV und Hír TV haben die Regierungspolitiker am häufigsten in Konfliktsituationen gezeigt. Déli Krónika hat die Politiker hingegen in keiner einzigen Nachricht in einer ähnlichen Situation gezeigt. Auch bei dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen zeigte nur eine von zehn Nachrichten die Politiker in einer Konfliktsituation. In 40 Prozent der öffentlich-rechtlichen Nachrichten, die im Zusammenhang mit Regierungspolitikern stehen, wurden diese in einem positiven Licht dargestellt. Über Misserfolge wurde nur in fünf bis sechs Prozent der Fälle berichtet. Die Politiker der MSZP wurden in 16 Prozent der Nachrichten mit öffentlichem Interesse erwähnt. Sie wurden in den öffentlich-rechtlichen Medien entweder in einem neutralen oder negativen Kontext dargestellt. Positive Berichterstattung kam nicht vor. In 13 Prozent der Fälle wurde über die Oppositionspolitiker der MSZP in öffentlich-rechtlichen Radiosendungen negativ

[269] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 28, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 27.05.2012.

[270] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 29, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 31.05.2012.

berichten, beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen belief sich die Zahl auf 22 Prozent. 46 Prozent der Nachrichten über die sozialistischen Politiker im Hír TV und 40 Prozent im Lánchíd Rádió waren negativ gefärbt. Mit Ausnahme des oppositionellen Radiosenders Klub Rádió und des TV-Senders ATV wurden die Politiker der MSZP ausschließlich in Konfliktsituationen gezeigt. Das Thema Zusammenarbeit wurde in Bezug auf die Oppositionspolitiker nur selten angesprochen. Die Erfolge der MSZP wurden im öffentlich-rechtlichen Radio gar nicht und im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nur zwei Mal erwähnt. Die Misserfolge bestimmter MSZP-Politiker wurde in der Déli Krónika sieben Mal und bei M1 neun Mal behandelt. Bei Hír TV lag die Erfolg-Misserfolg-Quote bei 2:3. ATV und Klub Rádio haben in der gleichen Relation über die Erfolge und Misserfolge der Politiker berichtet. Die meisten ihrer Berichterstattungen über die Oppositionspolitiker konnten jedoch keiner bestimmten Kategorie zugeordnet werden.[271]

Die Politiker der grünen LMP-Partei (Die Politik kann anders sein) wurden in jeder zehnten Nachricht mit öffentlichem Interesse genannt. Am häufigsten wurden sie bei den öffentlich-rechtlichen Sendern M1, Magyar Rádió (MR) und ATV erwähnt. Besonders selten wurden sie in den Nachrichtensendungen von Lánchíd Rádio und RTL Klub genannt. Bei den meisten Sendungen war die Berichterstattung über LMP-Politiker neutral, bis auf Hír TV, wo fast die Hälfte aller Berichterstattungen die Politiker in ein negatives Licht rückten. Bei M1 waren 18 Prozent der Nachrichten kritischer und drei Prozent positiver Natur. In den Nachrichten der Déli Krónika wurden LMP-Politiker in 11 Prozent der Fälle kritisch und in sieben Prozent positiv dargestellt. Mit der Ausnahme von Klub Rádió und ATV wurden die Politiker in 90 Prozent der Beiträge in einer Konfliktsituation gezeigt. Über die Erfolge der Partei hat mit 29 Prozent am häufigsten ATV berichtet. 80 Prozent der Nachrichten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen über die LMP waren neutral. Bei den restlichen Nachrichten war das Verhältnis von negativ und positiv 2:1.[272]

Die Auftritte der rechten Jobbik-Partei in den Nachrichten waren gleich der

[271] Vgl. Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 29, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 31.05.2012.

[272] Vgl Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 30f., http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 01.06.2012.

Auftritte der LMP-Partei. Am häufigsten wurden die Politiker in den öffentlich-rechtlichen Medien erwähnt, während ihnen in den Nachrichten von Klub Rádió, Lánchíd Rádió und den privaten Fernsehsendern während dem Untersuchungszeitraum nur zwei bis drei Mal Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Der Großteil der Berichterstattung war der Partei gegenüber neutral eingestellt und die Jobbik-Politiker wurden meist im Zusammenhang mit einer Konfliktsituation gezeigt. Ein interessanter Punkt ist, dass die MSZP-Politiker zweimal so oft (11 Prozent) im Zusammenhang mit strafrechtlichen Vorgängen in den Nachrichten genannt wurden, wie die Politiker der rechten Partei (fünf Prozent). Der frühere Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány wurde insgesamt 37 Mal in den Nachrichten erwähnt. In 50 Prozent der Fälle wurde über ihn berichtet, in den restlichen 50 Prozent kam er selbst zu Wort. Am häufigsten wurde Gyurcsány in den Nachrichten von Hír TV (13 Mal) und dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen (8 Mal) genannt. Neun Nachrichten über den Politiker waren negativer, eine positiver und die restlichen neutraler Art.[273] Es gab keine einzige Nachricht über die Erfolge von Gyurcsány, jedoch 8 Nachrichten, die sich mit seinen Misserfolgen auseinandersetzten. 30 Prozent der Berichterstattungen über ihn standen im Zusammenhang mit Kriminalität. M1 hat drei und Hír TV vier derartige Nachrichten gesendet. Die durch Gyurcsány einige Wochen vor dem Monitoring gegründete Partei Demokratikus Koalició war 31 Mal Gegenstand der Berichterstattung. Die meisten Nachrichten über die DK-Partei waren mit Themen wie Streitigkeiten, Skandale oder Kriminalität verbunden. Die Meinung der Partei zu dem täglichen politischen Geschehen fand kaum Platz im Programm. Über die DK-Partei wurde am häufigsten in den Nachrichten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und des Klub Rádiós gesprochen. Bei den anderen Sendern gelangte die Partei nur selten zu Erwähnung. Zwar wurden einige wenige Berichte über die Partei gesendet, doch niemand von der DK konnte sich direkt in einem Interview äußern. Bei der Hälfte aller Berichterstattungen über die Partei wurde sie negativ dargestellt. Zwei Drittel dieser negativen Nachrichten zeigten

[273] Vgl Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 30f., http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 01.06.2012.

die DK in einer Konfliktsituation mit der sozialistischen MSZP-Partei.[274]

5. Der Wandel in den Hauptnachrichten der Fernsehsender seit 2007

Mit der Hilfe dieser beiden Untersuchungen aus dem Jahr 2007 und 2011 konnten mehrere Unterschiede in den Hauptnachrichten der fünf Fernsehsender (M1, TV2, RTL Klub, ATV und Hír TV) festgestellt werden. Besonders auffällig ist, dass die Anzahl an seriösen Nachrichten zurückging. An ihrer Stelle wurden vermehrt Nachrichten mit Boulevardcharakter in die Sendungen eingebaut. Zum Teil kann als Grund das sinkende Interesse der ungarischen Bevölkerung an seriösen Themen angegeben werden. Es liegt jedoch auch die Vermutung nahe, dass einige Sender aufgrund der neuen Regelungen im Mediengesetz auf eine kritische politische Berichterstattung verzichten. Durch die Fokussierung auf Boulevardthemen kann eine „unausgewogene" Berichterstattung leichter vermieden werden und einer Sanktion durch die ungarische Medienbehörde entgangen werden.

Weiter zeigt sich, dass bei den Fernsehsendern die Fidesz-Regierung eine größere Aufmerksamkeit in den Nachrichten erhielt als die sozialistische Regierung im Jahr 2007. Wie auch schon in dem Kapitel „Der zweite Medienkrieg" erwähnt, nahm die Berichterstattung über Regierungs- und Parteipolitiker unter der sozialistischen Regierung mit der Zeit ein normales Maß an. Das wird auch in der Studie von Tamás Terestény belegt. Von den interviewten Politikern waren um die 50 Prozent der Regierungspartei und die anderen der Oppositionspartei zugehörig. Unter der Fidesz-Regierung hat sich dieses Verhältnis verschoben. Die Analyse von Mária Vásárhelyi zeigt, dass im Jahr 2011 von den interviewten Politikern knapp zwei Drittel der Fidesz-Regierung zuzuordnen waren. Die Berichterstattung war überwiegend positiv, mit Ausnahm der privaten Sender TV2, RTL Klub und ATV. Im Gegensatz dazu waren im Jahr 2007 um die zwei Drittel aller Nachrichten über die sozialistische Regierung kritischer Natur.

[274] Vgl Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, S. 30f., http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf am 01.06.2012.

VIII. Resümee und Ausblick

Wie die vorliegende Diplomarbeit zeigt, standen die ungarischen Medien, im Besonderen die elektronischen Medien, seit der Wende 1989 unter dem Einfluss der Politik. Je nachdem welche Partei an der Macht war, ob sozialistische oder national-konservative, versuchte die politische Führung die Medien zu kontrollieren. Zum Teil findet man den Grund dafür in den Anfängen der jungen Demokratie. Da es keine gesetzliche Regelung für Fernsehen und Radio gab, standen der politischen Elite Möglichkeit offen, die Medien zu ihren Gunsten zu lenken. Erst 1995 wurde ein Mediengesetz geschaffen, dass den Einfluss der Politik zum Teil eindämmen, jedoch nicht ganz unterbinden konnte. So wurden auch in den Folgejahren unerwünschte Journalisten in den öffentlichen Fernseh- und Radiosendern ausgetauscht und an ihrer Stelle linientreue Redakteure eingesetzt. Diese Vorgehensweise war sowohl bei der sozialistischen, als auch der national-konservativen Regierung üblich. Im Jahr 2007/08 versuchte die sozialistische Regierung unter Ferenc Gyurcsány das veraltete Mediengesetz zu reformieren. Die Gesetzesvorlage sah unter anderem vor, den Wirkungskreis der Medienbehörde ORTT auszuweiten und auf diese Weise auch andere Medien, wie das Internet zu kontrollieren. Weiter war geplant, ab 2009 die ORTT von einer nationalen Medienbehörde ablösen zu lassen, die bei einem gegebenen Verdacht auch das Material der Redaktionen hätte sichten dürfen. Die Gesetzesvorlage wurde damals aufgrund der Proteste im Inland nicht verwirklicht, doch ist in diesem Fall interessant, dass das 2011 von der Fidesz-Regierung eingeführte Mediengesetz zahlreiche Ähnlichkeiten mit der damaligen Gesetzesvorlage aufweist. So verfolgte zwar auch die sozialistische Regierung das Ziel die Kontrolle über die Medien zu erlangen, nach den Wahlen 2010 konnte jedoch die Fidesz-Regierung mit einer Zweidrittelmehrheit ihren Einfluss auf die Medien verstärken. Diese Annahme bestätigen auch die angeführten Studien der Kommunikationswissenschaftler Tamás Terestényi und Mária Vásárhelyi. Die Untersuchungen zeigen nicht nur die politische Einflussnahme auf die Berichterstattung, unabhängig davon, ob die sozialistische oder die national-konservative Partei an der Macht war. Die Analyse der beiden Studien belegt auch, dass die politische Opposition im Vergleich zu 2007 im Jahr 2011 weniger zu Wort kam und so ihre eigenen Standpunkte kaum vertreten konnte.

Zudem wurde sie auch in einem schlechteren Licht dargestellt. Die zweite Orbán-Regierung wird in den Fernsehnachrichten 2011 weit weniger kritisch wahrgenommen, als die sozialistische Regierung im Jahr 2007.
Den verstärkten politischen Einfluss auf Medienunternehmen seit 2010 belegt auch der Bertelsmann Transformation Index (BTI). Beim Status-Index, der die wirtschaftliche und politische Transformation der Länder misst, hat Ungarn 2009 noch den 8. Platz belegt, 2011 nur mehr den 12. Zwar ist der Statusverlust nicht allein auf das neue Mediengesetz und seine Folgen zurückzuführen, doch spielt es eine Rolle. Schließlich gehört die Medien- und Meinungsfreiheit zu den Grundrechten einer Demokratie. Das 2011 in Kraft getretene Mediengesetz ist zwar an sich nicht undemokratisch, jedoch aufgrund der unscharfen Grenzziehung der Regeln unterschiedlich auslegbar, was eine Gefahr für die Demokratie birgt.
Wie zuvor erwähnt war nicht nur das neue Mediengesetz für die Herabstufung Ungarns im BTI 2012 verantwortlich. Nachdem der ungarische Verfassungsgerichtshof unliebsame Entscheidungen getroffen hatte, wurden seine Kompetenzen Ende 2010 beschnitten. Gesetze, die Budget, Steuern, Gebühren und soziale Abgaben betreffen, konnten danach nur im Fall der Verletzung von Grundrechten aufgehoben werden. Ein weiterer stark kritisierter Punkt im Bertelsmann Transformation Index war, dass die Regierung mit ihrer Zweidrittelmehrheit rückwirkend Gesetze verabschiedet hatte, darunter auch das Gesetz über die Abfertigungsbesteuerung, die rückwirkend ab dem 1. Jänner 2005 gilt. Zudem wurde 2011 eine neue Verfassung verabschiedet. Die Diskussion über die Formulierung des neuen Grundgesetzes wurde ausschließlich unter Vertretern der Regierungspartei geführt. Die Verfassung legt auch fest, dass zahlreiche Gesetze nur mehr mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden können, wodurch der Handlungsspielraum künftiger Regierungen eingeschränkt wird.
Der Bertelsmann Transformations Index 2012 weist daher darauf hin, dass Ungarn zwar noch in die bestmögliche Kategorie „sich konsolidierende Demokratie“ fällt, jedoch nicht weit von einer defekten Demokratie entfernt ist.

Wie sich die Situation in Ungarn entwickeln wird, ist schwer vorauszusagen. Der Bericht über Ungarn vom Bertelsmann-Transformations-Index sieht zwei

unterschiedliche Entwicklungen möglich.

- **Hegemonialherrschaft der Fidesz-Partei:** Die politischen und sozioökonomischen Strukturen werden umgestaltet und die Fidesz zu einer hegemonialen Partei erhoben. Die Re-Zentralisierung des administrativen Systems als auch die neue Verfassung sind dabei wichtige Faktoren.
- **Das System „überlebt“:** Trotz sinkender Popularität der Partei und interner Zwistigkeiten bleibt die Regierung unter Ministerpräsident Orbán bis 2014 an der Macht. Bei den Wahlen scheitert sie und hinterlässt ein hohes Budgetdefizit und vermehrt Institutionen mit loyalen Fidesz-Anhängern in Führungspositionen. Um die demokratischen institutionellen Strukturen wieder aufbauen zu können, wird erneut eine Zweidrittelmehrheit im Parlament benötigt. insgesamt wird man sich einem Berg an sozioökonomischen und politischen Problemen stellen müssen.[275]

Die Aussichten für die Zukunft Ungarns sind ernüchternd. Welche Richtung Ungarn einschlagen wird, wird sich zeigen. Den Status einer Demokratie konnte sich Ungarn bis jetzt bewahren, doch zeigt sich eine negative Tendenz Richtung defekte Demokratie. Will Ungarn weiterhin als funktionierende Demokratie gelten, so liegt es an der Regierung die Grundrechte einer Demokratie zu gewährleisten, die unter anderem auch die Presse- und Meinungsfreiheit in vollem Maße vorsieht.

[275] BTI 2012, Hungary Country Report, Gütersloh 2012, S. 27f., http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/pdf/BTI%202012%20Hungary.pdf am 13.03.2013

IX. Quellenverzeichnis

1. Literaturquellen

Klaus-Dieter Altmeppen u. Matthias Karmasin, Hg., Medien und Ökonomie, Bd. 1/2, Grundlagen der Medienökonomie, Wiesbaden 2003.

Péter Bajomi-Lázár, Magyar médiatörténet. A késő Kádár-kórtól az ezredfordulóig, 2005 Budapest.

Péter Bajomi-Lázár, Hg., Magyar médiatörténet. A késő Kádár-kortól az ezredfordulóig, Budapest 2005.

Péter Bajomi-Lázár u. Áron Monori, Médiaháború vagy médiabéke? A Medgyessy–Gyurcsány-kormány médiapolitikája, Élet és Irodalom 4.11.2005.

Roland Burkart, Kommunikationswissenschaften, Wien 2002.

Holger Fischer, Eine kleine Geschichte Ungarns, Frankfurt am Main 1999.

Herbert Göpfert, Hg., Lesen und Leben, Frankfurt am Main 1975.

Günter Knieps, Wettbewerbsökonomie. Regulierungstheorie, Industrieökonomie, Wettbewerbspolitik, Berlin 2008.

Harold D. Lasswell, Power and Personality, 1948.

Paul Lendvai, Mein verspieltes Land, Budapest 2010.

Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010.

Áron Monori, Médiaháború, in: Péter Bajomi-Lázár, Hg., Magyar médiatörténet. A késő Kádár-kórtól az ezredfordulóig, 2005 Budapest, S. 259-288.

Richard Münch, Risikopolitik, Frankfurt am Main 1996.

Osteuropa 2011, H. 12.

Detlef Pollack u. Jan Wielgohs, Hg., Akteure oder Profiteure? Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen 1989, Wiesbaden 2010.

Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, Konstanz 2010.

Ulrich Sarcinelli, Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationsstruktur, Wiesbaden 1998.

Winfried Schulz, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg 1976.

Marc Stegherr u. Kerstin Liesem, Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess, Wiesbaden 2010.

Gerd Strohmeier, Politik und Massenmedien. Eine Einführung, Baden-Baden 2004.

Ágnes Urbán, Rádió és televizió, in: Péter Bajomi-Lázár, Hg., Magyar médiatörténet. A késő Kádár-kortól az ezredfordulóig, Budapest 2005, S. 89-111.

Mária Vásárhelyi, Angriffe auf die Pressefreiheit. Die Medienpolitik der Fidesz-Regierung, in: Osteuropa 2011, H. 12, S. 157-166.

Veronika Zömbik, Mai magyar média, unveröffentlichte phil. Diplomarbeit, Wirtschaftshochschule Budapest 2008.

2. Internetquellen

ATV (televizióadó), http://hu.wikipedia.org/wiki/ATV_(telev%C3%ADzi%C3%B3ad%C3%B3).

Péter Bajomi-Lázár, Ungarns neue Mediengesetze, Debatte zur Meinungsfreiheit 30.3.2012, http://freespeechdebate.com/de/fall/hungarys-new-media-regulation/.

Martin Brusis, BTI Regionalbericht. Ostmittel- und Südosteuropa, Gütersloh 2012, http://www.bti-project.de/uploads/tx_jpdownloads/BTI_2012_Regionalbericht_ECSE.pdf.

BTI 2012, Hungary Country Report, Gütersloh 2012, http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2012/pdf/BTI%202012%20Hungary.pdf.

BTI 2012, Status-Index, BTI 2012, http://www.bti-project.de/index/status-index/.

Der Standard, Ungarn: EU-Kommission äußert "Sorge", Der Standard 06.01.2011, http://derstandard.at/1293369890746/Neues-Mediengesetz-Ungarn-EU-Kommission-aeussert-Sorge.

DiePresse.com, Verfahren gegen deutsche RTL-Tochter in Ungarn, Die Presse 04.01.2011, http://diepresse.com/home/politik/eu/622810/Verfahren-gegen-deutsche-RTLTochter-in-Ungarn.

DiePresse.com, Mediengesetz: Zeitung protestiert bei Verfassungsgericht, Die Presse 09.02.2011, http://diepresse.com/home/politik/eu/632629/Mediengesetz_Zeitung-protestiert-bei-Verfassungsgericht?_vl_backlink=/home/politik/eu/622262/index.do&direct=622262.

DiePresse.com, Mediengesetz: Europarat mahnt Ungarn, Die Presse 02.02.2011, http://diepresse.com/home/politik/eu/630487/Mediengesetz_Europarat-mahnt-Ungarn-?_vl_backlink=/home/politik/eu/622262/index.do&direct=622262.

DiePresse.com, Ungarn: Mediengesetz teilweise verfassungswidrig, Die Presse 19.12.2011, http://diepresse.com/home/kultur/medien/717941/Ungarn_Mediengesetz-teilweise-verfassungswidrig.

Die Zeitlose, Pressefreiheit in Ungarn. Das Ende einer Demokratie?, Die Zeitlose 20.04.2012, http://diezeitlos.at/2012/04/pressefreiheit-ungarn-das-ende-einer-demokratie/.

János A. Fehérváry, Ungarn: Presse so wenig frei „wie in Weißrussland“, Die Presse 21.12.2010, http://diepresse.com/home/kultur/medien/620151/Ungarn_Presse-so-wenig-frei-wie-in-Weissrussland.

Oliver Grimm, Orbán: „Bin gefährlichstes Beispiel für Europas Linke“, Die Presse 19.01.2011, http://diepresse.com/home/politik/eu/626671/Orbn_Bin-gefaehrlichstes-Beispiel-fuer-Europas-Linke?_vl_backlink=/home/politik/eu/622262/index.do&direct=622262.

G. Márkus György, Ungarn nach den Wahlen. Ausbau einer illiberlaen Demokratie, http://www.academia.edu/237653/Ungarn_nach_den_Wahlen_Ausbau_der_illiberalen_Demokratie.

Kathrin Haimerl, Ich bin zum Kampf bereit, Süddeutsche Zeitung 19.01.2011, http://www.sueddeutsche.de/politik/viktor-orbn-vor-dem-eu-parlament-ich-bin-zum-kampf-bereit-1.1048322.

Hungarian Spectrum, The Hungarian right-wing media. Magyar Nemzet, Inforádió, and Hír TV, 23.06.2009, http://hungarianspectrum.wordpress.com/2009/06/23/the-hungarian-media/.

IP Network, Television 2012. Sehdauer steigt international weiter, 2012, http://www.ip-deutschland.de/fakten_und_trends/gattung_tv/television_key_facts/television_key_facts_2012.cfm.

MTI, Itt az új médiatörvény, Heti Válasz 21.12.2010, http://hetivalasz.hu/itthon/itt-az-uj-mediatorveny-34245/.

Neue Züricher Zeitung, „Zweifel“ an Ungarns neuem Mediengesetz, Neue Züricher Zeitung 03.01.2011, http://www.nzz.ch/aktuell/international/eu-kommission-hat-zweifel-an-ungarns-neuem-mediengesetz-1.8975127.

Népszabadság, Felmentették Ice-T-ügyben a Tilos Rádiót, Népszabadság 12.011.2011, http://nol.hu/belfold/felmentettek_ice-t-ugyben_a_tilos_radiot.

Pester Lloyd, Strafen für RTL’s „Big Brother“ in Ungarn, Pester Lloyd 16.05.2011, http://www.pesterlloyd.net/2011_20/20strafenrtl/20strafenrtl.html.

Piackutatások.hu, Ipsos. 1. Napi és helyi hírek legfontosabb forrásai,Piackutatások.hu Dezember 2011, www.piackutatasok.hu/2012/01/ipsos-1-napi-es-helyi-hirek.html.

ProSibenSat.1 Media AG, TV2, http://www.prosiebensat1.com/de/aktivitaeten/ungarn/tv2.

Charles E. Ritterband, Scharfes Mediengesetz in Ungarn. Gleichschaltung durch die Fidesz-Regierung, Neue Züricher Zeitung 21.12.2010, http://www.nzz.ch/aktuell/international/scharfes-mediengesetz-fuer-ungarn-1.8789269.

RTL Klub, http://hu.efactory.pl/RTL_Klub.

Marco Schicker, Neues Mediengesetz macht Ungarn sprachlos, Hamburger Abendblatt 05.01.2011, http://www.abendblatt.de/kultur-live/article1747103/Neues-Mediengesetz-macht-Ungarn-sprachlos.html.

Süddeutsche Zeitung, Ungarn ändert umstrittenes Mediengesetz, Süddeutsche Zeitung 07.03.2011, http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-zensur-vorwuerfen-ungarn-aendert-umstrittenes-mediengesetz-1.1061049.

Tamás Terestényi, Televíziós híradóműsorok összehasonlító vizsgálata, Médiakutató Winter 2007, http://www.mediakutato.hu/cikk/2007_04_tel/01_hiradok/.

Simon Tisdall, The EU's Hungary headache – and a whiff of double standards, The Guardian 20.01.2011, http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/jan/20/hungary-eu-media-law.

Mária Vásárhelyi, Rádiós és televíziós hírműsorok tartalomelemzése, Nyilvános Klub Monitor Winter 2011, http://www.nyilvanossagklub.hu/pdf/mediaelemzes2011.pdf.

Gerhard Vowe, Medienpolitik, Düsseldorf 2006, S. 1, http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/Kommunikations-_und_Medienwissenschaft/Vowe/medienpolitik.pdf.

Martin Winter, Präzedenzfall Ungarn: Es geht um Europas Freiheit, Süddeutsche Zeitung 29.12.2010, http://www.sueddeutsche.de/politik/eu-ratspraesidentschaft-praezedenzfall-ungarn-es-geht-um-europas-freiheit-1.1040829.

X. Lebenslauf

RÉKA TERCZA

BERUFSERFAHRUNG

Zeitraum	von November 2006 bis dato
Berufsbezeichnung	**Radio-Redakteurin**
Name des Arbeitgebers	ORF, Wien
Tätigkeiten	Gestaltung und Produktion von Beiträgen für die eigene ungarisch-sprachige Sendung „Bécsi szabad szó“, als auch für die ungarisch-sprachige Sendung „Csípös nyelv“, Erstellen von Online-Beiträgen auf der Diversität-Seite (volksgruppen.orf.at)

Zeitraum	von Oktober 2005 bis Mai 2006
Berufsbezeichnung	**Uni-Standard-Redakteurin**
Name des Arbeitgebers	Der Standard, Wien
Tätigkeiten	Recherche und Erstellen von eigenen Zeitungsartikeln

AUSBILDUNG

Zeitraum	von 2009 bis dato
Studienrichtung	Masterstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaften
Ausbildungseinrichtung	Universität Wien

Zeitraum	von 2006 bis dato
Studienrichtung	Diplomstudium der Geschichte
Studienschwerpunkt	Zeitgeschichte, Osteuropäische Geschichte
Ausbildungseinrichtung	Universität Wien

Zeitraum	von 2005 bis 2009
Qualifikationsbezeichnung	Bachelor der Geisteswissenschaften
Studienrichtung	Publizistik- und Kommunikationswissenschaften
Studienschwerpunkt	TV, Historische Medien- und Kommunikationsforschung
Ausbildungseinrichtung	Universität Wien sowie Universität Augsburg

XI. Abstract (Deutsch)

Seit dem Systemwechsel 1989/90 standen die ungarischen Medien, im Besonderen die elektronischen Medien, unter dem Einfluss der Politik. Je nachdem welche Partei an der Macht war, versuchte die politische Führung die Medien zu kontrollieren. Erst mit der Einführung eines Mediengesetzes 1995 konnte der Einfluss der Politik auf die ungarische Medienlandschaft eingedämmt, jedoch nicht ganz unterbunden werden. So wurden auch in den Folgejahren unkonforme Journalisten entlassen und an ihrer Stelle linientreue Redakteure eingesetzt. Nachdem 2010 die national-konservative Fidesz-Partei mit einer Zweidrittelmehrheit ins ungarische Parlament gewählt wurde, führte sie ein neues Mediengesetz ein, das sowohl im In- als auch im Ausland Gegenstand von Kritik war.

Die vorliegende Diplomarbeit wurde von zwei zentralen Fragestellungen geleitet:

1. Wie hat sich die Medienpolitik in Ungarn seit dem Amtsantritt der national-konservativen Fidesz-Regierung 2010 verändert?
2. Kann Ungarn in Anbetracht der medienpolitischen Entwicklungen seit 2010 noch als ein demokratisches System angesehen werden?

Um die medienpolitischen Entwicklungen im zeitlichen Wandel darstellen zu können, untersuchte die Arbeit die Jahre ab 1989 mit Schwerpunkt auf die Veränderungen seit 2002. Der Fokus lag dabei vor allem auf das Medium Fernsehen, das laut dem Meinungsforschungsinstitut Ipsos als wichtigste Informationsquelle der ungarischen Bevölkerung gilt. Mit Hilfe von zwei Studien aus dem Jahr 2007 und 2011, die die Hauptnachrichten von fünf ungarischen staatlichen und privaten Fernsehsendern untersuchten, wurde die Medienpolitik der sozialistischen (2002-2008) mit jener der national-konservativen Regierung (seit 2010) verglichen und damit nicht zuletzt der Einfluss des 2011 erlassenen Mediengesetzes veranschaulicht.

Die Diplomarbeit konnte zeigen, dass sowohl die sozialistische, als auch die national-konservative Regierung Versuche unternahm den politischen Einfluss

auf die Medien zu verstärken. Seit dem Amtsantritt der Fidesz-Regierung konnte diese mit Hilfe der Zweidrittelmehrheit im ungarischen Parlament die Kontrolle auf die Medien ausbauen.

Trotz der Mängel im Mediengesetz, als auch der 2011 verabschiedeten neuen Verfassung, die unter anderem die Rechte des Verfassungsgerichtshofes einschränkt, konnte sich Ungarn den Status einer Demokratie bis heute bewahren, doch zeigt sich eine negative Tendenz Richtung defekte Demokratie.

XII. Abstract (Englisch)

Since the political transition of 1989/90 the Hungarian political parties tried to get control over the media. Even a new media law, which was passed in 1995 couldn't stop the political influence on the Hungarian media. In the following years system critical journalists were still released and replaced with loyal editors. After 2010 the national-conservative Fidesz party, which won the elections with a two-thirds majority, introduced a new media law that was criticized in Hungary and abroad.

The following thesis analyzed the development of Hungarian media policy since 1989, with a focus on the years since 2002. Based on two sociological studies from the years 2007 and 2011 the following thesis tried to illustrate the consequences of the media policy of the socialist (2002-2008) and national-conservative (since 2010) governments.

The research work could show that the socialist as well as the national-conservative governments tried to increase the political influence on the media. After 2010, with the two-third majority, the national-conservative government could strengthen its control on the media.

Despite of the defects in the media law and in the new constitution adopted in 2011, Hungary could still keep the status of a democracy, however it shows negative tendencies in the direction of a "defect democracy".